

Beteiligungsbericht 2024

für die
Stadt Rudolstadt

eine Gewinnausschüttung erhalten. Im Jahr 2023 haben sich zwei Kommunen entschieden, ihre KEBT-A-Aktien auch in den Kommunalen Energiezweckverband Thüringen einzulegen, daher hat sich die Anzahl der kommunalen Anteilseigner bis zum Bilanzstichtag auf 249 Aktionäre verringert.

An die kommunalen Aktionäre wurde, wie schon in den Vorjahren, eine Dividende in Höhe von brutto 5,05 EUR / KEBT-Aktie (in Summe 9.571.845,75 EUR) ausgezahlt.

Die unverändert positive Ertragslage führte im Geschäftsjahr 2023 zu einem Jahresüberschuss von 40.587 TEUR (Vorjahr: 41.787 TEUR). Bedingt durch den Unternehmenszweck ist der Jahresüberschuss wieder im Wesentlichen durch die erfolgte Dividendenausschüttung für 82,15 % der Anteile am Grundkapital der TEAG (48.615 TEUR, Vorjahr 48.615 TEUR) entstanden. Haupteinflussfaktor auf die Ertragslage waren erneut die insbesondere im Rahmen der gewährten Gesellschafterdarlehen zu zahlenden Zinsen (7.854 TEUR, Vorjahr 5.975 TEUR). Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft zur Umsetzung der Stärkung der Eigenkapitalbasis der TEAG ein weiteres Gesellschafterdarlehen beim Kommunalen Energiezweckverband Thüringen in Höhe von 164.000 TEUR aufgenommen. Die Ertragslage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu beurteilen.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 162.727 TEUR auf 741.670 TEUR (Vorjahr: 578.943 TEUR) erhöht, dies bedingt sich im Wesentlichen durch die Erhöhung des Anlagevermögens (Finanzanlagen) im Zuge der anteiligen Stärkung der Eigenkapitalbasis der TEAG. Passivisch bedingt sich diese Veränderung der Bilanzsumme primär durch die Aufnahme eines weiteren Gesellschafterdarlehens zur Umsetzung der Eigenkapitalstärkung der TEAG.

Die langfristigen Investitionen haben sich im Berichtszeitraum bedingt durch die Aufnahme eines weiteren Gesellschafterdarlehens (164.000 TEUR) und durch die Tilgung des an die TEAG ausgereichten Gesellschafterdarlehens in Höhe von 3.000 TEUR in Summe auf 737.420 TEUR deutlich erhöht. Dieses Gesellschafterdarlehen hat eine

Gesamtlaufzeit bis maximal zum Jahr 2047 und zum Bilanzstichtag noch eine Verbindlichkeit in Höhe von 164.000 TEUR.

Das an die TEAG ausgereichte Darlehen hat eine Gesamtlaufzeit bis zum Jahr 2029 und zum Bilanzstichtag noch eine Verbindlichkeit in Höhe von 7.000 TEUR. Die Vergabe dieses Darlehens erfolgte im Jahr 2021 insbesondere vor dem Hintergrund der Vermeidung von Verwahrentgelt. Das kurzfristige Vermögen erhöhte sich um 1.416 TEUR im Bereich der flüssigen Mittel auf 4.243 TEUR (Vorjahr: 2.827 TEUR). Dies war insbesondere bedingt durch die Tilgung in Summe von 3.000 TEUR des an die TEAG ausgereichten Gesellschafterdarlehens.

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich im Berichtszeitraum durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres (40.587 TEUR) auf 354.839 TEUR. Die Ausschüttung an die kommunalen Aktionäre (9.572 TEUR) ist darin enthalten.

Das langfristige Fremdkapital erhöhte sich durch die Aufnahme eines weiteren Gesellschafterdarlehens (164.000 TEUR) deutlich auf 355.330 TEUR, entgegen hat sich die planmäßige Tilgung (31.521 TEUR) des durch den Gesellschafter KET gestundeten Kaufpreises für die TEAG-Aktien auf 191.330 TEUR ausgewirkt. Das kurzfristige Fremdkapital reduzierte sich um 876 TEUR. Ursächlich hierfür ist, dass für das kommende Geschäftsjahr die Tilgungsleistung leicht sinkt. Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2023 beträgt 47,84 % (Vorjahr 56,0 %). Zum Bilanzstichtag sind die langfristigen Investitionen (737.419 TEUR) mit Eigenkapital (354.839 TEUR) sowie lang- und kurzfristigem Fremdkapital (386.831 TEUR) finanziert. Darüber hinaus verbleibt eine Kapitalreserve von 4.251 TEUR. Die Vermögenslage der KEBT AG ist ebenfalls als gut zu beurteilen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist wie schon im Vorjahr im Wesentlichen gekennzeichnet durch die Einzahlungen der Beteiligungserträge in Höhe von 48.615 TEUR sowie Auszahlungen in Höhe von 39.375 TEUR im Rahmen der Zins- und Tilgungsleistungen der Gesellschafterdarlehen.

Weiterhin erfolgten im Geschäftsjahr Auszahlungen für Dividenden an die kommunalen Anteilseigner in Höhe von 9.572 TEUR und Steuerverpflichtungen in Höhe von 505 TEUR. Der Finanzmittelfonds (flüssige Mittel) umfasste zum 31. Dezember 2023 4.243 TEUR (Vorjahr 2.827 TEUR). Die Erhöhung der flüssigen Mittel ist insbesondere bedingt durch die Tilgung des an die TEAG ausgereichten Gesellschafterdarlehns in Höhe von 3.000 TEUR. Dieses ausgereichte Gesellschafterdarlehn wurde bedingt durch seine Laufzeit bis zum Jahr 2029 den Finanzanlagen (Ausleihungen an verbundene Unternehmen) zugeordnet.

Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und ist ebenfalls zum Prüfungszeitpunkt gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet. Die KEBT AG verfügt über eine geordnete Finanzlage.

Wichtigster Leistungsindikator der Gesellschaft ist weiterhin das Jahresergebnis, das aufgrund des Tätigkeitsbereichs der Gesellschaft im Wesentlichen von den Beteiligungserträgen geprägt ist. Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2022 auf 41.500 TEUR (Vorjahr 42.674 TEUR) verschlechtert, den erhaltenen Beteiligungserträgen sowie gestiegenen Zinserträgen und Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (Gesellschafterdarlehen) haben gestiegene Zinsaufwendungen (7.854 TEUR, Vorjahr 5.978 TEUR) entgegengewirkt. Im Berichtszeitraum konnte im Vergleich zum Vorjahr ein leicht reduziertes, aber dennoch deutlich positives Jahresergebnis (40.587 TEUR, Vorjahr 41.787 TEUR) erzielt werden und liegt damit im prognostizierten Rahmen.

Das Ergebnis der Gesellschaft hängt weiterhin nahezu ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG ab. Für das laufende Geschäftsjahr geht der Vorstand trotz der anhaltenden Herausforderungen von einer leicht verbesserten Dividende in Höhe von 23 EUR / TEAG-Aktie aus. Dieser Betrag wird der Gesellschaft voraussichtlich im September 2024 ausgezahlt. Der wirtschaftliche Erfolg der TEAG ist der Garant für die Einnahmen

aus Dividenden. Trotz eines äußerst herausfordernden Geschäftsjahres 2023 hat die TEAG ihr gesetztes Ergebnisziel verbessern können.

Der Geschäfts- und Versorgungsauftrag der TEAG-Unternehmensgruppe wird in den kommenden Jahren von der Umsetzung der energiewendebedingten Transformationsaufgaben geprägt sein. Das zurückliegende Geschäftsjahr hat gezeigt, dass die Energiewirtschaft in Deutschland und Europa in der Lage ist, mit tiefgreifenden Veränderungen umzugehen, und auch für komplexe marktliche Herausforderungen geeignete Lösungen zu finden. Den energiewendebedingten Systemumbau wird die TEAG auch im kommenden Berichtszeitraum weiter vorantreiben. In Thüringen bestehen für den anstehenden Wandel geeignete Voraussetzungen. Gemeinsam mit den kommunalen Anteilseignern, Branchenpartnern und Kunden will die TEAG-Unternehmensgruppe die vorhandenen Potenziale zielgerichtet und konsequent nutzen, zugleich aber auch mögliche (wirtschafts-) politische und regulatorische Handlungsbedarfe adressieren. Der wirtschaftliche Erfolg der TEAG-Unternehmensgruppe ist auch Ergebnis eines breiten, geschäftsfeldübergreifenden Wertschöpfungsansatzes.

Dieser deckt die gesamten energiewirtschaftlichen Wertschöpfungsstufen – vom Energieeinkauf und -handel, über die -erzeugung bis hin zu den Netzen und dem Energievertrieb – ab. Die Realisierung geschäftsfeldübergreifender Synergien im Bereich der EE gehört dabei zum festen Bestandteil des Unternehmensportfolios. Im Erzeugungsbereich hat sich das Augenmerk zuletzt stark auf die Dekarbonisierung des Wärmesektors gerichtet; die Geschäftsaktivitäten im Bereich der grünen Fernwärmeplanung und -versorgung wird die TEAG weiter ausbauen und die grüne (Fern-) Wärmenetzinfrastruktur entsprechend der erarbeiteten Wärmenetzstrategien modernisieren. Die Thüringer Kommunen wird die TEAG im Rahmen der KWP umfassend bei der Erstellung nachhaltiger Wärmenetzstrategien unterstützen. Im Netzbereich findet derzeit ein Wandel vom last- hin zu einspeisegetriebenen Netzausbau statt. Mit der Zunahme alternativer

Wärmelieferanten (wie etwa von Wärmepumpen), der Vervielfachung des PV-Ausbaus und der übergreifenden Sektorenkopplung wird die Netzlast in Thüringen deutlich steigen. Die Dezentralisierung der Erzeugungsstrukturen und die sektorübergreifende Dekarbonisierung machen die Stromnetze dabei zur zentralen Drehscheibe der komplexen Energiewendewelt und deren digitale Anbindung zur Grundvoraussetzung für das erfolgreiche Zusammenspiel aller Bausteine. In diesem Zusammenhang gewinnen die Entwicklung und marktreife Implementierung geeigneter Überwachungs-, Last- und Steuerungsmechanismen erheblich an Bedeutung. Im Hinblick auf den klimawendebedingten Netzaus- und -umbau sowie die einschlägigen Digitalisierungs- bzw. IT-Bedarfe geht die TEAG-Unternehmensgruppe davon aus, dass sich der Personalbedarf deutlich erhöhen wird. Die Verfügbarkeit von sauberer Energie aus erneuerbaren Quellen wird für Thüringen zunehmend zu einem Standortvorteil. Um diesen abzusichern, sind Planungs- und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Der zügige Ausbau der EE braucht attraktive Investitionsanreize und Planungssicherheit. Für die Umsetzung der anstehenden Transformationsleistung muss der Gesetzgeber verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Unter Wahrung einer geschäftsfeldübergreifenden Balance zwischen Versorgungssicherheit und -stabilität, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutzambitionen wird die TEAG auch im kommenden Jahr mit dem notwendigen Augenmaß vorangehen und für eine verlässliche, klimafreundliche und bezahlbare Energieversorgung in Thüringen sorgen.

Für das Geschäftsjahr 2024 rechnet die TEAG-Unternehmensgruppe mit einem EBITDA i. H. v. 225 bis 245 Mio. EUR und einem EBT i. H. v. 95 bis 110 Mio. EUR. Der Konzernjahresüberschuss wird im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich einen Wert zwischen 65 und 80 Mio. EUR erreichen. Für das Jahr 2024 sind in der TEAG-Unternehmensgruppe Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt rund 300 Mio. EUR vorgesehen; das Investitionsvolumen wird sich – vor dem Hintergrund der

anstehenden, klimawendebedingten Transformationsleistungen – in den Folgejahren voraussichtlich weiter steigern. Der Großteil der Investitionen wird in den Aus- und Umbau der „7 Netze“ fließen, mit Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Strom- und Glasfasernetze, grüne Wärmeversorgung, Elektromobilität und Digitalisierung. Wesentliche Investitionstreiber sind die Energie- bzw. Wärme- und Verkehrswende mit dem Um-, Aus- und auch Neubau entsprechender Infrastruktur. Zur Finanzierung der energiewendebedingten Herausforderungen bzw. Investitionen sind in den nächsten Jahren weitere Fremdkapitalaufnahmen notwendig. Zur Stärkung des Eigenkapitals sind zusätzliche Kapitaleinlagen geplant.

Im Geschäftsjahr 2024 erwartet die TEAG ein EBITDA zwischen 195 Mio. EUR und 215 Mio. EUR, ein EBT zwischen 95 Mio. EUR und 110 Mio. EUR sowie einen Jahresüberschuss zwischen 70 Mio. EUR und 80 Mio. EUR. Bei den Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wird mit einem Volumen i. H. v. rund 160 Mio. EUR geplant.

In welchem Umfang es zu Abweichungen von der Planung kommen wird, hängt stark vom weiteren Verlauf der Energiemarktkrise und der Entwicklung der globalen Handels- bzw. Lieferketten ab. Planerische Unsicherheiten ergeben sich insbesondere auch durch die anhaltende Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten.

Da das Ergebnis der KEBT AG, als reine Beteiligungsgesellschaft, fast ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG abhängig ist, hängen auch hier die möglichen Abweichungen im Vergleich zum Planansatz von den Entwicklungen der weltpolitischen und der energiewirtschaftlichen Lage ab. Durch die Prognose beziehungsweise Risikoeinschätzung der TEAG kann auch die KEBT AG im laufenden Geschäftsjahr, wie schon im Berichtsjahr, aus heutiger Sicht einen nahezu konstanten Jahresüberschuss zwischen 36 und 39 Mio. EUR erwarten.

Damit dieser insbesondere durch die Gewinnausschüttung generierte Jahresüberschuss auch

zukünftig in vergleichbarer Höhe erreicht werden kann, muss sich auch die TEAG der Bewältigung der aktuellen Energiekrise, der Energiewende und dem in diesem Zusammenhang erforderlichen Umbau des gesamten deutschen Energiesystems hin zu mehr Nachhaltigkeit und zu mehr Energie-Unabhängigkeit stellen. Die TEAG als größter Energieversorger in Thüringen steht bei diesem Umbau in vielfacher Weise in der Pflicht. Damit die TEAG ihre satzungsgemäßen Aufgaben nachhaltig erfüllen kann, sind umfangreiche Investitionen nicht nur in die Versorgungsnetze, sondern in praktisch alle Geschäftsfelder vonnöten. In Summe belaufen sich diese Investitionen nach derzeitiger Planung im Zeitraum 2023 bis 2028 auf ca. 2 Mrd. EUR. Die jährlichen Investitionsbedarfe entsprechen damit in etwa einer Verdopplung des Niveaus der letzten Geschäftsjahre.

Diese Investitionen kann die TEAG nicht alleine aus ihrer Innenfinanzierungskraft bewältigen, daher ist für die Umsetzung der Investitionen die Aufnahme von Darlehen geplant. Die erforderliche Höhe der Darlehensaufnahmen kann nur mit Zuführung von neuem Eigenkapital gestemmt werden. Die Aktionäre der TEAG sind bereit, neben der bereits im Berichtszeitraum umgesetzten Stärkung der Eigenkapitalbasis der TEAG auch im Geschäftsjahr 2025 eine erneute Eigenkapitalstärkung vorzunehmen, da der wirtschaftliche Erfolg der TEAG der Garant für die Einnahmen aus Dividenden darstellt. Die KEBT AG wird hierfür ein weiteres Gesellschafterdarlehen beim Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) aufnehmen, um ihren prozentualen Beitrag zur Eigenkapitalstärkung der TEAG beitragen zu können.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	737.419	99,4 %	576.110	99,5 %	579.109	99,5 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Finanzanlagen	737.419	99,4 %	576.110	99,5 %	579.109	99,5 %
Umlaufvermögen	4.250	0,6 %	2.832	0,5 %	2.921	0,5 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7	0,0 %	5	0,0 %	4	0,0 %
liquide Mittel	4.243	0,6 %	2.827	0,5 %	2.916	0,5 %
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Bilanzsumme	741.670	100,0 %	578.942	100,0 %	582.030	100,0 %

Passiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	354.839	47,8 %	323.824	55,9 %	291.609	50,1 %
Gezeichnetes Kapital	2.544	0,3 %	2.544	0,4 %	2.544	0,4 %
geleistete Einlagen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Kapitalrücklage	109.744	14,8 %	109.744	19,0 %	109.744	18,9 %
Andere Gewinnrücklagen	170.000	22,9 %	140.000	24,2 %	110.000	18,9 %
Bilanzgewinn/-verlust	72.551	9,8 %	71.536	12,4 %	69.321	11,9 %
Rückstellungen	86	0,0 %	53	0,0 %	372	0,1 %
Verbindlichkeiten	386.745	52,1 %	255.065	44,1 %	290.049	49,8 %
Bilanzsumme	741.670	100,0 %	578.942	100,0 %	582.030	100,0 %

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sonstige betrieblichen Erträge	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Erträge aus Beteiligungen	48.615	100,0 %	48.615	100,0 %	48.615	100,0 %
Gesamtleistung	48.615	100,0 %	48.615	100,0 %	48.615	100,0 %
Personalaufwand	47	0,1 %	47	0,1 %	94	0,2 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	361	0,7 %	365	0,8 %	300	0,6 %
Erträge aus Ausleihungen	10	0,0 %	14	0,0 %	7	0,0 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	729	1,5 %	22	0,0 %	0	0,0 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.854	16,2 %	5.978	12,3 %	6.716	13,8 %
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	505	1,0 %	475	1,0 %	478	1,0 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	40.587	83,5 %	41.787	86,0 %	41.035	84,4 %

Kapitalentnahme/Zuschuss/Ausschüttung

Die folgende Tabelle zeigt die Dividendenausschüttung an die Stadt Rudolstadt durch die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG der vergangenen drei Jahre.

Geschäftsjahr	Kapitalentnahme T€	Zuschuss T€	Ausschüttung T€
2023	0	0	14
2022	0	0	14
2021	0	0	14

KEBT-Konzern

Alfred-Hess-Straße 37
99094 Erfurt
Telefon: (0 36 1) 60 206 70
www.kebt.de

Vorstand	Stefan Reindl
Aufsichtsrat	Sven Gregor (Vorsitzender) Olaf Czernomoriez Margit Ertmer, ab 06.07.2023 Franka Hitzing Dr. Carsten Rieder, ab 06.07.2023 Ralf Rusch, bis 06.07.2023 Frank Schmidt Marco Seidel Thomas Weigelt, bis 06.07.2023
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	2.670.729,64 EUR, eingeteilt in 2.533.891 Stückaktien (Stadt Rudolstadt: 2.688 Stückaktien)
Konsolidierungskreis	Insgesamt umfasst der KEBT-Konzern 63 Beteiligungen an Stadtwerken, Energieversorgungs- und Dienstleistungsunternehmen. Der Konsolidierungskreis im Rahmen des Konzernabschlusses umfasst neben der KEBT sieben verbundene, vollkonsolidierte sowie 18 assoziierte, nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen. Auf eine Konsolidierung der übrigen verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen wurde aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns verzichtet.
Abschlussprüfer	PWC PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Jahresüberschuss	67.416 TEUR (2023) , 53.436 TEUR (2022)
Bilanzsumme	3.193.056 TEUR (2023) , 2.843.145 TEUR (2022)
Mitarbeiter	1.995 (2023) , 1.906 (2022)
Aufsichtsratsvergütung	5.339 EUR (2023) , 5.214 EUR (2022)

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Der Gegenstand der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft, Erfurt (KEBT), ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an den Gesellschaften TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) und Thüringer Glasfasergesellschaft mbH, Erfurt (TGG), inkl. der Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus diesen Beteiligungen ergeben. Die KEBT unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge sowie der Darbietung einer sicheren und preiswerten Strom-, Gas- und Breitbandversorgung. Hauptaktionär der KEBT ist der Kommunale Energiezweckverband Thüringen, Erfurt (KET), dessen Geschäftszweck der Erwerb, der Besitz und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an der TEAG und der KEBT ist.

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mitberücksichtigt.

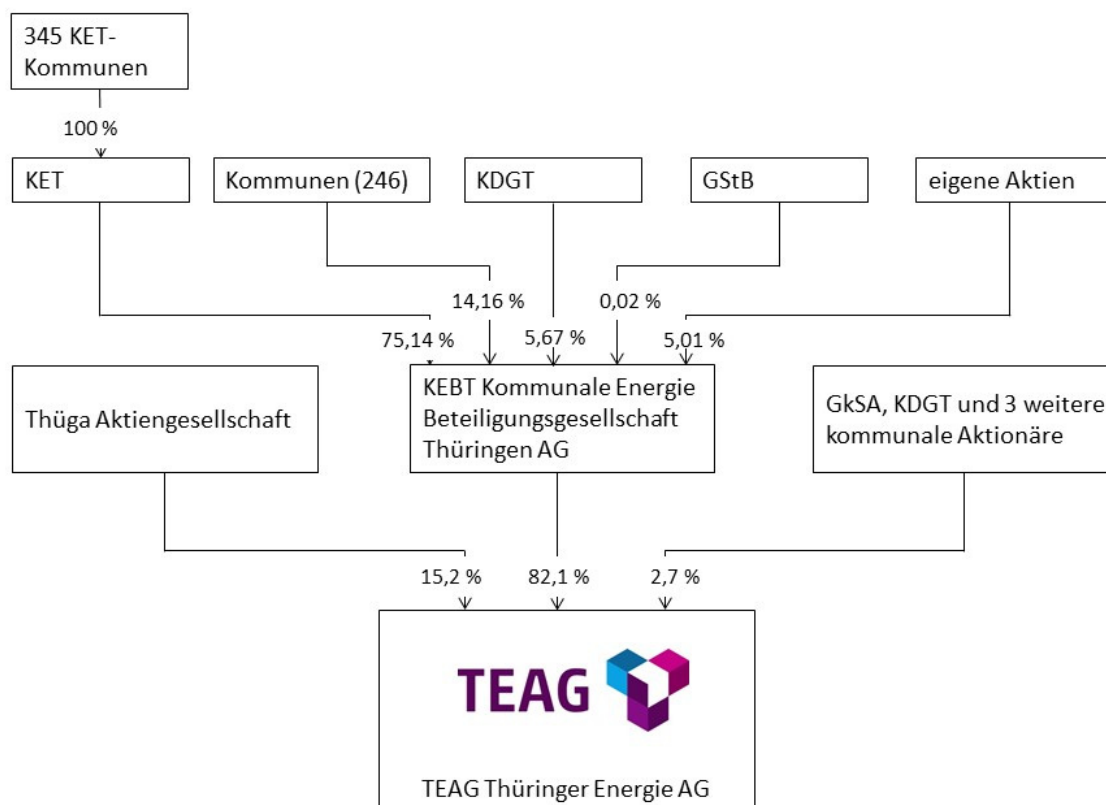
Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Energie zu regeln.

Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde oder Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Energieversorgung über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Der überwiegende Teil der Kommunen im Freistaat Thüringen hat sich dabei für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) sowie deren Tochterunternehmen, entschieden. Die TEAG in Verbindung mit den Tochterunternehmen sichert dabei für die Gemeinden und Städte die Energieversorgung, auch wenn durch die Liberalisierung des Energiemarktes die Versorgung der Gemeinden und Städte mit Energie auch von weiteren Unternehmen vorgenommen werden kann.

Die Beschaffung bzw. Erzeugung sowie die Verteilung von Energie ist auch wesentlicher Gegenstand der TEAG. Die mittelbare Beteiligung an der TEAG über die KEBT AG (bzw. den KEBT-Konzern) sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung. Dabei steht die Beteiligung der Gemeinden und Städte an der TEAG im Einklang mit ihrer Leistungsfähigkeit.

Durch den Erwerb der Anteile an der TEAG vom privaten Anteilseigner E.ON Energie AG im Jahr 2013 hält die kommunale Seite rund 85 % an der TEAG.



Quelle: KEBT Beteiligungsbericht

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die KEBT zählt durch ihre Beteiligung an der TEAG als ein integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmen. Das Angebotsspektrum deckt die ganze Bandbreite an energiewirtschaftlichen Leistungen ab: Neben den klassischen Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netze und Vertrieb, umfasst das Geschäftsmodell weitere Tätigkeiten wie Telekommunikations-, Mobilitäts-, Mess- und Servicedienstleistungen. Die Leistungen werden sowohl auf regulierten als auch auf wettbewerblichen Märkten erbracht.

Die Geschäftsgrundlage des KEBT-Konzerns bilden die „7 Netze“. Dieser integrierte Ansatz

umfasst den Ausbau und Betrieb der Netze für: Strom, Erdgas, Glasfaser/ 450-MHz-Funknetz, Wärme, Straßenbeleuchtung, Elektromobilität sowie Wasser (inkl. Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen). Der Betrieb der Netze erfolgt durch die TEN, TNK und TWS. Aktuell stehen ein rund 40.000 km langes Strom- und Erdgasnetz sowie ein rund 6.700 km langes Glasfasernetz zur Verfügung. Die Länge des Wärmenetzes beträgt 60 km. Die Netze für Straßenbeleuchtung umfassen rund 8.200 Lichtpunkte in langfristiger Betriebsführung. Im Bereich Elektromobilität erfolgt der Betrieb von rund 180 Schnell- sowie 230 Normalladepunkten.

Die Geschäftstätigkeit als integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmen unterteilt sich in die folgenden Bereiche: Energieerzeugung und Wärme, Strom- und Gasnetz, Energievertrieb, Elektromobilität und

Ladenetzinfrastruktur, Messwesen, Telekommunikation, Beteiligungen und Sonstiges (Dienstleistungen, inkl. Gasspeicher).

Im Bereich Energieerzeugung und Wärme steht der Ausbau von Erzeugungskapazitäten aus erneuerbarer Energie (EE) in Verbindung mit der Nutzung effizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeiten. Neben dem Betrieb von drei Wasserkraftwerken wird gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern daher v. a. auch der Ausbau der Photovoltaik (PV) unterstützt. In diesem Geschäftsbereich sind die Innosun GmbH, Erfurt (Innosun), die eness GmbH, München (eness), und die TEAG Solar GmbH, Erfurt (TSO), vertreten. Im Bereich Windkraft besteht über die Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt (WKT), einer Kooperation mit 13 Thüringer Stadtwerken und Energieversorgungsunternehmen (EVU), eine entsprechende Beteiligung an der Errichtung von Windparks sowie Freiflächen-PV-Anlagen. Zudem werden die Thüringer Kommunen bei der Kommunalen Wärmeplanung (KWP) bzw. der Dekarbonisierung ihrer Energie- und Wärmeversorgungssysteme unterstützt.

Über die TEN als regionalem Verteilnetzbetreiber (VNB) ist die Gesellschaft für den sicheren, effizienten und diskriminierungsfreien Betrieb der Thüringer Strom- und Gasnetze mitverantwortlich. Als unabhängiger Netzbetreiber gewährleistet die TEN die nach sog. „Energiewirtschaftsgesetz“ (EnWG) gesetzlich geregelte Trennung zwischen reguliertem Netzbetrieb und Vertrieb. Zu den betriebenen Verteilnetzen zählen neben dem TEN-eigenen 110-kV-Netz die gepachteten Strom- bzw. Gasnetze der TEAG, der NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG, Schmalkalden (NGS), sowie der Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis (SWL). Neben dem Netzbetrieb bietet die TEN im nicht-regulierten Bereich verschiedene weitere netzbezogene Dienstleistungen an. Diese umfassen beispielsweise die Projektierung, den Bau und den Betrieb kundeneigener Anlagen und Straßenbeleuchtungen sowie ein breites Service- bzw.

Dienstleistungsangebot für andere Netzbetreiber und Stadtwerke. Die TEN agiert in der Marktrolle eines grundzuständigen Messstellenbetreibers (gMSB).

Neben der Erzeugung und dem Netzbetrieb liegt ein weiteres, wesentliches Geschäftsfeld im Energievertrieb. Als Komplettanbieter wird den Privat- und Geschäftskunden ein umfassendes Produktportfolio zur Verfügung gestellt und werden Privat-, Gewerbe- und Industriekunden, Stadtwerke, Kommunen und Weiterverteiler im Rahmen eines breiten Produkt- und Dienstleistungsangebotes mit Strom, Gas und Wärme versorgt. Zum Produktangebot für Stadtwerke und Kommunen zählen verschiedene energiemarktspezifische Lösungen und Beratungsangebote, wie etwa Kooperationen bei der Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Energieeffizienz, KWP und Straßenbeleuchtung.

Mit der voranschreitenden Verkehrswende bzw. dem Ausbau der Elektromobilität hat insbesondere die Errichtung von entsprechender (Schnell-) Ladeinfrastruktur stark an Bedeutung gewonnen. In diesem Geschäftsfeld ist die TMO für die Planung, die Errichtung und den Betrieb von Energieinfrastruktur im Verkehrssektor, inkl. entsprechender Nebenanlagen verantwortlich. Zudem bietet die Gesellschaft ihren Kunden ein breites Vertriebsportfolio hiermit zusammenhängender Dienstleistungen und Produkte an, u. a. im Bereich Ladestrom und -lösungen.

Im Geschäftsfeld Mess- und Zählerwesen werden die Marktchancen umgesetzt, die sich aus der Digitalisierung der Energiewende ergeben. Die Kompetenzen im Bereich Messwesen werden in der TMZ gebündelt. Diese tritt als Komplett-dienstleister für Messstellenbetreiber auf. Für die TEN erbringt die Gesellschaft Messdienstleistungen im Rahmen des konventionellen Messwesens Strom und Gas sowie des Rollouts von modernen Messeinrichtungen (mME) und intelligenten Messsystemen (iMSys). Zudem erbringt die TMZ Dienstleistungen für weitere grundzuständige und wettbewerbliche Messstellenbetreiber

(wMSB) und beteiligt sich an aktuellen Entwicklungen, etwa in den Bereichen Smart Metering, Smart Grid und Smart Home.

Auch im Geschäftsfeld Telekommunikation werden umfangreiche Infrastruktur- und Telekommunikationsdienstleistungen zur Verfügung gestellt. Die zügige Erweiterung des Thüringer Glasfasernetzes im Rahmen von geförderten und eigenwirtschaftlichen Ausbauprojekten zur ganzheitlichen Versorgung von Städten und Gemeinden mit schnellen, glasfaserbasierten Internet- bzw. Datenverbindungen steht dabei im Fokus. Die Vermarktung des Produkt- und Dienstleistungsangebotes für Privat- und Geschäftskunden sowie für öffentliche Einrichtungen erfolgt durch die TNK. Im Bereich Kundenkontakt- und Abrechnungsmanagement werden zentrale Shared-Service-Funktionalitäten durch die TES erbracht. Den geförderten Breitband- bzw. Glasfaserausbau treibt im Auftrag der Thüringer Kommunen die TGG voran.

Aktuell hält der KEBT-Konzern Beteiligungen an 43 Unternehmen und 20 Stadtwerken. Dabei liegen die Beteiligungen an den Stadtwerken zwischen 16 und 74 Prozent. Durch aktive Partnerschaften wird auf einen kontinuierlichen Wissenstransfer und die Erzielung wichtiger Synergieeffekte gesetzt, welche die Energiewende weiter vorantreiben.

Unter Sonstiges werden Geschäftstätigkeiten zusammengefasst, die neben der Entwicklung, Konzeption und Vermarktung weiterführender energiemarktnaher und -spezifischer Dienstleistungen (wie zum Beispiel der Vermarktung der Gasspeicherkapazitäten) u. a. auch den Aufbau neuer Geschäftsfelder, wie etwa der Wasser- und Abwasserversorgung, betreffen.

Die Entscheidung der Thüringer Kommunen, ihre energiewirtschaftlichen Interessen zu bündeln, um im Jahr 2013 mit der gemeinsamen Investitionskraft den E.ON-Anteil an der heutigen TEAG Thüringer Energie AG im KEBT-Konzern zu übernehmen, steht am Anfang einer stabilen, auf die Erfüllung der anstehenden Zukunftsaufgaben ausgerichteten Unternehmensentwicklung.

Diese hat die KEBT heute – genau 10 Jahre nach der Kommunalisierung der TEAG – zur größten kommunalen Unternehmensgruppe in Thüringen gemacht. Rund 700 Mio. EUR Dividende wurden über die TEAG seither erwirtschaftet und an die kommunalen Anteilseigner ausgezahlt sowie über 2 Mrd. EUR in die Thüringer Infrastruktur investiert. Der Großteil der Investitionsaufträge wird an Unternehmen und Dienstleister aus den Thüringer Regionen vergeben. Hierdurch wird ein Beitrag dazu geleistet, die nicht zuletzt auch für die Umsetzung der Energiewende wieder wichtiger gewordenen regionalen und auch lokalen Wertschöpfungs- und Lieferketten zu stärken.

Die Entwicklung der „7 Netze“-Strategie rückt dabei immer weiter in den Mittelpunkt der Geschäftstätigkeiten, denn die Beschleunigung der Energiewende lässt den Netzum- und -ausbau, insbesondere der elektrischen Verteilnetze, fortwährend an Bedeutung gewinnen. Aber auch der zügige und konsequente Ausbau der digitalen Kommunikationsstruktur ist in diesem Zusammenhang wichtig, da er Grundlage ist u. a. für einschlägige Netzsteuerungs- und Planungsprozesse. Die Netzinfrastruktur darf, gerade auch im Hinblick auf den steigenden Transformationsdruck, nicht zum Engpass der Energiewende werden.

Im Geschäftsjahr 2023 hat die KEBT die Energiewende in Thüringen weiter vorangetrieben, und wird sich auch in Zukunft als zentraler Akteur, Umsetzer und verlässlicher Branchenpartner nachhaltiger (Kooperations-) Projekte und Technologien engagieren. Mit Unterstützung der Anteilseigner, Geschäfts- und Branchenpartner sowie Kunden, wird die KEBT den Transformationsprozess innovativ, digital, zielbewusst und kundenorientiert, d. h. in einem partnerschaftlich ausgerichteten Kooperationsprozess, organisieren.

Wichtige strategische Weichen sind gestellt; nun müssen konkrete Ausbauprojekte operativ umgesetzt und die hierfür notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Umsetzung der Energiewende bietet – bei allen

Herausforderungen – indes auch große Wachstums- und Erlöspotenziale. Diese zu heben und in konkreten, ökologisch sinnvollen und wirtschaftlich rentablen (Ausbau-) Projekten umzusetzen, steht im Zentrum der „7 Netze“-Strategie.

Die interne Steuerung und Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und Ziele basieren auf einheitlichen Kennzahlen. Zu den wichtigsten Steuerungsgrößen zählen das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA), das Ergebnis vor Steuern (EBT) und der Konzernjahresüberschuss. Zusätzlich zur weiteren Veranschaulichung werden im vorliegenden Lagebericht weitere Kennzahlen präsentiert. Hierzu gehören u. a. folgende finanzielle bzw. nichtfinanzielle Leistungsindikatoren: Cashflow, Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen, Erzeugungs- und Absatzmengen sowie Umwelt- und Arbeitnehmerbelange.

Die wirtschaftlichen und politischen Krisenereignisse der letzten Geschäftsjahre haben zu weitreichenden Veränderungen auf den globalen und europäischen Rohstoff- und Energiemärkten geführt. Es ist davon auszugehen, dass sich die angestoßenen Veränderungsprozesse mittel- bis langfristig verfestigen werden. Viele der aufgeworfenen (energie-) wirtschaftlichen Fragestellungen konnten im zurückliegenden Berichtszeitraum noch nicht vollumfänglich aufgelöst werden, jedoch haben die gemeinsamen Marktanstrengungen gezeigt, dass eine erfolgreiche Bewältigung der Herausforderungen möglich ist. Bei der Erfüllung der anstehenden (Transformations-) Aufgaben kommt den regionalen und lokalen Energieversorgern eine wichtige Rolle zu, da sie die (energie-) politischen Ziele durch konkrete Maßnahmen umsetzen werden. Im Geschäftsjahr 2023 hat der Gesetzgeber erneut eine Vielzahl umfangreicher Gesetzesinitiativen und -vorhaben auf den Weg gebracht, die Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten haben. Mit dem von der Bundesregierung ausgerufenen „Deutschlandtempo“ soll die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland gesichert und die Energie- und Klimawende beschleunigt werden. Das sog.

„Wärmeplanungsgesetz“ (Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze) legt neue rechtliche Grundlagen für die Wärmewende in Deutschland fest. Das Gesetz zum erneuerbaren Heizen, das sog. „Gebäudeenergiegesetz“ (GEG), führt darüber hinaus verschiedene (bundesdeutsche) Gesetze zusammen. Aber auch auf landespolitischer Ebene ergeben sich verschiedene Pflichten bei der Umsetzung der Wärmewende, etwa aus dem sog. „Thüringer Klimagesetz“ (ThüKliG). Dieses fordert Netzbetreiber zur Dekarbonisierung der von ihnen betriebenen Wärmenetze bis spätestens zum Jahr 2040 sowie zur Vorlage entsprechender Modernisierungs- bzw. Umstellungskonzepte auf.

Auf europäischer Ebene umfasst die Novelle der sog. „Erneuerbare-Energien-Richtlinie“ (RED III) die Ausweisung von sog. „Beschleunigungsgebieten“ sowie einschlägige materiellrechtliche Erleichterungen. Auch ist eine Inventur der nationalen Flächenpotenziale beim Ausbau der EE vorgesehen. Zudem werden der Ausbau von EE-Anlagen sowie der Netzausbau zukünftig ebenfalls auf europäischer Ebene im sog. „überragenden öffentlichen Interesse“ liegen. In Deutschland ist dies bereits über § 2 des sog. „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ (EEG) gegeben. Für Netze und Speicher finden sich entsprechende Regelungen im EnWG. Verschiedene staatliche Umlagen, wie etwa die KWKG- und Offshore-Netz-Umlage, wurden mit dem neuen sog. „Energiefinanzierungsgesetz“ (EnFG) auf eine neue, vereinheitlichte Rechtsgrundlage gestellt. Die deutsche EEG-Umlage wurde zum 1. Januar 2023 vollständig abgeschafft. Das EnFG schafft zudem erstmals einen nationalen Rechtsrahmen zur Förderung von grünem Wasserstoff (H₂). Mit den geplanten Änderungen am EnWG wird es zukünftig eine gemeinsame Netzentwicklungsplanung für Erdgas- und H₂-Netze in Deutschland geben. Darüber hinaus hat die BNetzA für den Strombereich im Rahmen eines Festlegungsverfahrens neue Anforderungen zur netzdienlichen Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und Netzanschlüssen nach § 14a EnWG erlassen. Diese sind am 1. Januar 2024 in Kraft getreten. Ferner

trat das sog. „Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften“ in Kraft. Im Zuge dieser EnWG-Novelle hat die BNetzA sowohl im Strom- als auch im Gasbereich zusätzliche, noch weitreichendere Kompetenzen und Festlegungsbefugnisse in der Netzregulierung erhalten und kann nun leichter von bisher geltenden Vorgaben abweichen und Anpassungen des Regulierungsrahmens vornehmen.

Im Berichtszeitraum hat die Bundesregierung verschiedene Digital- bzw. Internetgesetze an europäische Vorgaben angepasst und zur Umsetzung der sog. „Gigabitstrategie“ u. a. das sog. „TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz“ (Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen) auf den Weg gebracht. Zudem trat das sog. „Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende“ (GNDEW) in Kraft, dass den Rollout von iMSys in Zusammenhang mit der Energiewende beschleunigen soll.

Das Haushaltsurteil des BVerfG zum KTF (bzw. zur Umwidmung hierin enthaltener Mittel aus dem WSF für den Ausbau der EE) warf weitreichende Fragen zur öffentlichen Absicherung der anstehenden, energiewendebedingten Investitionsausgaben auf. Mit den Plänen der Bundesregierung zur Haushaltskonsolidierung kommt es zu erheblichen (Subventions-) Kürzungen anstehender Klima- und Transformationsprojekte, etwa durch den Wegfall des geplanten, milliardenschweren staatlichen Netzentgeltzuschusses im Strombereich. In Zusammenhang mit dem BVerfG-Urteil liefen zudem u. a. auch die staatlichen Energiepreisbremsen aus, deren Verlängerung ursprünglich bis zum 31. März 2024 vorgesehen war.

Der Atom- und der geplante Kohleausstieg führen zu einer Verknappung der gesicherten Leistung am deutschen Strommarkt. Mit der Zunahme der Erzeugung aus den volatilen EE steigt jedoch der Bedarf an kurzfristig verfügbarer Leistung; womit auch die Energieerzeugung und -einspeisung aus hochflexiblen Gaskraftwerken an

Bedeutung gewinnt. Insbesondere in Zeiten sog. „Dunkelflauten“ sollen diese die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen ergänzen und der Versorgungssicherheit dienen. Die Anlagen sind zudem ein wichtiges Element zur Gewährleistung der Stromnetzstabilität. Die Energie- und Klimawende spiegelt sich daher, neben der Ausweitung des PV- und Windkraftgeschäftes, auch im (klimaneutralen) Aus- bzw. Umbau der konventionellen Erzeugungsanlagen sowie in der Transformation der vor- und nachgelagerten energiewirtschaftlichen Prozesse wider.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden verschiedene strategische bzw. operative Maßnahmen zur Modernisierung und Umstellung der Kraftwerkskapazitäten zur klimafreundlichen – und mittel- bis langfristig klimaneutralen – Strom- und (Fern-) Wärmeversorgung in Thüringen umgesetzt. Der Erzeugungsschwerpunkt der klimafreundlichen Fernwärmeversorgungsinfrastruktur liegt am Standort des HKW Jena. Dort erhöht die neue, hocheffiziente Gasmotorenreihe deutlich die Flexibilität, den Wirkungsgrad und die Gesamteffizienz der Kraftwerksanlage und bringt, als idealer Komplementär zu den volatilen EE, darüber hinaus auch wirtschaftliche Vermarktungsvorteile mit sich. Nach einer erfolgreichen Probeeinspeisung wurden im Berichtszeitraum die notwendigen Voraussetzungen für die Aufnahme des Dauerbetriebes voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 geschaffen. Im Geschäftsjahr 2023 erging zudem der Zulassungsbescheid für die KWK-Zuschlagssumme zur neuen Druckwärmespeicheranlage. In der Errichtung einer sog. „Power-to-Heat-Anlage“ (PtH) liegt ein weiterer wesentlicher Investitionsmeilenstein. Darüber hinaus sind die Errichtung einer zweiten vollständig H₂-fähigen Gasmotorenreihe und die Systemintegration einer leistungsstarken Flusswasser-Wärmepumpe in Prüfung. Für den Standort HKW Rudolstadt/Schwarza wird gemeinsam mit einem Dienstleister derzeit ein neues Standortkonzept entwickelt, das eine umfassende Modernisierung des Anlagenbestandes sowie entsprechende Pläne zur grünen Fernwärmeversorgung vorsieht. Mit einem Großkunden wurde zudem eine

langfristige Partnerschaft im Bereich H2 beschlossen.

Am Standort des HKW Bad Salzungen wird künftig ein neuer Elektrodenkessel den Effizienzwert und die Flexibilität der Kraftwerksanlage steigern und zu entsprechenden Vermarktungsvorteilen führen. Die Fertigstellung ist im Folgejahr geplant. Ferner wurde im Berichtszeitraum mit der Prüfung der Abwärmeeinspeisung durch ein lokales Industrieunternehmen in das Fernwärmenetz begonnen. Zudem ist in Bad Salzungen die Errichtung einer Solarthermieanlage zum Ausgleich von Netzverlusten in der Heizperiode vorgesehen.

Im Berichtszeitraum wurden Umstellungs- bzw. Anpassungskonzepte zur klimaneutralen Ausgestaltung der Fernwärmenetze konkretisiert und Projekterfahrungen mit verschiedenen Branchenpartnern in Thüringen diskutiert, ausgetauscht und gebündelt. An den Projekten sind zahlreiche Thüringer Energie- bzw. Fernwärmeversorgungsunternehmen, ihre Netzbetreiber sowie weitere Dienstleister beteiligt. Die Identifizierung technischer Anforderungen und Abschätzung anzusetzender Wärmegestehungskosten erfolgen dabei im Verbund, die konkrete Erstellung der netzspezifischen Transformationspfade wird durch das jeweils vor Ort zuständige Versorgungsunternehmen realisiert. Über die TWS wurden Anpassungskonzepte für das Fernwärmenetz in Bad Salzungen sowie das Netz im Industrie- und Gewerbegebiet Schwarza vorgelegt. Sowohl in Bad Salzungen als auch in Rudolstadt/Schwarza soll eine klimaneutrale Umstellung nach § 8 Abs. 5 ThüKliG erfolgen. Als aktiver Branchenpartner unterstützen die TEAG und ihre Tochterunternehmen die Transformation der öffentlichen (Fern-) Wärmeversorgung und stehen den Thüringer Kommunen sowie kleineren und mittelständischen Unternehmen für entsprechende Projektanfragen zur Verfügung. Im Rahmen von Quartiersprojekten wird zur Umsetzung einer dezentralen, klimafreundlichen (Fern-) Wärmeversorgung auf entsprechende Branchenkooperationen, u. a. mit den Thüringer Stadtwerken und verschiedenen Unternehmen aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft, gesetzt.

Im Geschäftsjahr 2023 haben sich zahlreiche Thüringer Kommunen und Verwaltungsgemeinschaften mit der KWP auseinandergesetzt. Das Wärmeplanungsgesetz verpflichtet alle Städte und Gemeinden in Deutschland bis spätestens 2028 zur Aufstellung von kommunalen Wärmeplänen und verweist auf notwendige Anpassungen von Gesetzen und Regeln, ohne jedoch entsprechende Details festzuschreiben. Im Berichtszeitraum wurden notwendige Vorbereitungen getroffen, um die Thüringer Kommunen ab dem kommenden Geschäftsjahr im Rahmen der klimaneutralen (Fern-) Wärmeversorgung bei der KWP unterstützen zu können. Die Erfahrungen im Geschäftsfeld Wärme dienen als Ausgangspunkt für die gemeinsame Projektplanung, da bei der KWP der Weiterentwicklung von bestehenden Fernwärmenetzen eine besondere, wenngleich nicht ausschließliche, Bedeutung zukommt. Am Standort des HKW Jena wurde im Geschäftsjahr 2023 mit dem ortsansässigen Netzbetreiber eine Interessensbekundung zur Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung geschlossen. Vor dem Hintergrund der verschiedenen gesetzlichen Anforderungen, die sich u. a. aus dem ThüKliG, dem GEG und dem Wärmeplanungsgesetz ergeben, wird eine nachhaltige und für die Kunden wirtschaftlich tragfähige Transformation der Bestandsanlagen angestrebt. Zur Unterstützung der Kommunen bei der KWP wurde im Berichtszeitraum u. a. ein entsprechendes Musterkonzept erarbeitet sowie – beispielsweise über die sog. „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld“ – erste Fördermitelanträge gestellt.

Das EU-Programm „Fit for 55“ forciert die grüne Energie- und Wärmetransformation. Die Abschmelzung kostenfreier und versteigerter Emissionszertifikate im europäischen Emissionshandelssystem (EU-EHS) nimmt die Energiewirtschaft und die energieintensiven Industrien dabei in die Pflicht, Treibhausgasemissionen besonders schnell zu reduzieren. Das Ziel für den EUEHS Sektor liegt bei -61 Prozent bis 2030 gegenüber -40 Prozent in der allgemeinen Zielvorgabe. Die Beschaffung der Zertifikate in der vierten europäischen Emissionshandelsperiode verlief

planmäßig, auch bei den CO₂-Zertifikaten hat sich die langfristige Beschaffungsstrategie bewährt.

Die Erzeugung aus EE soll zügig ausgebaut und den konventionellen Erzeugungs- und Vertriebsaktivitäten mittel- bis langfristig mindestens gleichgestellt werden. Zur Umsetzung der Energiewende und Erreichung der politischen Ziele fehlt es jedoch an neu ausgewiesenen Flächenpotenzialen, z. B. für den Bau von Windkraftanlagen. In verschiedenen Aufgabenbereichen dauern zudem die mitunter sehr aufwendigen Planungs- und Genehmigungsverfahren an. So sind neben dem Bau der EE-Anlagen selbst etwa für die Errichtung einer neuen Hochspannungsleitung mehrere Jahre Planungs-, Genehmigungs- und Bauzeit einzuplanen.

Im Geschäftsfeld Windkraft erfolgt die Energieerzeugung über die WKT, an der die TEAG insgesamt 7,1 Prozent der Anteile hält. Die WKT bündelt Kompetenzen bei der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieprojekten. Der Geschäftszweck der Gesellschaft umfasst zudem auch die Planung und Errichtung größerer PV-Projekte und zugehöriger Infrastrukturanlagen (inkl. entsprechender Speichertechnologien) sowie die Entwicklung und Vermarktung von Grünstrom-PPA-Modellen, sog. „Power Purchase Agreements“, aus eigenen Wind- und PV-Anlagen. In Nordthüringen verfolgt die WKT gemeinsam mit weiteren regionalen Partnern und mit Unterstützung der TSO ein PV-Freiflächenprojekt im Umfang von 20 MW. Im Berichtszeitraum wurden zudem verschiedene Kooperationsprojekte in strategischen Partnerschaften mit Projektentwicklern vorangetrieben. Ein Windpark mit rund 16 MW Leistung befindet sich derzeit in der Kaufverhandlung. Im „Windjahr“ 2023 führten die Entwicklungen am Strommarkt größtenteils wieder zu Marktwerten unterhalb der EEG-Vergütungssätze.

Im Geschäftsfeld PV ist die TSO zuständig für die Betreuung von Industrie- bzw. Gewerbekunden, Kommunen und Stadtwerken. Sie stellt individuelle Lösungen im gewerblichen Umfeld bereit

und übernimmt als Komplettanbieter Beschaffung, Planung und Bau von PV-Anlagen in Thüringen und im näheren Umkreis. Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft eine Zielgruppen-erweiterung und Ausweitung des PV-Geschäfts im Bereich der mittleren Leistungsgröße vorgenommen. Infolge anhaltender Materialengpässe hat die TSO ihre Material- und Einkaufspolitik überarbeitet und stärker an die Einkaufs- bzw. Lagerstrukturen der TEAG gebunden. Durch entsprechende Rahmenverträge konnten Produktionskapazitäten direkt bei verschiedenen Herstellern gesichert werden. Im Berichtszeitraum erfolgte über die TSO der Bau mehrerer mittelgroßer, eigener Anlagen, u. a. in Eisenach, Veilsdorf und Nordhausen. Zudem wurde am Erfurter Kreuz mit der Umsetzung eines PV-Großprojektes im Umfang von mehr als 5 MWp begonnen.

Für Geschäftstätigkeiten im Privatkundenbereich ist die eness zuständig. Die Gesellschaft projiziert Solaranlagen bis 30 kWp. Die Innosun übernimmt die deutschlandweite Entwicklung und Errichtung großer PV-Freiflächenprojekte für Industrie- und Gewerbekunden.

Der Ausbau der EE bzw. die Weiterverteilung der dezentral erzeugten Mengen erfordert auf allen Spannungsebenen erhebliche Investitionen im Netzbereich. Laut der Energiate GmbH rechnen allein die deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) bis 2030 mit einem energiewendebedingten Investitionsbedarf von mehr als 120 Mrd. EUR, hinzu kommen rund 50 Mrd. EUR auf Ebene der VNBs. Der Aufbau eines geeigneten H₂-Netzes wird aller Voraussicht nach ebenfalls einen zweistelligen Milliardenbetrag binden. Auch die von der TEN auf der Grundlage der Klimaziele der Bundesregierung erstellten umfassenden Analysen zur weiteren Entwicklung der Last- und Einspeisesituation in ihren Netzen zeigen den signifikant erhöhten Ausbaubedarf. Im Stromnetz plant die TEN mit einer Verdopplung des Investitionsniveaus bis 2028 auf jährlich rund 140 Mio. EUR. Hohe Investitionssummen werden aber nicht allein für den Netzaus- und -umbau, sondern auch in anderen Bereichen der Energiewirtschaft, wie etwa der Erzeugung, benötigt. Der

Verfügbarkeit von ausreichend hohem Investitionskapital zur Finanzierung kommt daher eine zentrale Bedeutung zu.

Der TEN als regionalem VNB in Thüringen kommt eine Schlüsselstellung beim Betrieb der Netzinfrastuktur zu. Das wichtigste Ziel liegt im sicheren Betrieb der Netze und Anlagen unter Einhaltung aller physikalischen und technischen Parameter, um den Schutz der kritischen Infrastruktur jederzeit gewährleisten zu können. Im Berichtszeitraum wurden die präventiven Verfahrensregelungen und Krisenpläne weiter fortgeschrieben und aktualisiert. Die Pläne betreffen u. a. die Beherrschung einer potentiellen Gas- bzw. Strommangellage sowie die Abwehr von Umweltrisiken in Form von Extremwetterlagen. Im Rahmen der Krisenabwehr fand im Berichtsjahr ein erfolgreicher Hochwassereinsatz im Katastrophengebiet Windehausen statt. Darüber hinaus wurden verschiedene IT-Sicherheitsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Durch die BNetzA wurde zudem ein Überwachungsaudit des Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) der TEN durchgeführt, das erfolgreich abgeschlossen wurde.

Die Energiewende steht für große Veränderungen im Netzbetrieb. Der Umbau der Erzeugungslandschaft führt in weiten Teilen zu einer Verschiebung der Systemverantwortung auf die Ebene der VNBs. Mit der Zunahme von dezentralen Einspeisern in den Verteilnetzen werden systemische Herausforderungen, wie die Spannungshaltung und die Erbringung von Regelleistung, zunehmend komplexer. Der Zuwachs der Einspeiseleistung aus EE, die voranschreitende Elektrifizierung im Verkehrs- und Wärmebereich und u. a. auch der Einsatz von Stromspeichern machen die Entwicklung und erfolgreiche Implementierung von sog. „Redispatchprozessen“ essenziell. Diese sollen, vor dem Hintergrund einer zunehmend diversifizierten, dezentralen Einspeiser- bzw. Erzeugungslandschaft, eine ganzheitliche und stabile Systemführung auf allen Spannungsebenen ermöglichen. Im Rahmen des sog. „Redispatch 2.0“ wird an der Entwicklung, Implementierung und fortlaufenden Verbesserung

entsprechender Netzsteuerungs- und -führungsmethoden gearbeitet. Dabei werden gezielt die Chancen der Digitalisierung ergriffen und mit benachbarten Geschäftsfeldern verknüpft, etwa durch den Einsatz von iMSys, welche u. a. auch die Feststellungs- und Prognosemöglichkeiten von Netzengpässen erweitern. Zur zügigen Umsetzung der neuen Festlegungen der BNetzA zur netzdienlichen Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und Netzanschlüssen nach § 14a EnWG hat die TEN ein entsprechendes Projekt gestartet.

Der Aufbau des neuen, bundesweiten 450MHz-Funknetzes wird als Gemeinschaftsaufgabe zusammen mit anderen deutschen Energieversorgungsunternehmen über die Beteiligung an der 450MHz Beteiligung GmbH, Erfurt, vorangetrieben. Das 450-MHz-Funksystem ermöglicht die sichere Informationsübertragung zur zielgerichteten Steuerung von Netzprozessen. Mit dem voranschreitenden Ausbau einer dezentralen Energieversorgung gewinnt die Netzsteuerung zunehmend an Bedeutung. Im Strombereich kann mit der neuen Technologie beispielsweise eine bessere Überwachung und Steuerung von Einspeiseanlagen, Schalthäusern und Mittelspannungsstationen erfolgen. Im Gasbereich gehören die Überwachung und Steuerung von Gasmengen- und Druckregelungsanlagen zum Anwendungsgebiet. Mögliche Zusatzanwendungen der 450-MHz-Funktechnologie liegen u. a. im dynamischen Laden von Elektrofahrzeugen und dem Steuern variabler Lasten, wie Wärmepumpen. Im Geschäftsjahr 2023 wurden verschiedene strategische Weichen zur organisatorischen Einbindung der neuen Technologie in die Geschäftstätigkeiten der Konzernunternehmen gestellt und auch der operative 450-MHz-Netzausbau vorangetrieben. Die TNK übernimmt zukünftig den Vertrieb verschiedener 450-MHz-Funkdienstprodukte und entwickelt hierzu eine entsprechende Vertriebsstrategie. Die TEN hat den operativen Netzausbau fortgeführt, sodass sich zum Stichtag insgesamt 13 Funkstandorte im Wirkbetrieb befanden, sechs weitere Neubau-Funkstandorte wurden fertiggestellt. Insgesamt ist geplant,

mehr als 70 Funkmasten in ganz Thüringen zu errichten.

Im nicht-regulierten Bereich steht ein umfangreiches (Netz-) Dienstleistungsangebot zur Verfügung, welches u. a. die Konzeption, Errichtung und Instandhaltung individueller Kunden-Anlagen sowie zahlreiche (Beratungs-) Dienstleistungen für Stadtwerke und andere Netzbetreiber umfasst. Im Geschäftsjahr 2023 lag ein Schwerpunkt auf der Realisierung von Netzanschlusslösungen für Einspeiser aus EE. In enger Zusammenarbeit mit den Thüringer Kommunen entwickelt die TEN, neben der Wartung und Modernisierung bestehender Anlagen, zudem maßgeschneiderte, energieeffiziente und umweltfreundliche Straßenbeleuchtungskonzepte auf Grundlage modernster LED-Technologie. Vor dem Hintergrund des gehobenen Energiepreisniveaus hielten die Modernisierungsanfragen und Anfragen zur Errichtung neuer, energieeffizienter Beleuchtungsanlagen an. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 442 (Vorjahr: 596) neue Lichtpunkte abgerechnet sowie 111 (Vorjahr: 497) Lichtpunkte energetisch saniert. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den hohen Sanierungsgrad der Vorjahre zurückzuführen. Im Rahmen von langfristigen Serviceverträgen wurden über die TEN thüringenweit insgesamt 8.243 (Vorjahr: 9.822) Lichtpunkte in verschiedenen Betreibermodellen geführt. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das Auslaufen verschiedener Contracting-Verträge zurückzuführen. In den Bereichen Mittel- und Niederspannung sowie Straßenbeleuchtung erhielt die TEN im Geschäftsjahr 2023 im Rahmen von Werkleistungsverträgen Aufträge im Wert von insgesamt 4,7 Mio. EUR.

Die Absatzmenge inkl. Netzverluste und Betriebsverbrauch über das Stromnetz betrug im Geschäftsjahr insgesamt 9.840,5 GWh und lag damit leicht unter der Vorjahresmenge (10.011,1 GWh). Der Netzabsatz bewegte sich mit insgesamt 9.508,7 GWh leicht unter dem Vorjahresniveau (9.686,4 GWh). Beim Netzkundenabsatz an Weiterverteiler, RLM- und SLP-Kunden ergab sich ein Mengenrückgang i. H. v. -3,3 Prozent bzw. -289,5 GWh. Der Rückgang ist im Wesentlichen

auf preis- und temperaturbedingte Einspareffekte bei den Endverbrauchern sowie einen weiteren Zubau von EEG-Anlagen zurückzuführen. Im Geschäftsjahr stieg die Einspeisung aus EE gegenüber dem Vorjahr um +184,3 GWh auf insgesamt 4.844,8 GWh an. Infolge des vergleichsweise windreichen Frühjahres und Herbstes nahm mit einem Zuwachs von +255,3 GWh insbesondere die Einspeisung im Bereich Windkraft zu. Gegenläufig nahmen die PV-Einspeisung um -38,3 GWh und die Einspeisung im Bereich Biomasse um -41,0 GWh leicht ab. Der Rückgang der PV-Einspeisung begründet sich aus vergleichsweise sonnenarmen Wetterverhältnissen und der zunehmenden Nutzung von Stromspeichern in Verbindung mit einem Anstieg beim Eigenverbrauch. Im Netzgebiet wurden im Berichtszeitraum Strommengen aus EE mit einem Volumen von insgesamt 4.302,6 GWh (Vorjahr: 4.058,4 GWh) und damit 88,8 Prozent des eingespeisten EEG-Stroms direkt vermarktet. Die Netzeinspeisung aus KWK-Anlagen stieg im Berichtszeitraum um +41,7 GWh auf insgesamt 322,8 GWh an. Im Anstieg spiegelt sich v. a. die Probeeinspeisung der neu in Betrieb genommenen Gasmotorenanlage am Standort des HKW Jena wider. Infolge der höheren dezentralen Einspeisung sank die Netzeinspeisung aus vor- und nachgelagerten Stromnetzen um -532,9 GWh (-13,3 Prozent).

Die gesamte Absatzmenge inkl. Betriebsverbrauch über das Erdgasversorgungsnetz betrug im Geschäftsjahr 7.733,6 GWh und lag damit um -7,7 Prozent unter der Vorjahresmenge (8.382,4 GWh). Wie im Strombereich wurde der Rückgang im Wesentlichen durch preis- und temperaturbedingte Einspareffekte bedingt. Bei den leistungsgemessenen Kunden kam es zu einer Abnahme i. H. v. -12,9 Prozent. Im Bereich der SLP-Kunden kam es im Berichtszeitraum zu einem Mengenrückgang i. H. v. -6,6 Prozent. Bei den Weiterverteilern war eine Abnahme der abgesetzten Menge i. H. v. -5,0 Prozent zu verzeichnen. Aufgrund des geringeren Netzabsatzes sank die Netzeinspeisung um -648,8 GWh. Der Mengenbezug von vorgelagerten Netzbetreibern ging um -792,1 GWh (-10,5 Prozent) zurück.

Im Geschäftsjahr 2023 setzte sich die gestiegene Nachfrage nach Anschlüssen von Erzeugungsanlagen auf Grundlage regenerativer Quellen fort. Insgesamt wurden +13.568 EE-Anlagen neu angemeldet sowie der Anschluss von +8.564 Anlagen bearbeitet. Weitere Anlagen wurden bereits an das Netz angeschlossen und können einspeisen, sind lediglich noch nicht abschließend dokumentiert. Zur weiteren Beschleunigung der Antragsbearbeitung wurden im Berichtszeitraum zusätzliche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Weiterhin wurden 30.633 EE-Anlagen vergütet, wobei davon 475 aufgrund fehlenden Anspruchs oder sonstiger Gründe, wie z. B. fehlender Antragsunterlagen oder Vergütungsverzichts, eine sog. „Null-Vergütung“ erhalten haben. Im Berichtszeitraum speisten insgesamt 31.356 Anlagen (Vorjahr: 25.824 Anlagen) mit einer installierten Gesamtleistung von 3.791 MW (Vorjahr: 3.190,7 MW) in das von der TEN betriebene Netz ein. Der Anteil der eingespeisten Energiemenge aus EE am Netzabsatz ohne Rückspeisung und ohne Mehr- bzw. Mindermengen lag bei insgesamt 56,9 Prozent (Vorjahr: 52,9 Prozent). Im Geschäftsjahr gab die 50Hertz Transmission GmbH, Berlin, 158 Aufrufe (Vorjahr: 81) zur Abregelung von Einspeiseleistung nach dem EnWG aus. Die Gesamtdauer der Einspeisemanagementmaßnahmen betrug rund 556 Stunden (Vorjahr: 351). Dabei wurden insgesamt 50.847 MWh (Vorjahr: 44.508 MWh) Einspeisearbeit abgeregelt. Die TEN veranlasste 124 Abschaltmaßnahmen (Vorjahr: 41) mit einer Gesamtdauer der Maßnahmen von insgesamt rund 651 Stunden (Vorjahr: 444). Die vergleichsweise große Zunahme der Abschaltmaßnahmen lag zum Teil an der Auslastung einzelner Umspannwerke im Zusammenhang mit dem EE-Ausbau. Dabei wurden insgesamt 2.098 MWh (Vorjahr: 2.627 MWh) Einspeisearbeit abgeregelt. Der Anteil der von der TEN abgeregeltener Energiemenge an der EEG-Gesamteinspeisung lag bei 0,04 Prozent.

In 2023 wurden die Geschäftsanbahnungsprozesse zur anstehenden Ausschreibungsperiode auslaufender Strom-Konzessionsverträge fortgeführt und sich der Wiedererlangung auslaufender Konzessionsverträge im Strom- und Gasbereich

gewidmet. Der anstehende, komplexe Konzessionsprozess im Strombereich mit seinen Vergabeverfahren erfordert den frühzeitigen Aufbau einer projektspezifischen Ablauforganisation. Mit der neuen Ausschreibungsperiode wird mit der Bearbeitung von Konzessionsvergabeverfahren im drei-stelligen Bereich gerechnet.

Das Vertriebsgeschäft wurde auch im Geschäftsjahr 2023 durch das gehobene Preisniveau an den Beschaffungsmärkten für Energie geprägt. Hinzu kamen umfangreiche Veränderungen zahlreicher staatlich und regulatorisch veranlasster Preisbestandteile. In Verbindung mit der operativen Umsetzung bzw. Abrechnung der im Vorjahr beschlossenen Energiepreisbremsen im Gas-, Wärme- und Strombereich (sowie der sog. „Dezember-Soforthilfe“) führte dies zu einer starken Auslastung der IT-, Organisations- und Mitarbeiterkapazitäten. Vor dem Hintergrund der vielzähligen und -schichtigen Marktveränderungen wurde der Informationsaustausch mit Geschäftspartnern noch einmal deutlich erhöht und auch den Kunden umfangreiche Gesetzes- und Abrechnungsinformationen zur Verfügung gestellt. Das Kontaktaufkommen im Kundenservicecenter lag, wie auch schon im Vorjahr, auf einem deutlich überdurchschnittlich hohen Niveau.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden die Kunden zuverlässig mit Energie versorgt, wobei das gehobene Preisniveau an den Beschaffungsmärkten weiterhin Einfluss auf den Energievertrieb hat. Hierdurch kam es u. a. auch zu einem preisbedingten Anstieg der Umsatzerlöse. Die Kontrahierung ausreichender Strom- und Erdgasmengen zur Gewährleistung einer hohen Versorgungsqualität hat dabei höchste Priorität. Im Berichtszeitraum wurden die Vertrags-, Produkt- und Preisbedingungen kontinuierlich überprüft und an die entsprechenden Marktbedingungen angepasst.

Im Privatkundengeschäft brachte die Umsetzung der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse detailreiche Organisations- und IT-Prozesse mit sich und führte zu einer starken Auslastung der Mitarbeiter. Infolge der gestiegenen Beschaffungskosten wurden bei Kundenverträgen mit

auslaufenden Preisgarantien im Strom- und Gasbereich entsprechende Preisanpassungen notwendig.

Das Geschäftskundensegment wurde ebenfalls von einem hohen Informations- und Beratungsbedarf hinsichtlich der Umsetzung der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse sowie der geplanten Senkung der Stromsteuer für alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes geprägt. Zudem wurde vermehrt nach Liefermodellen mit hoher Abnahmeflexibilität und Spotmarktorientierung gefragt.

Im Vertriebsgeschäft mit den Stadtwerken kam es zu Rückgängen beim Gasabsatz, u. a. infolge eines geringeren Heizbedarfs aufgrund vergleichsweise milder Witterungsverhältnisse sowie marktpreisbedingter Verbrauchseinsparungen. Wegen der ausgeprägten Spotmarktpreisvolatilität beim Gasbezug und des Wegfalls temperaturabhängiger Lieferungen (Regressionsfahrplänen) konnten im Berichtszeitraum keine Gasliefermodelle mit Mengenflexibilität angeboten werden. Im Strombereich hingegen konnten den Stadtwerkskunden flexible Lieferangebote zur Verfügung gestellt werden, allerdings mit insgesamt deutlich geringeren Flexibilitätsspielräumen als in den Vorjahren.

Im Geschäftsjahr nahmen die Gesamtabatz- und Beschaffungsmengen sowohl im Strom- als auch im Gasbereich ab. Der Gasabsatz ging um insgesamt rund -5 Prozent zurück, im Strombereich war ein Rückgang um insgesamt rund -3 Prozent zu verzeichnen.

Der Stromabsatz verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um -240,5 GWh auf insgesamt 8.389,2 GWh (Vorjahr: 8.629,6 GWh). Im Bereich der Geschäftskunden gingen die Mengen gegenüber dem Vorjahr leicht zurück. Insgesamt wurden im Geschäftskundenbereich 2.481,5 GWh Strom geliefert, der Wert lag damit um rund -139,8 GWh unter dem Vorjahr. Der Mengenrückgang begründet sich v. a. aus Kundenabgängen, die nicht durch Neukundengewinne kompensiert werden konnten. Die abgesetzte Strommenge bei den Geschäftskunden entspricht einem Anteil

von insgesamt rund 30 Prozent am gesamten Stromabsatz. Im Privatkundengeschäft ergab sich ebenfalls ein Rückgang der Absatzmenge. Dieser ist insbesondere auf ein verändertes Verbrauchsverhalten zurückzuführen. Mit einem Rückgang i. H. v. -105,8 GWh auf insgesamt 939,0 GWh lag der Stromabsatz im Privatkundengeschäft rund 10 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die bei den Privatkunden abgesetzte Strommenge entspricht einem Anteil i. H. v. rund 11 Prozent am Gesamtstromabsatz. Beim Absatz an Vertriebspartner, v. a. an Stadtwerke, wurde im Geschäftsjahr ein Absatz i. H. v. 4.427,8 GWh und damit ein Anstieg i. H. v. +64,8 GWh verzeichnet. Der Anteil des Stromabsatzes an Vertriebspartner und sonstige Kunden lag bei rund 53 Prozent. Die Strombeschaffung erfolgte über zahlreiche Händler, Beteiligungsunternehmen sowie über eigene und fremde Kraftwerke.

Der Erdgasabsatz ging im Vergleich zum Vorjahr um -320,7 GWh auf insgesamt 6.633,1 GWh zurück (Vorjahr: 6.953,8 GWh). Im Bereich der Geschäftskunden wurden 2.495,7 GWh Erdgas geliefert und damit -274,9 GWh weniger als im Vorjahr. Der Mengenrückgang ist insbesondere auf das Auslaufen des Vertrages eines Großkunden zurückzuführen. Der Gasabsatz an Geschäftskunden entspricht einem Anteil i. H. v. rund 38 Prozent am Gesamtabatz. Im Privatkundengeschäft führten ein verändertes Verbrauchsverhalten sowie die im Berichtszeitraum vergleichsweise milden Temperaturen zu einem leichten Rückgang sowohl der Durchschnittsverbräuche als auch des Gesamtabatzes. Gegenüber dem Vorjahr ging der Erdgasabsatz um -130,7 GWh auf insgesamt 1.581,3 GWh zurück. Damit lag der Anteil der Privatkunden am gesamten Erdgasabsatz bei rund 24 Prozent. Der Erdgasabsatz an Vertriebspartner lag mit einem Anstieg i. H. v. +84,9 GWh auf insgesamt 2.556,2 GWh leicht über dem Vorjahresniveau. Die abgesetzte Erdgasmenge bei den Vertriebspartnern entspricht einem Anteil i. H. v. rund 38 Prozent am Gesamtabsatz im Erdgasbereich. Die Beschaffung erfolgte in Kooperation mit einer Vielzahl von Handelspartnern aus breit diversifizierten Quellen.

Der Wärmeabsatz belief sich im Geschäftsjahr auf insgesamt 1.088,9 GWh (Vorjahr: 1.089,3 GWh). Hiervon entfielen auf die zentralen Wärmeerzeugungsanlagen in Jena und Bad Salzungen 442,1 GWh (Vorjahr: 465,9 GWh) sowie auf die Erzeugungsanlage in Rudolstadt/Schwarza 614,5 GWh (Vorjahr: 590,6 GWh). Der übrige Wärmeabsatz betraf die dezentralen Erzeugungsanlagen. Im Bereich der dezentralen Wärmeversorgung wurden zum Bilanzstichtag 53 dezentrale Erzeugungsanlagen mit einer installierten thermischen Leistung i. H. v. 24,6 MWp sowie einer installierten elektrischen Leistung i. H. v. 3,2 MWp betrieben. Mit Hilfe der dezentralen Erzeugungsanlagen wurden 22 kommunale Kunden (v. a. Rathäuser, Sportzentren und Schulen) versorgt. Im Bereich der Wohnungswirtschaft wurden 19 weitere Abnehmer beliefert.

Mit der operativen Ingangsetzung der TMO zum 1. Januar 2023 wurden die Geschäftsaktivitäten im Bereich Elektromobilität in einer eigenen Tochtergesellschaft gebündelt und die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um das Geschäftsfeld weiter auszubauen. Das Ziel ist es, sich bei der Verkehrswende in Thüringen als Vorreiter und zentralen (Infrastruktur-) Dienstleister zu positionieren und den Ausbau insbesondere der öffentlichen Schnellladeinfrastruktur deutlich zu beschleunigen. Zu diesem Zweck wurde die TMO im Geschäftsjahr 2023 mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet. Mehrere (Geschäfts-) Aufgaben wurden von der TEAG bzw. TEN in die TMO übergeleitet.

Auch im Geschäftsjahr 2023 hat sich der Ausbau der Ladenetzinfrastruktur in Thüringen und über die Landesgrenzen des Freistaates hinaus auf die Errichtung von Schnellladekapazitäten konzentriert: Insgesamt wurden von der TMO im Berichtszeitraum mehr als 180 Schnell- bzw. mehr als 230 Normalladepunkte (Vorjahr: 100 bzw. 220) betrieben. Der Kundenstamm im Geschäftskundensegment wurde um mehrere (Groß-) Kunden erweitert. Auch bei der Anzahl der Ladekartenkunden war im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Steigerung bzw. nahezu eine Verdoppelung der Kundenzahlen zu verzeichnen. Die

Umsatzerlöse aus der Nutzung der öffentlichen Ladesäuleninfrastruktur wurden im Vorjahresvergleich deutlich gesteigert. Neben dem strategischen Aufbau der notwendigen Geschäftsprozesse und -strukturen wurden im Berichtszeitraum zur Entwicklung des Geschäftsfeldes Elektromobilität zudem verschiedene (kaufmännische) IT-Projekte umgesetzt, beispielsweise im Bereich des Kunden- bzw. Abrechnungsmanagements, und der Personalbestand aufgestockt. Um die Lademöglichkeiten in der Nähe der Kunden weiter zu erhöhen, wurden zudem die Geschäftsaktivitäten im Rahmen von Quartierslösungen fortgeführt.

Im KEBT-Konzern ist zunächst die TEN als gMSB und VNB für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des Smart-Meter-Rollouts bzw. des netzdienlichen Steuerns und Schaltens von Einspeisern und Abnehmern verantwortlich. Innerhalb des Konzerns wird sie dabei durch die TMZ unterstützt, die als Komplettendienstleister für den konventionellen und intelligenten Messstellenbetrieb die gesamte Prozesskette des Messstellenbetriebes übernimmt. Diese reicht vom Einbau der Mess- und Steuereinrichtungen bis hin zur Aufbereitung der Messdaten für Abrechnungszwecke. Im Auftrag der TEN hat die TMZ im Geschäftsjahr 2023 rund 585.000 Strom- sowie rund 110.000 Gaszähler in deren Netzgebiet betreut und insgesamt rund 8.870 (Vorjahr: 4.726) Messlokationen mit iMSys sowie rund 41.730 (Vorjahr: 39.873) Messlokationen mit mME ausgestattet. Die neue, digitale Messtechnik ist damit bei insgesamt rund 19 Prozent der iMSys- sowie bei rund 41 Prozent der mME-Pflichteinbaufälle im Netzgebiet des gMSB TEN installiert.

Mit dem GNDEW werden die für gMSB geltenden Pflichten und Fristen für den Einbau von iMSys neu geregelt. Der Rollout der sog. „Smart Meter“ soll damit beschleunigt und mit größerer Rechtssicherheit ausgestattet werden. Dieser ist nun nicht mehr von den bisherigen sog. „Markterklärungen“ des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) abhängig. Die neue Rechtslage sieht zudem eine Beteiligung der Netzbetreiber an den Kosten für iMSys vor,

sodass die Kosten für den Standardbetrieb zukünftig nur noch anteilig vom Anschlussnutzer selbst zu tragen sein werden. Über gesetzliche Änderungen im Bereich des EEG und EnWG, sowie über Anpassungen der entsprechenden Marktkommunikationsprozesse (wie u. a. die Einführung eines standardisierten Universalbestellprozesses), wurden wichtige gesetzliche Voraussetzungen für das netzdienliche Steuern und Schalten von Einspeisern und Verbrauchern geschaffen. Der Rollout der iMSys-Infrastruktur wird damit zu einem zentralen Baustein bei der Digitalisierung der Energiewende.

Für das netzdienliche Steuern und Schalten von dezentralen Anlagen ist eine flächendeckende und hochauflösende Erfassung von Netzzustandsdaten, insbesondere im Niederspannungsnetz, unerlässlich. Vor diesem Hintergrund erprobt die TEN im Rahmen eines Pilotprojektes in einer Thüringer Gemeinde die Datenerhebung mit entsprechenden Sensoren. Das mittels iMSys durchgeführte Netzmonitoring liefert hochfrequente Daten, die die TMZ dem Netzbetreiber zur Verfügung stellt. Hierzu wurden die Messlokationen in der Ortschaft mit iMSys sowie Einspeiseanlagen mit entsprechenden Steuerboxen ausgestattet. Mit Hilfe der „Smart Meter“ werden die Möglichkeiten des Netzmonitorings – und damit auch die Möglichkeiten zur Feststellung und Prognose von Netzengpässen – erweitert, sodass im Idealfall möglichst frühzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Die TMZ richtet ihr deutschlandweites Leistungsportfolio sowohl an gMSB als auch an wMSB. Dieses umfasst neben dem Messstellenbetrieb und dem Messdatenmanagement hochspezialisierte weitere Leistungen, wie etwa Prüfstellenleistungen und die Smart-Meter-Gateway (SMGw)-Administration. Im Geschäftsfeld Prüfstellenleistungen konnte die TMZ ihre Marktposition festigen und mit mehreren VNBS mehrjährige Rahmenverträge abschließen. Im Geschäftsfeld SMGw-Administration war unter den Stadtwerkskunden ebenfalls ein Zuwachs zu verzeichnen. Auch im Bereich der Wohnungswirtschaft konnte die TMZ im Hinblick auf den Messstellenbetrieb für wMSB

weitere Bestandskunden gewinnen. Zum Stichtag betreute die TMZ in diesem Kundensegment insgesamt 1.281 (Vorjahr: 852) mit iMSys ausgestattete Strommesslokationen.

Die Nachfrage nach einer leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur hält weiter an, sowohl bei privaten Anschlussnutzern als auch bei Industrie- und Gewerbekunden. Die TNK verantwortet den Ausbau und den Betrieb der Telekommunikationsinfrastruktur sowie die dazugehörigen Vertriebsaktivitäten. Sie ist Betreiber des zweitgrößten Glasfasernetzes in Thüringen, das neben einem Backbone-Netz mehr als 500 durch die TNK erschlossene Ortschaften umfasst und neben Privatkunden, ortsansässigen Wirtschaftsunternehmen und großen Internetanbietern auch von den Thüringer Hochschulen genutzt wird. Das sich im Eigentum von einbezogenen Unternehmen des KEBT-Konzerns befindliche Glasfasernetz hat eine Gesamtlänge von rund 6.300 km.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden zur Beseitigung der sog. „weißen Flecken“ in insgesamt 17 geförderten Ausbauprojekten Investitionsprojekte mit einem Einzelauftragsvolumen von mehr als 20 Mio. EUR vorangetrieben. Geförderte Investitionen erfolgten u. a. im Unstrut-Hainich-Kreis, im Ilm-Kreis, im Altenburger Land, in Zeulenroda-Triebes, in der Gemeinde Am Ettersberg sowie in Blankenhain, Sonneberg, Feldstein und Bad Tabarz. Im Berichtszeitraum wurden zudem die ersten vier großen Förderprojekte bautechnisch abgeschlossen (Gesamtinvestitionsvolumen: 26,8 Mio. EUR).

In eigenwirtschaftliche Ausbauprojekte wurden rund 17,7 Mio. EUR investiert (Vorjahr: 8,2 Mio. EUR), und das Investitionsvolumen damit mehr als verdoppelt. In mehreren Clustern erfolgten der Baustart bzw. entsprechende Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die eigenwirtschaftlichen Investitionen flossen u. a. in den Bau von Kundenanschlüssen für Industrie- und Gewerbekunden sowie in die Glasfasererschließung von Privathaushalten.

Der Kundenzuwachs im Telekommunikationsbereich setzt sich weiter fort. Die TNK zählte Berichtszeitraum mehr als 87.500 Kunden, was einem Anstieg von +5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Insbesondere bei den FTTH-Anschlüssen entwickelten sich die TNK-Kundenzahlen positiv, hier konnte gegenüber dem Vorjahr mehr als eine Verdopplung der TNK-Kunden aus dem eigenen Netz verzeichnet werden. Die Kundenzahlen eines anderen großen Telekommunikationsanbieters hingegen nahmen ab. Im Geschäftsjahr konnten analog hierzu auch die Umsatzzahlen sowohl im Privat- als auch im Geschäftskundenbereich gesteigert werden. Der Absatz von Telekommunikationsprodukten im mittleren Bandbreitenbereich entwickelte sich weiterhin stabil, hochleistungsfähige Glasfaserprodukte mit sehr hohen Bandbreiten wurden zumeist in FTTH-Ausbaugebieten nachgefragt. Das Breitbandgeschäft unterliegt nach wie vor einem starken Preis- und Bandbreitenwettbewerb. Die Nachfrage nach höheren Bandbreiten trifft auf eine anhaltende Preissensibilität der Kunden, der mit verschiedenen Kundenbindungs- und Neukundenstrategien begegnet wird. Im Berichtszeitraum wurden im Bereich der Wohnungswirtschaft weitere Kooperationsverträge geschlossen, so u. a. in den Gemeinden Rudolstadt und Königsee. Auch im Geschäftsjahr 2023 hat die TNK die wirtschaftliche Vermarktung und den störungsfreien Betrieb des Rechenzentrums am Thüringer Wald sichergestellt. Zudem fand im Berichtszeitraum eine erfolgreiche ISMS-Zertifizierung durch das BSI statt.

Zum 31. Dezember 2023 umfasste das Beteiligungsportfolio insgesamt 63 Unternehmen. Zum Stichtag war die KEBT neben der TEAG an 20 Stadtwerken, elf Energieprojektgesellschaften, 13 Energiedienstleistungsgesellschaften, fünf Netzgesellschaften sowie 13 sonstigen Unternehmen aus den Bereichen Wärmeerzeugung, EE, Telekommunikation und energienahe Dienstleistungen beteiligt. Da die Mehrzahl der Stadtwerke ihre Strom- und Gasnetzbetriebe auf Netzgesellschaften übertragen hat, ist die KEBT zudem an 13 Netzgesellschaften mittelbar beteiligt. Durch Gewinnausschüttungen der Gesellschaften des

Beteiligungsportfolios wurde im Berichtszeitraum ein Beteiligungsergebnis i. H. v. insgesamt 12,1 Mio. EUR (Vorjahr: 16,4 Mio. EUR) erzielt. Der deutliche Rückgang ergibt sich im Wesentlichen durch die Verlustübernahme des Jahresfehlbetrages einer Beteiligungsgesellschaft aus dem Bereich der EE für das Geschäftsjahr 2022 i. H. v. -9,9 Mio. EUR. Um ein ausgeglichenes Bilanzergebnis im Geschäftsjahr 2023 zu erreichen, erfolgte eine Einzahlung in die Kapitalrücklage i. H. v. 11,5 Mio. EUR. Zum 31. Dezember 2023 wurde eine Wertberichtigung des Beteiligungsbuchwertes der Gesellschaft i. H. v. 11,5 Mio. EUR vorgenommen. Ursächlich hierfür sind insbesondere Reorganisationsmaßnahmen im Rahmen des Umbaus der Geschäftsstrukturen.

Die TGG bündelt das öffentliche bzw. kommunale Interesse am geförderten Glasfaserausbau in Thüringen. Zum 31. Dezember 2023 haben insgesamt 301 Thüringer Kommunen die Aufgabe des geförderten Glasfaserausbaus auf die TGG übertragen. Die anfallenden Ausbaukosten bzw. die vom Bund genehmigten Fördermittel werden vom Land Thüringen auf bis zu 100 Prozent aufgestockt. Im Geschäftsjahr 2023 hat die Gesellschaft den Aufbau ihrer Geschäfts- und Organisationsstrukturen fortgeführt und im sog. „graue Flecken“-Programm nach den Vorgaben der sog. „Gigabit-Richtlinie des Bundes 1.0“ insgesamt fünf Projekte vorangetrieben. Nach Maßgabe der im Berichtszeitraum neu veröffentlichten sog. „Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0“ wurden zudem für insgesamt 16 weitere Projektgebiete Markterkundungsverfahren durchgeführt und entsprechende Fördermittel aus Bundesförderung beantragt.

Mit der Ingangsetzung der TEAG Wasser GmbH, Erfurt (TWA), wurde im Geschäftsjahr der operative Aufbau des Geschäftsfeldes Wasserver- und Abwasserentsorgung begonnen und erste Dienstleistungsvereinbarungen geschlossen. Im Berichtszeitraum wurde die TWA durch die TEAG über eine Einzahlung in die Kapitalrücklage sowie die Bereitstellung von Gesellschafterdarlehen zur Finanzierung gestärkt. Weiterhin wurde die technische Erstausrüstung beschafft. Mit dem

Erwerb der Ingenieurbüro Pieger - Wehner GmbH Planungsgruppe in Thüringen, Neustadt (Orla), wurde das Beteiligungsportfolio um weitere ingenieurtechnische Expertise bei der Planung, Bauabwicklung und -betreuung von (kommunalen) Wasser- und Abwasserprojekten ergänzt.

Infolge einer Optionsausübung wurden die Anteile an der Keyweb AG, Erfurt, auf insgesamt 49,0 Prozent erhöht und damit die Geschäftsanteile am lokalen Rechenzentrum gestärkt.

Die Grundlage des Geschäftserfolges liegt in qualifizierten und motivierten Fach- und Führungskräften. Neben fachlichen Qualifizierungsmaßnahmen wird auch weiterhin ein Schwerpunkt auf die Entwicklung von Führungskompetenzen gesetzt. Im Fokus stehen persönliche Qualifizierungsmaßnahmen und gezielte Weiterbildungsangebote, die durch die Personalentwicklung konzipiert und koordiniert werden. Im Geschäftsjahr wurden über das interne Personalentwicklungs- und Weiterbildungsprogramm ein Großteil der Mitarbeiter in Methoden-, Sozial-, Veränderungs-, Fach- und Führungskompetenzen geschult.

Im Geschäftsjahr 2023 haben rund 5.400 Mitarbeiter und Kunden das berufliche Aus- und Fortbildungsangebot der TEAG Akademie durch Teilnahme an einem von rund 480 im Berichtszeitraum durchgeführten Seminaren, Workshops, Studienkursen und ähnlichen Veranstaltungen wahrgenommen. Am beruflichen Ausbildungsprogramm der TEAG Akademie haben zum 31. Dezember 2023 insgesamt 228 Auszubildende teilgenommen, von diesen gehörten 120 Auszubildende den Unternehmen des KEBT-Konzerns an. 29 Auszubildende wurden in ein Arbeitsverhältnis innerhalb dieser Unternehmen übernommen.

Mit dem zu erwartenden Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben, insbesondere ab Mitte der 2020er Jahre, nehmen die Herausforderungen bei der Personalgewinnung und -bindung von geeigneten Mitarbeitern bzw. qualifizierten Fach- und Führungskräften

deutlich zu. Insbesondere Arbeitsplätze mit spezifischen Qualifikationsanforderungen, etwa im Sinne einer Mehrspartenqualifikation, werden zunehmend schwerer zu besetzen bzw. nachzubesetzen sein. Auch durch die Transformation der Energiewirtschaft hin zur CO₂-Neutralität erhöhen sich die Anforderungen an das Personalrecruiting. Ein erheblicher Teil der sich abzeichnenden altersbedingten Austritte bezieht sich dabei auf die TEN, die maßgeblich an der Umsetzung der Energiewende in Thüringen beteiligt ist. Um den negativen demografischen Effekten auf dem thüringischen Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, wurden entsprechende Personalplanungskonzepte erarbeitet. Ein wesentlicher Bestandteil zur Kompensation der altersbedingten Austritte liegt nach wie vor in der Übernahme von Auszubildenden sowie in der Weiterbildung und -qualifikation der Mitarbeiter, nicht zuletzt im Rahmen der TEAG-eigenen Akademie, aber auch in Form von externen Bildungs- und Qualifizierungsangeboten.

Im Berichtszeitraum wurden sehr gute Abiturienten und Berufsabsolventen im Rahmen eines dualen, praxisintegrierten Studiums bzw. eines Studienförderprogrammes an einer Hochschule unterstützt. Das Angebot von Studienförderprogrammen und Kooperationsverträgen wurde insbesondere im Bereich der MINT-Berufe deutlich ausgeweitet. Durch eine eigene Nachwuchsförderung soll dem Fachkräftemangel auch in Zukunft pro-aktiv entgegenwirkt werden. Neben der TEAG-eigenen Aus- und Weiterbildung an der TEAG-Akademie und der Direktansprache auf Messen und an Hochschulen wird dabei zunehmend auch auf Maßnahmen beispielsweise im Bereich des Online-Recruitings oder des sog. „Active Sourcing“ gesetzt.

Um die Arbeitgeberattraktivität der einbezogenen Unternehmen des KEBT-Konzerns weiter zu steigern, wurden für die Mitarbeiter verschiedene geförderte Arbeitgeberleistungen auf den Weg gebracht. Diese umfassen u. a. das Angebot einer betrieblichen Altersvorsorge, verschiedene Mitarbeitervorteilsprogramme (wie etwa ein „Mitarbeiter werben Kunden“- sowie ein

Einkaufs-Vorteilsprogramm), ein arbeitgebergefördertes Firmenleasing von Fahrrädern (Job-Bike), ein Bonusmodell beim Bezug eines Produktes von konzernzugehörigen Unternehmen (etwa im Bereich Strom, Gas und Telekommunikation) oder auch die Möglichkeit, eine bezuschusste Berufsunfähigkeitsversicherung zu attraktiven Konditionen abzuschließen. Mit den Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten (Gleitzeit) sowie zum ortsflexiblen Arbeiten soll die Attraktivität weiter erhöht werden. Am Standort der TEAG-Hauptverwaltung stehen eine Betriebsarztpraxis sowie ein Betriebskindergarten zur Verfügung.

Seit dem Jahr 2006 besteht ein integriertes Managementsystem für Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutzbelange, das 2011 erstmalig zertifiziert und 2016 durch ein zertifiziertes Energiemanagementsystem nach ISO 50001 ergänzt wurde (sog. „HS2E-Management“). Das System legt konkrete Verhaltensgrundsätze und übergreifende Mindeststandards, zu denen regelmäßige Überwachungsaudits stattfinden. Im aktuellen Berichtszeitraum wurde erfolgreich eine Rezertifizierung durchgeführt.

Der KEBT-Konzern hat sich dem Klima- und Umweltschutz und dem damit verbundenen sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen verpflichtet. Es ist das Bestreben, mögliche Umweltbelastungen zu vermeiden oder auf ein Minimum zu reduzieren. Im vierten Quartal wurde ein Projekt zum Thema Nachhaltigkeitsmanagement und -berichterstattung begonnen. In diesem Zusammenhang wurden künftige Nachhaltigkeitsziele definiert sowie ein Zeitplan für die Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie und Maßnahmenpakete festgelegt.

Im Berichtsjahr wurden mit den regenerativen Erzeugungsanlagen insgesamt 13,4 Mio. kWh Strom (Vorjahr: 12,0 Mio. kWh) erzeugt. Auf eigene PV-Anlagen entfiel dabei eine Erzeugungsmenge i. H. v. 2,5 Mio. kWh Strom (Vorjahr: 2,9 Mio. kWh). Mit den Geschäftsaktivitäten im PV-Bereich werden Städte und Gemeinden bei ihrem Engagement für eine nachhaltige Energieerzeugung und einen aktiven Klimaschutz unterstützt.

Hierfür wurden inzwischen mehr als 100 PV-Anlagen auf Dächern kommunaler Liegenschaften errichtet.

Im Berichtszeitraum wurden zum Zweck von Energieeinsparungen die Regelungen der sog. „Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristige Maßnahmen“ fortgeführt. Die Maßnahmen umfassten u. a. eine Begrenzung der Heiztemperaturen von Arbeits- und Gemeinschaftsräumen sowie eine deutliche Reduzierung der Beleuchtungsanlagen. Weitere Maßnahmen ergaben sich auf Grundlage des Energiemanagementsystems gemäß ISO 50001.

Am Standort des HKW Schwarza wurden die Modernisierungs- und Umstellungsarbeiten der Kraftwerkskapazitäten zur klimafreundlichen – und mittel- bis langfristig klimaneutralen – Strom- und (Fern-) Wärmeversorgung fortgesetzt. Die Modernisierungsarbeiten am Standort des HKW Jena führen zu signifikanten Effizienzsteigerungen bei der Strom- und Wärmeerzeugung. Die im Berichtszeitraum fortgeführten Maßnahmen erhöhen nicht nur Flexibilität und Wirkungsgrad der Anlage, sondern führen auch zu einer deutlichen Emissionsreduktion. Die geplante Errichtung einer hochmodernen zweiten, vollständig H₂-fähigen Motorenreihe wird die vollständige Dekarbonisierung der (Fern-) Wärmeversorgung am Standort Jena ermöglichen. Entsprechende Pläne wurden auch für den Standort des HKW Rudolstadt/Schwarza getroffen.

Im Rahmen des regionalen H₂-Projekts TH2ECO besteht eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Branchenpartnern und Forschungseinrichtungen, um mit klimaneutral gewonnener Energie aus nordthüringischen Windparks und Solaranlagen grünen H₂ zu erzeugen. Dieser könnte zukünftig über Pipelines nach Erfurt geleitet und dort etwa für die CO₂-freie Fernwärmeversorgung nutzbar gemacht werden. Das Pilotprojekt erforscht die Möglichkeiten zur Produktion, Speicherung und Weiterverteilung des Energieträgers H₂ und legt den Grundstein für eine regionale H₂-Wirtschaft in Thüringen. In diesem Zusammenhang wurde eine ausführliche

Standortstudie zu H₂-fähigen Weiterentwicklung des Untergrundspeichers Kirchheilingen durchgeführt. Der hier eingespeicherte H₂ soll zukünftig in Teilen auch über eine standortnahe PV- bzw. Elektrolyseanlage direkt vor Ort gewonnen werden. Für die Verteilung des Energieträgers stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, die von der Trailerbelieferung bis hin zum netzgebundenen Transport über die Gasverteilnetze der TEN reichen. Zudem werden verschiedene Flexibilisierungsmöglichkeiten untersucht, etwa in Form einer Rückverstromungsanlage.

Der Einsatz von grünem H₂ kann daneben auch den CO₂-Ausstoß von Industrieprozessen senken. Bei einem großen Industriekunden am Erfurter Kreuz wurde im Berichtszeitraum eine leistungsfähige 300-Kilowatt-Elektrolyse-Anlage in Betrieb genommen. Die TSO hat zur Bereitstellung des benötigten Grünstroms am Standort des Kunden eine 950 kWp PV-Anlage mit Regenrückhaltebecken errichtet. Der lokal aus Sonnenenergie gewonnene grüne H₂ wird für die anteilige Befeuerung der Blockheizkraftwerke der Industrieanlage genutzt. Die TEAG hat die Realisierung des Projekts u. a. durch die Akquise von Fördermitteln sowie bei den Genehmigungsverfahren unterstützt. Im Zuge der Sektorenkopplung könnte grüner H₂ zukünftig zudem u. a. auch im Rahmen von klimaneutralen Mobilitätsprojekten Anwendung finden.

Im Erzeugungsbereich liegt das übergeordnete Ziel der Geschäftsaktivitäten darin, die Erzeugung aus EE, wie etwa der Windkraft- und Sonnenenergie, deutlich auszubauen und den konventionellen Erzeugungs- und Vertriebsaktivitäten mittel- bis langfristig mindestens gleichzustellen. Dies umfasst auch den Ausbau von regenerativen (Fern-) Wärmeversorgungsprojekten, bei welchem die Thüringer Städte und Gemeinden aktiv unterstützt werden.

Sog. „kalte Nahwärmenetze“ stellen eine besonders innovative Form der Wärmeversorgung dar und gelten – insbesondere im ländlichen Raum – als eine der besten Möglichkeiten, die Wärme wende schnell und kostengünstig zu realisieren.

Im Rahmen entsprechender (Pilot-) Projekte wird an der nachhaltigen Nutzung von Umweltwärme aus der Erde, der Luft und aus Gewässern gearbeitet. Am Projektstandort im thüringischen Werther beispielsweise wird dem Erdboden Wärmeenergie auf einem Temperaturniveau von 2° bis 10° C entzogen, und mittels Wärmepumpen auf ein nutzbares Heizniveau angehoben. Im thüringischen Neumühle/Elster wurde ein erstes sog. „Flussthermie“-System realisiert. Der Bau weiterer Flusswärmeübertrager zur klimaneutralen Wärmenutzung ist in Planung. Am Standort des HKW Jena ist die Errichtung einer Großflusswärmepumpe vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde u. a. in Weida und Gera-Langenberg an der Umsetzung klimafreundlicher Quartiersprojekte mit hochmodernen sog. „innovativen KWK“ (iKWK)-Systemen gearbeitet. In Weida wird ein gasbefeuertes Blockheizkraftwerk der neuesten Generation mit einer Wärmepumpe gekoppelt, die ihren Energieeinsatz aus Erdsonden und Luftwärme speist. Eine PtH-Anlage verwandelt überschüssigen erneuerbaren Strom in Heizwärme. Alle drei (Teil-) Systeme (bzw. die drei einzelnen Wärmelieferanten) speisen – je nach Bedarf – in das lokale Nahwärmenetz ein. Ein großer Vorteil der hocheffizienten iKWK-Anlagen liegt in ihrer Flexibilität, da sie individuell auf Schwankungen im Stromnetz reagieren können. Bei geringen Einspeisemengen im Netz trägt der klimaschonend gewonnene Strom zur Netzstabilisierung bei. Im Falle von zu hohen Mengen schalten sich elektrische Wärmeverbraucher zu. Durch den Ausbau hochmoderner iKWK-Systeme kann letztlich nicht nur die Stromnetzstabilität gefördert, sondern – insbesondere in Zeiten von Niedriglast – auch eine Abregelung von Wind- und PV-Anlagen ggf. verhindert werden. Im Quartiersprojekt Weida ist (neben der klimafreundlichen Wärmeversorgung) auch die Erneuerung des lokalen Straßenbeleuchtungsnetzes, die Verlegung von Glasfaserkabeln sowie die Errichtung einer Ladenetzinfrastruktur für Elektroautos vorgesehen. Das ganzheitliche Quartiersprojekt wird von konzernzugehörigen Unternehmen des KEBT-Konzerns umgesetzt und illustriert die ausgeprägte Komplexität der

Energiewende. Das Beispiel Weida hebt zudem die Relevanz des breiten, geschäftsfeldübergreifenden Wertschöpfungsansatzes der Konzernunternehmen hervor.

Wichtige Ansätze zum Klimaschutz und zur Erhöhung der Energieeffizienz ergeben sich u. a. auch aus branchenübergreifenden Kooperationen, etwa im Rahmen der KWP. Im Berichtszeitraum wurde mit der Unterstützung der Thüringer Kommunen bei der Aufstellung bzw. Vorbereitung ihrer kommunalen Wärmepläne begonnen. Die TWS ist zudem u. a. auch im deutschlandweiten Netzwerk „Grüne Fernwärme“ aktiv. Die Gesellschaft bringt sich gemeinsam mit anderen Regionalversorgern und Thüringer Stadtwerken im Rahmen des sog. „Nationalen Aktionsplanes Energieeffizienz“ u. a. in das Energieeffizienz-Netzwerk „EVU Thüringen“ ein.

Seit dem Jahr 2016 betrieben mehrere in den Konzern einbezogene Unternehmen öffentliche Ladeinfrastruktur im Bereich Elektromobilität. Mit der operativen Ingangsetzung der TMO zum 1. Januar 2023 wurden die Geschäftsaktivitäten im Berichtszeitraum in einer eigenen Tochtergesellschaft gebündelt. Die Anzahl der öffentlichen Ladepunkte wurde von ehemals 40 auf heute über 500 gesteigert. Im Geschäftsjahr 2023 wurde mit über 100.000 durchgeführten Ladevorgängen zudem ein wichtiger Meilenstein bei der weiteren Entwicklung dieses neuen Geschäftsfeldes erreicht. Bis zum Jahr 2028 sollen rund 1.000.000 Ladevorgänge pro Jahr erzielt werden.

Neben dem Ausbau der öffentlichen Ladesäuleninfrastruktur wurde auch die Elektrifizierung des Fuhrparks fortgeführt: Der Anteil von Elektrofahrzeugen am Fahrzeugbestand beläuft sich auf insgesamt 34 Prozent (Vorjahr: 27 Prozent). Das Ziel ist es, einen Anteil von 40 bzw. 50 Prozent bis 2024 bzw. 2025 zu erreichen.

Unter dem Mitarbeiter- und Gästeparkplatz der TEAG-Hauptverwaltung in Erfurt – an dem den Mitarbeitern und Gästen zahlreiche Lademöglichkeiten zur Verfügung stehen – befindet sich zudem die größte Geothermie-Anlage

Thüringens, die in Verbindung mit effizienten Wärmepumpen zwei Drittel des Verwaltungskomplexes heizt bzw. kühlt. Auf dem neuen TEAG-Campus in Erfurt wurden im Berichtszeitraum zudem rund 500 m² Bodenfläche entsiegelt und neu begrünt.

Zur Gewährleistung eines umfassenden Klima- und Umweltschutzes werden auch in Zukunft konkrete strategische und operative Meilensteine definiert und deren Umsetzung konsequent verfolgt. Die in den KEBT-Konzern einbezogenen Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens zum Jahr 2035 in allen wesentlichen Geschäftsfeldern nachhaltig zu wirtschaften bzw. CO₂-neutral zu sein.

Die KEBT konnte im Geschäftsjahr 2023, trotz eines sich abkühlenden gesamtkonjunkturellen Umfeldes, eine stabile Unternehmensentwicklung verzeichnen. Die breite Aufstellung des Konzerns entlang der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette sichert das Erreichen der Ziele, auch unter herausfordernden Marktbedingungen, und damit die finanzielle Beteiligung der Anteilseigner am Unternehmenserfolg.

Das EBITDA lag mit 260,9 Mio. EUR (Vorjahr: 241,5 Mio. EUR) über dem Planniveau. Zudem wurde im Geschäftsjahr ein EBT i. H. v. 100,9 Mio. EUR (Vorjahr: 72,9 Mio. EUR) sowie ein Konzernjahresüberschuss i. H. v. 67,4 Mio. EUR (Vorjahr: 53,4 Mio. EUR) erwirtschaftet. Damit konnten die im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele, ein EBT zwischen 65 Mio. EUR und 80 Mio. EUR sowie einen Konzernjahresüberschuss zwischen 45 Mio. EUR und 55 Mio. EUR zu erzielen, übertroffen werden.

Ursächlich für die Abweichungen zum Planansatz sowie dem Vorjahr sind insbesondere bessere Rohüberschüsse in der Energiewirtschaft. Der energiewirtschaftliche Rohüberschuss ist dabei um +45,7 Mio. EUR auf insgesamt 438,9 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Insbesondere konnten im Bereich der Erzeugung aufgrund einer bedarfsgerechten und vorausschauenden Beschaffungsstrategie bessere Ergebnisse erzielt werden. Zudem wirkte sich die Optimierung der

vertrieblichen Aktivitäten im Rahmen des hohen Preisniveaus an den Energiemärkten positiv auf den Rohüberschuss aus. Ferner konnte im Berichtsjahr das Finanzergebnis wesentlich verbessert werden. Diesen positiven Entwicklungen entgegen standen im Geschäftsjahr vorgenommene Abwertungen von Arbeitsgas und Abschreibungen auf Finanzanlagevermögen sowie höhere Personalaufwendungen aufgrund tariflicher Vereinbarungen.

Dennoch konnte am Jahresende das geplante EBT sowie der Konzernjahresüberschuss übertroffen werden.

Das geplante Investitionsvolumen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände von rund 300 Mio. EUR konnte mit insgesamt 255,5 Mio. EUR erfolgten Investitionen nicht vollumfänglich erreicht werden. Ursächlich hierfür waren u. a. Verzögerungen im Ausbau der Netze aufgrund von Engpässen beim Material und Dienstleistern sowie fehlenden Personalressourcen. Durch gezielte Investitionen und die kontinuierliche Optimierung der Strukturen und Prozesse, hat sich die KEBT im Berichtszeitraum, trotz der Herausforderungen im energiewirtschaftlichen Marktumfeld, gut behaupten können. Ein hohes Investitionsniveau stellt die Weichen, zur erfolgreichen Bewältigung der anstehenden Transformationsaufgaben.

Insgesamt beliefen sich die Investitionen im Geschäftsjahr 2023 auf insgesamt 274,0 Mio. EUR (Vorjahr: 202,2 Mio. EUR), die sich auf die Bereiche Erzeugung und Wärme, Stromnetz, Gasnetz, Elektromobilität, Intelligente Messsysteme, Telekommunikation, Finanzanlagen und Ausleihungen sowie Sonstiges (IT, Immobilien, Vertrieb) verteilen.

Im Bereich Erzeugung und Wärme wurden im Geschäftsjahr Investitionen i. H. v. insgesamt 10,2 Mio. EUR (Vorjahr: 19,9 Mio. EUR) getätigt.

Zur Fertigstellung der Modernisierungs- und Erweiterungsarbeiten an der Gasmotorenanlage am Standort des HKW Jena wurde ein Betrag i. H. v. 1,4 Mio. EUR investiert. Die Investitionen

schaffen die Voraussetzungen für die Aufnahme des Dauerbetriebes, der voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 erfolgen wird. Weitere Ausgaben entfielen u. a. auf den Austausch eines Frequenzumrichters sowie verschiedene sonstige Einzelmaßnahmen.

Am Standort des HKW Schwarza und Bad Salzungen wurden insgesamt 1,8 Mio. EUR investiert. Dabei wurden für das HKW Schwarza Erneuerungs- bzw. Ersatzinvestitionen getätigt und am Standort des HKW Bad Salzungen im Wesentlichen in die Errichtung einer neuen PtH-Anlage investiert.

Im Bereich der dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen erfolgten im Berichtszeitraum Investitionen i. H. v. 5,7 Mio. EUR. Hiervon entfielen rund 4,4 Mio. EUR auf die Fortführung des Quartiersprojekts in Weida sowie 1,2 Mio. EUR auf das Quartiersprojekt in Gera-Langenberg.

Im Geschäftsjahr wurden in die Strom-, Gasverteil- und Straßenbeleuchtungsnetze Investitionen i. H. v. von insgesamt 83,0 Mio. EUR (Vorjahr: 76,9 Mio. EUR) getätigt.

Diese betreffen im Stromverteilnetz einen Betrag i. H. v. 71,5 Mio. EUR (Vorjahr: 61,4 Mio. EUR). Davon wurden 43,0 Mio. EUR für Anlagen im Bau sowie 18,2 Mio. EUR als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 2,7 Mio. EUR sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Die restlichen 7,6 Mio. EUR wurden für das 110-kV-Netz eingesetzt und führten zu Anlagenzugängen bei der TEN. Ein Schwerpunkt der Investitionen lag mit 43,0 Mio. EUR auf dem Ausbau des Mittel- und Niederspannungsnetzes. Im Zuge der Baumaßnahmen wurden rund 120 km Mittel- und Niederspannungsleitungen errichtet und 86 Transformatorenstationen neu- bzw. umgebaut. Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 2.200 Hausanschlüsse neu errichtet. Im Mittelspannungsnetz wurde u. a. in die Spannungsumstellung auf die internationale Normspannung 20 kV sowie in die Errichtung verschiedener Ortsnetzstationen investiert. So wurden etwa in Bad Liebenstein zwei Ortsnetzstationen neu errichtet

und in das bereits bestehende 20-kV-Teilnetz eingebunden. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 92,5 Prozent des Mittelspannungsnetzes mit 20 kV betrieben.

In Hochspannungsleitungen und Umspannwerke wurden 17,0 Mio. EUR investiert. Auf der 110-kV-Einschleifung Saalfeld wurde die Übertragungskapazität erhöht. Dafür war der Neubau von sechs Hochspannungsmasten erforderlich. Zudem wurde das Sicherheitsniveau verschiedener Trassen angepasst.

Im Bereich Umspannwerke zählten der Neubau des 110-kV-Umspannwerkes Sömmerda-West sowie die Erweiterung des 110-kV-Umspannwerkes Thörey zu den bedeutendsten Investitionen. Am Erfurter Kreuz wurde für einen großen Industriekunden ein neues, leistungsfähiges Kundenumspannwerk fertiggestellt.

Im Strombereich wurden von der TEN im Berichtszeitraum insgesamt 11,5 Mio. EUR in Zähler, Leit- und Informationstechnik sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

In das Erdgasverteilnetz flossen Investitionen i. H. v. 11,5 Mio. EUR (Vorjahr: 15,5 Mio. EUR). Davon wurden 8,0 Mio. EUR für Anlagen im Bau sowie 2,4 Mio. EUR als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 1,1 Mio. EUR sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Auf Investitionen im Bereich der Transport- und Verteilungsanlagen sowie Hausanschlüsse entfielen 10,3 Mio. EUR. Rund 27 km Gasleitungen und rund 770 Gashaushaltsanschlüsse wurden in verschiedenen Druckstufen neu errichtet oder rekonstruiert. Im Gasbereich wurden von der TEN im Berichtszeitraum 1,2 Mio. EUR in Messeinrichtungen, Netzleit- und Übertragungstechnik sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Im Bereich Elektromobilität wurden im Berichtszeitraum Investitionen i. H. v. 12,0 Mio. EUR (Vorjahr: 2,5 Mio. EUR) getätigt. Die Investitionsschwerpunkte lagen auf dem Ausbau von insgesamt 150 neuen DC-Schnellladepunkten an insgesamt 52 verschiedenen Standorten. Die

Investitionen in öffentliche Ladeinfrastruktur erfolgten weiterhin v. a. an strategisch wichtigen Verkehrsknotenpunkten, wie etwa Autobahnen und Autobahnkreuzen sowie im Umfeld verschiedener Supermärkte und Einkaufsstätten.

Im Berichtszeitraum wurden im Bereich des Messwesens Investitionen i. H. v. insgesamt 6,6 Mio. EUR (Vorjahr: 4,3 Mio. EUR) getätigt. Die Investitionen entfielen insbesondere auf die Anschaffung und den Einbau von mME und iMSys. Weitere Mittel wurden u. a. in die Erweiterung der Prüfkapazitäten für digitale Zählertechnik und SMGW im Bereich der Prüfstelle investiert.

Im Geschäftsfeld Telekommunikation 2023 beliefen sich die eigenwirtschaftlichen und geförderten Investitionen auf insgesamt 84,9 Mio. EUR. Damit wurde das Gesamtinvestitionsvolumen gegenüber dem Vorjahr sehr deutlich gesteigert (Vorjahr: 53,9 Mio. EUR). Investitionsschwerpunkte lagen v. a. im geförderten Glasfasernetzausbau, im eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau neuer Orte sowie in der Errichtung verschiedener Kundenanbindungen. Weitere Investitionen i. H. v. 2,2 Mio. EUR entfielen auf den Bereich Übertragungstechnik. Im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung und die steigende Nachfrage nach Dienst- und Serviceleistungen mit hohem Datenvolumen wurden im Berichtszeitraum zudem Erweiterungen der Backbone-Netzinfrastrukturen vorgenommen. Darüber hinaus wurden Investitionen i. H. v. 2,3 Mio. EUR im Rahmen von sonstigen LWL-Projekten getätigt. Mit den Investitionen in Lichtwellenleiter und Übertragungstechnik wird auf den zunehmenden Bandbreitenbedarf reagiert.

Für den KEBT-Konzern existieren derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken, weder durch Einzel-, noch durch aggregierte Positionen. Diese werden auch nicht für das kommende Geschäftsjahr erwartet. Das vorhandene Risikodeckungspotenzial ist ausreichend, um den aggregierten Gesamtrisikoumfang zu tragen. Die Risikotragfähigkeit ist für den KEBT-Konzern insgesamt gegeben. Dennoch bestehen gewisse Unsicherheiten, die die Geschäftsaktivitäten potenziell

beeinflussen können. Durch den Einsatz geeigneter Kontroll- und Überwachungssysteme sowie entsprechender Sicherungsmaßnahmen werden diese Risiken begrenzt. Verschiedene Sachverhalte können sich dabei auch positiv auf die Geschäftstätigkeiten auswirken. Die frühzeitige Identifizierung, Überwachung und Steuerung dieser Chancen erfolgt ebenfalls im Rahmen des Chancen- und Risikomanagementsystems. Dabei gilt es, die entsprechenden Chancenpotenziale sowohl auf Ebene der einzelnen Geschäftsbereiche als auch auf der Gesamtebene der einbezogenen Konzernunternehmen zu erkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Auf Grundlage der internen Chancen- bzw. Risikorekennung und -bewertung haben die folgenden Sachverhalte eine wesentliche Bedeutung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

In Zusammenhang mit den weltweiten geopolitischen Auseinandersetzungen nimmt die gesamtwirtschaftliche Risikosituation zu. Im Geschäftsjahr 2023 ist mit dem Abflauen der Energiemarktkrise jedoch eine merkliche Entspannung der spezifisch energiewirtschaftlichen Risikolage eingetreten. Diese äußert sich v. a. in Form des Preisrückgangs an den internationalen und nationalen Handels- und Beschaffungsmärkten für Primärenergie. Zugleich reduzieren sich damit aber auch einschlägige Chancenpotenziale, u. a. bei der Stromvermarktung durch Eigenerzeugung.

Aus dem BVerfG-Urteil zum KTF ergeben sich Finanzierungsrisiken für die energiewendebedingte Transformation in Deutschland. Der Wegfall staatlicher Fördermittel bzw. unsichere staatliche Rahmenbedingungen könnten kurz- und langfristige Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten haben. Eine Reduzierung staatlicher Finanzierungsleistungen könnte Investitionsentscheidungen beeinflussen und die Entwicklung neuer Energieprojekte erschweren.

Die anhaltenden Herausforderungen in den globalen Handels- und Lieferketten führen zu Risiken bei der Materialbeschaffung, die mit Verzögerungen beim Netzausbau bzw. höheren Finanzierungskosten einhergehen können. Dem Risiko

wird u. a. durch eine vorausschauende Lagerbewirtschaftung entgegengewirkt.

Die geschäftsfeldübergreifende IT-Sicherheit hat nach wie vor eine große Bedeutung. Potenzielle Cyberangriffe, die zu erheblichen IT-Ausfällen führen könnten, sind ernstzunehmende Risikoszenarien und stellen eine ernsthafte Bedrohung dar, nicht zuletzt für Betreiber kritischer Infrastrukturen. Technische Maßnahmen zur Vermeidung dieses Risikos liegen u. a. in mehrstufigen Firewalls, dem IKS, verschiedenen Backup-Strategien und einem umfassenden Berechtigungs- und Zutrittsmanagement. Neben regelmäßigen Überprüfungen der bestehenden Sicherheitsarchitektur erfolgen zudem die Kommunikation aktueller Bedrohungsszenarien an die Belegschaft sowie umfangreiche Schulungen. Zur Begrenzung der finanziellen Schäden eines IT-Ausfalls wurden geeignete Maßnahmen ergriffen.

Darüber hinaus bestehen für die Geschäftstätigkeiten einschlägige Umweltrisiken, etwa in Form von Extremwetterlagen, die Einfluss auf den Betrieb der Erzeugungsanlagen bzw. Netze haben können. Beim Risikoeintritt kann es zu Versorgungsbeeinträchtigungen und ggf. auch zu größeren Instandsetzungsaufwendungen kommen.

Im Netzbereich bestehen übergreifende Risiken insbesondere in Form von Mindererlösen bei den Netzentgelten. Im Rahmen der Netzentgeltkalkulation werden Prognosen zu den jeweiligen Netzmengen erstellt; Mengenabweichungen sind bei der Kalkulation der Netzentgelte, v. a. in einem sich verändernden Marktumfeld, nicht auszuschließen. Hieraus potenziell resultierende Mindererlöse können zukünftig zwar über das Regulierungskonto nacherlöst werden, haben dabei jedoch im laufenden Geschäftsjahr keine Realisationswirkung. Zur Risikoreduzierung findet ein intensives energiewirtschaftliches Monitoring mit einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Kalkulationsprämissen statt.

Im Bereich Telekommunikation und Glasfaserausbau ergeben sich Risiken durch konkurrierende Infrastrukturen bzw. durch den Überbau bestehender Infrastruktur. Die steigenden

Kapitalmarktzinsen könnten zudem das zusätzliche Risiko mit sich führen, die Umsetzungsgeschwindigkeit beim eigenwirtschaftlichen Ausbau zu hemmen. Weitere Chancen und Risiken entstehen durch die Erweiterung der Förderbarkeit des Breitbandausbaus durch die Bundesregierung. Die bisherige Förderung von Anschlüssen mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von weniger als 30 Mbit/s (sog. „weiße Flecken“) wurde nun auch auf die Beseitigung der sog. „grauen Flecken“ ausgeweitet. Hierdurch wird Konkurrenz zur bestehenden Infrastruktur gefördert.

Übergreifende Chancen ergeben sich insbesondere durch die Entwicklung und Nutzung neuer, innovativer Technologien, aus denen wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen hervorgehen können. Entsprechende Geschäftspotenziale sind aktuell u. a. durch die Portfolioentwicklung im Bereich der EE, den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur im Bereich Elektromobilität, die Digitalisierung des Messwesens im Rahmen von iMSys sowie durch den weiteren Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes (z. B. im Rahmen der KWP und beim Glasfaserausbau) gegeben. Im Bereich H2 bestehen weitere wichtige Entwicklungschancen, die wesentlich zur Umsetzung des Versorgungsauftrages und der Nachhaltigkeitsziele beitragen.

Die Beschaffenheit der Märkte und die sich verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können sich sowohl positiv als auch negativ auf die Geschäftstätigkeiten auswirken. Marktchancen und -risiken ergeben sich im Wesentlichen aus Preis- und Mengeneffekten in den Bereichen Strom und Gas bei der Beschaffung, der Erzeugung und im Vertrieb. Einerseits werden diese durch gesetzliche Vorgaben, andererseits durch kundenbezogene Entwicklungen und das Verhalten weiterer Marktteilnehmer beeinflusst.

Finanzwirtschaftliche Risiken bestehen v. a. in Form von Liquiditäts- und Kreditrisiken. Infolge nicht eingehaltener Kennziffern könnte es zu Bonitätsverschlechterungen und damit zu entsprechenden Liquiditätsrisiken kommen. Zur Vermeidung der Liquiditätsrisiken erfolgt eine

kontinuierliche Überwachung der Kennzahlen im Rahmen des IKS. Dieses umfasst eine Verarbeitung der aktuellen Erkenntnisse zu den Veränderungen der laufenden Geschäftstätigkeiten. Zusätzlich wird mit den finanzierenden Banken ein enger und kontinuierlicher Informationsaustausch gepflegt. Darüber hinaus führt die im Geschäftsjahr 2023 realisierte Eigenkapitalerhöhung der TEAG zu einer Entspannung der Risikosituation.

Weitere Chancen und Risiken ergeben sich aus den Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio umfasst zahlreiche Thüringer Stadtwerke, deren Geschäftsfelder und somit auch Herausforderungen sich grundsätzlich mit denen des KEBT-Konzerns decken. Daher ergeben sich auch für die Beteiligungen vergleichbare Chancen und Risiken. Der konkrete Umfang ist dabei vom jeweiligen Gesamtengagement abhängig. Aktuell liegt der Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios auf 20 Thüringer Stadtwerken.

Bezüglich der Beteiligungen aus dem Bereich EE besteht insbesondere im Hinblick auf den Entfall staatlicher Fördermaßnahmen bzw. Zuschüsse das Risiko der Verlangsamung des Ausbaus regenerativer Erzeugungsanlagen, wodurch sich tiefgreifende Veränderungen ergeben können.

Sowohl bei den Stadtwerken als auch bei den Beteiligungen im Bereich der EE besteht daher grundsätzlich das Risiko rückläufiger Beteiligungserträge aufgrund ausbleibender Ausschüttungen oder Wertberichtigungen der Beteiligungswerte. Das Risikopotenzial wird dabei maßgeblich durch Marktentwicklungen sowie durch regulatorische Entscheidungen beeinflusst.

Die Überwachung und Steuerung der Chancen und Risiken erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings und -managements. Durch eine enge Zusammenarbeit mit den Beteiligungsgesellschaften, die fallbezogene Unterstützung sowie die frühzeitige Einbindung in Entscheidungsprozesse werden vorhandene Chancen identifiziert und potenziellen Risiken entgegengewirkt. Die Chancen- und Risikoüberwachung und -steuerung umfasst eine enge Abstimmung mit den

Beteiligungen sowie einen kontinuierlichen fachlichen Austausch, nicht zuletzt im Hinblick auf neue Geschäftsfelder, wie etwa die Elektromobilität, und aktuelle Ereignisse, wie die Energie-marktkrise.

In Deutschland führen der Atom- und der geplante Kohleausstieg zu einer deutlichen Verknappung der gesicherten Leistung. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Aus- bzw. Umbau von modernen Gaskraftwerken – als systemimmanent wichtigen Komplementären zu den volatilen EE – erheblich an Bedeutung. Neben dem Ausbau des PV- und Windkraftgeschäftes spiegeln sich die energiewendebedingten Veränderungen für den KEBT-Konzern daher auch im (klimaneutralen) Umbau der konventionellen Erzeugungsanlagen wider. Am Standort des HKW Jena sehen die Überlegungen die Errichtung einer vollständig H₂-fähigen Gasmotorenreihe, einer leistungsfähigen Flusswärmepumpe sowie einer hochmodernen PtH-Anlage vor. Die operativen Umbauarbeiten hierzu sollen im kommenden Berichtszeitraum beginnen. Die klimaneutrale Gasmotorenreihe soll die Stromerzeugung der vorgesehenen (Fluss-) Großwärmepumpe strategisch absichern und die Erzeugung aus fossilem Erdgas ersetzen.

Es ist davon auszugehen, dass auch die (Fern-) Wärmeerzeugung in Zukunft aus einer Vielzahl erneuerbarer Quellen – sowie korrespondierender neuer Technologien, wie etwa leistungsfähiger Großwärmepumpen in Verbindung mit entsprechenden Elektrodenkesseln – erfolgen wird. Mit der Zunahme von Wärmepumpen, auch im privaten Bereich, steigt jedoch auch der Strombedarf aus EE.

Im Hinblick auf ein funktionierendes Gesamtsystem sind, nicht zuletzt auch für die Geschäftsentwicklung im Erzeugungsbereich, stabile (ordnungs-) politische Rahmenbedingungen von großer Bedeutung. Zur Sektorenkopplung im Wärme-, Strom- und Verkehrsbereich sind so u. a. standardisierte Genehmigungsverfahren und -kriterien von Elektrolyse-Anlagen zu erarbeiten. Die in den KEBT-Konzern eingebundenen Unternehmen unterstützen den

Transformationsprozess und bringen die Erfahrungen aus den Branchenverbänden ein. Die Thüringer Kommunen werden auch im kommenden Geschäftsjahr aktiv bei der Umsetzung der KWP unterstützt. Im dezentralen Wärmegeschäft wird parallel hierzu das steigende Interesse an Quartierslösungen und sog. „kalten Nahwärmenetzen“ aufgenommen und die Geschäftsaktivitäten diesbezüglich ausgedehnt.

Tendenziell belastet der weitere Anstieg des CO₂-Preises die Deckungsbeiträge der Heizkraftwerke. Dennoch wird für das Erzeugungsgeschäft im Geschäftsjahr 2024 infolge der langfristig angelegten Beschaffungsstrategie beim Rohenergieeinkauf und der Diversifikation des Erzeugungssportfolios im EE-Bereich von steigenden Ergebnisbeiträgen ausgegangen.

Die Einspeiseleistung EE nimmt kontinuierlich zu. Mit dem Voranschreiten der Energiewende wird dabei auch die Prognose der Netzmengen deutlich schwieriger. Die Integration großer PV-Parks, die Elektrifizierung des Verkehrssektors und die Umstellung der Heizsysteme auf den Wärmepumpenbetrieb erhöhen zudem die Anforderungen an das Engpassmanagement bzw. die Netzsteuerung. Im Niederspannungsnetz erfordern der Umstieg auf die Elektromobilität und der Übergang der häuslichen Wärme auf den Stromsektor – bzw. die Zunahme der zeitgleichen Netzentnahmen – deutliche Anpassungen. Aber auch im Hochspannungsnetz ist eine Vervielfachung der bisherigen Netzzu- und -umbauleistungen abzusehen. Die Zunahme der Einspeisung aus EE führt dazu, dass bereits heute ein nicht unerheblicher Teil der Strommenge in die nächsthöher gelegene Netzebene umgeleitet werden muss. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie genau die Verteilung von deutlich mehr Energie aus erneuerbaren Quellen bzw. der hiermit einhergehende Infrastrukturausbau bestmöglich organisiert werden kann.

Zur Abarbeitung der anstehenden Netzaus- und -umbauaufgaben werden die Zusammenarbeit mit Kommunal-, Kreis- und Landesbehörden weiter intensiviert und Planungs-, Projekt- und

Baubegleitungskapazitäten sukzessive erweitert. Im Stromnetz wird mit einer Verdopplung der Investitionen bis 2028 auf jährlich rund 140 Mio. EUR geplant. Hierzu gehört auch der Aufbau neuer Personalkapazitäten bzw. die Gewinnung entsprechend qualifizierter Mitarbeiter. Die wesentlichen Handlungsfelder liegen, neben der Mitarbeiterakquise, dabei auch in der Verhandlung und Begleitung notwendiger Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Materialbeschaffung und Dienstleistungsgewinnung sowie in der Sicherung entsprechender Baukapazitäten.

Die Finanzierung der anstehenden Netzaus- und -umbauaktivitäten muss durch eine ausreichende Verfügbarkeit liquider Mittel abgesichert werden. Der Regulierungsmaßstab der BNetzA hierfür darf – insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen volkswirtschaftlichen bzw. konjunkturellen Veränderungen – nicht in der Vergangenheit liegen. Zur Stärkung der klimaneutralen Stromversorgung wird derzeit, neben einer Neuausrichtung des Regulierungsrahmens, insbesondere auch eine Netzentgeltreform diskutiert. Von einer grundlegenden Modifizierung der Netzentgeltsystematik könnte eine bessere, insbesondere sachgerechtere, deutschlandweite Verteilung der Mehrkosten aus der (Netz-) Integration von EE-Anlagen ausgehen, von der letztendlich auch die Netzkunden profitieren.

Im Gasbereich ist im Hinblick auf die anstehende Dekarbonisierung von einem grundsätzlichen Mix aus Umbau und Stilllegung der Netze auszugehen, bei einer gleichzeitigen Neudefinition der Versorgungsaufgaben im Strombereich. Über die TEN wird eine Umrüstung vorbereitet und diesbezüglich, neben den bisherigen Aktivitäten, weitere planerische Maßnahmen entlang einer zukünftigen Grüngas- bzw. H₂-Wertschöpfungskette ergriffen. Die Investitionen im Gasbereich werden in den nächsten Jahren wesentlich durch den vom Gesetzgeber verbindlich vorgeschriebenen Netzanschluss von Bio- bzw. Grüngaserzeugern geprägt sein. Demgegenüber werden Ersatzinvestitionen auf ein notwendiges Maß begrenzt.

Die Prognose der Geschäftsentwicklung im Vertriebsbereich erfolgt vor dem Hintergrund anhaltender marktlicher, gesetzlicher und auch regulatorischer Veränderungen in einem zunehmend komplexer werdenden Marktumfeld. Auch wenn sich die angespannte Marktsituation auf den Beschaffungsmärkten insgesamt wieder beruhigt hat, und das Produkt- bzw. Vertriebsportfolio durch die langfristige Einkaufsstrategie und breite Risikostreuung abgesichert ist, sind für den kommenden Berichtszeitraum signifikante Veränderungen zu erwarten.

Neben gesetzlichen und regulatorischen Aspekten betreffen diese nicht zuletzt u. a. auch eine deutliche Zunahme von Eigenverbrauchslösungen im Markt, die Rückwirkungen auf das Abnahmeverhalten von Kunden und die Mengenbeschaffung bzw. -planung haben. Die Zunahme von PV-Anlagen und weiteren erneuerbaren, dezentralen Eigenverbrauchslösungen (wie z. B. Wärmepumpensystemen) erschwert die Erstellung etwa von sog. „Day-ahead“-Prognosen sowie entsprechenden Lieferangeboten. Generell ist von zunehmenden Veränderungen im Abnahmeverhalten der Kunden auszugehen, sowohl auf Seite der SLP- als auch bei den Industrie- und Gewerbekunden. Die anhaltende, starke Volatilität bei den Ausgleichsenergiepreisen lässt zudem die Kosten für Liefermodelle mit Mengenflexibilität steigen.

Im Hinblick auf den energiewendebedingten Netzaus- und -umbau ist abzusehen, dass der Netzentgeltanteil im Vertriebspreis der Strom- und Gasprodukte in den kommenden Jahren steigen wird. Nach dem Haushaltsurteil des BVerfG zum KTF – und den damit einhergehenden staatlichen Einsparungen – wird es keine Entlastungsmaßnahmen bei den Netzentgelten geben. In Verbindung mit dem Auslaufen der Energiepreisbremsen ist mit einer deutlichen Zunahme der Wettbewerbsdynamik und erhöhten Forderungsausfallrisiken zu rechnen. Auf diese werden sich die in den KEBT-Konzern einbezogenen Unternehmen u. a. mit einer Anpassung der Kundenbindungsstrategien einstellen. Zudem wird die

Optimierung der IT-gestützten Vertriebsmaßnahmen (u. a. im Bereich Datenanalyse) fortgeführt.

Auf der Absatzseite wird für das Geschäftsjahr 2024 mit einem Stromabsatz i. H. v. rund 7.187 GWh, einem Gasabsatz i. H. v. rund 6.972 GWh sowie einem Wärmeabsatz i. H. v. rund 486 GWh geplant. Mittelfristig wird im Stromvertrieb mit einem Kunden-, Absatz- und Ergebnisanstieg gerechnet. Im Gasvertrieb liegt der Fokus auf der Pflege und Entwicklung des Bestandskundengeschäftes.

Über den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur im Bereich Elektromobilität wird die Verkehrs- und Klimawende in Thüringen und Deutschland aktiv vorangetrieben. Auch wenn die Neuzulassungszahlen von Elektrofahrzeugen derzeit tendenziell stagnieren und die Bundesregierung ihre Förderprogramme für den Kauf von E-Fahrzeugen zum Jahresende eingestellt hat, ist davon auszugehen, dass sich der Umstieg von Verbrennungsmotoren auf batterieelektrische Fahrzeuge mittel- und langfristig durchsetzen und – nach dem Erreichen einer kritischen Schwelle im Markt – auch wieder deutlich an Dynamik gewinnen wird. Die verkehrspolitische Wende bzw. die Dekarbonisierung des öffentlichen und privaten Personen- und Güterverkehrs erfolgt über die TMO durch den konsequenten und zügigen Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird im Geschäftsfeld Elektromobilität mit Investitionen i. H. v. 17,8 Mio. EUR geplant. Das Investitionsvolumen zum Ausbau der öffentlichen Ladenetzinfrastruktur wird sich damit im Vergleich zum aktuellen Berichtszeitraum um rund die Hälfte erhöhen. Insbesondere die Anzahl der (öffentlichen) Schnellladepunkte soll deutlich gesteigert werden. Bis zum Jahr 2025 sollen rund 750 und bis zum Jahr 2028 rund 1.500 öffentliche Ladepunkte in über 100 Städten in Thüringen bzw. Mitteldeutschland errichtet sein. Der Investitionsschwerpunkt der Geschäftsaktivitäten wird, insbesondere in den kommenden beiden Geschäftsjahren, auf dem Ausbau von rund 200 DC- bzw. Schnellladestandorten liegen. Im Geschäftsfeld Elektromobilität

wird für das Geschäftsjahr 2024 von einem Anstieg der Umsatzerlöse sowie von einem weiteren Personalzuwachs ausgegangen.

Der Telekommunikationsmarkt ist weiter in Bewegung. Derzeit werden zahlreiche Kooperations- und Finanzierungsverträge zwischen der öffentlichen Hand als Fördermittelgeber im geförderten Glasfaserausbau und Telekommunikationsdienstleistern sowie auch zwischen den ausbauenden Wirtschaftsunternehmen selbst geschlossen. Eine weitere Beschleunigung des Glasfaserausbaus ist auch dringend nötig, da sich die durchschnittliche Datenmenge pro Kunde in den vergangenen Jahren deutlich erhöht hat. Der signifikante Anstieg der Kapital- bzw. Finanzierungskosten führt zu erheblichen strategischen Herausforderungen bei der Investitionsplanung bzw. Wirtschaftlichkeitsberechnung im eigenwirtschaftlichen Ausbau, sodass sich der Markt aktuell in einer Konsolidierungsphase befindet. Die TNK hat die Finanzierung ihrer Investitionen für das nächste Geschäftsjahr gesichert und wird ihre Ausbauaktivitäten verstärken. Beim eigenwirtschaftlichen Ausbau wird das Investitionsvolumen – nach der diesjährigen Verdopplung – in den kommenden Jahren weiter gesteigert. Für die nächsten drei Jahre wird mit einem eigenwirtschaftlichen Investitionsbudget von insgesamt rund 150 Mio. EUR geplant. Darüber hinaus soll im selben Zeitraum der Abschluss der Vorhaben im sog. „weiße Flecken“-Förderprogramm mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 160 Mio. EUR erfolgen. Im Hinblick auf die Privatkunden im Telekommunikationsgeschäft hat sich die TNK das Ziel gesetzt, die Kundenzahl auf über 100.000 zu steigern.

Der Geschäftsfokus auf die Verbindung von Netzausbau und Bandbreitenerhöhung wird beibehalten. Zur Steigerung des Marktanteils werden die Geschäftsaktivitäten sowohl im ländlichen Raum als auch in Form von Kooperationsprojekten mit verschiedenen Stadtwerken weiterentwickelt. Insgesamt ist für das kommende Geschäftsjahr von einer deutlichen Kundenzunahme und einer leichten Ergebnissteigerung bei einer

signifikanten Ausweitung unserer wettbewerblichen Investitionsvolumina auszugehen.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird ein Beteiligungsergebnis i. H. v. rund 15 Mio. EUR erwartet. Mittelfristig ist mit vergleichsweise geringeren Ergebnisbeiträgen als in den Vorjahren zu rechnen. Im Hinblick auf die Stadtwerksbeteiligungen ergeben sich energiewirtschaftliche Herausforderungen u. a. aus dem gehobenen Energiepreisniveau an den (Beschaffungs-) Märkten, neuen gesetzlich-regulatorischen Rahmenbedingungen mit Beginn der vierten Regulierungsperiode sowie dem anstehenden Investitionsbedarf im Rahmen der KWP. Mit Wegfall der Energiepreiskontrollen ab dem 1. Januar 2024 besteht mit zunehmendem Preiswettbewerb zudem das Risiko von Margenverlusten infolge von Kundenabwanderungen.

Für das Geschäftsjahr 2024 ist geplant, das Beteiligungsportfolio neben den Stadtwerksbeteiligungen insbesondere im Hinblick auf die Geschäftsaktivitäten im Bereich der EE an die veränderten bzw. zunehmend komplexeren Marktanforderungen anzupassen. Auch werden die Geschäftsaktivitäten im Bereich der Wasser- und Abwasserversorgung weiter ausgedehnt; etwa durch die Übernahme entsprechender Dienstleistungen für Betriebsführungen sowie im Bereich Mess- und Zählerwesen. Mit der zielgerichteten Projektakquise bei Zweckverbänden und Gemeinden können zudem auch Geschäftsaufträge für benachbarte Geschäftsfelder generiert und zusätzliche Umsatz- bzw. Erlöspotenziale gehoben werden.

Der Geschäfts- und Versorgungsauftrag wird in den kommenden Jahren von der Umsetzung der energiewendebedingten Transformationsaufgaben geprägt sein. Das zurückliegende Geschäftsjahr hat gezeigt, dass die Energiewirtschaft in Deutschland und Europa in der Lage ist, mit tiefgreifenden Veränderungen umzugehen, und auch für komplexe marktliche Herausforderungen geeignete Lösungen zu finden. Den energiewendebedingten Systemumbau wird der Konzern auch im kommenden Berichtszeitraum

weiter vorantreiben. In Thüringen bestehen für den anstehenden Wandel geeignete Voraussetzungen. Gemeinsam mit den kommunalen Anteilseignern, Branchenpartnern und Kunden sollen die vorhandenen Potenziale zielgerichtet und konsequent genutzt, zugleich aber auch mögliche (wirtschafts-) politische und regulatorische Handlungsbedarfe adressiert werden.

Der wirtschaftliche Erfolg ist auch Ergebnis eines breiten, geschäftsfeldübergreifenden Wertschöpfungsansatzes. Dieser deckt die gesamten energiewirtschaftlichen Wertschöpfungsstufen – vom Energieeinkauf und -handel, über die -erzeugung bis hin zu den Netzen und dem Energievertrieb – ab. Die Realisierung geschäftsfeldübergreifender Synergien im Bereich der EE ist fester Bestandteil der Geschäftsaktivitäten.

Im Erzeugungsbereich hat sich das Augenmerk zuletzt stark auf die Dekarbonisierung des Wärmesektors gerichtet; die Geschäftsaktivitäten im Bereich der grünen Fernwärmeplanung und -versorgung werden weiter ausgebaut und die grüne (Fern-) Wärmenetzinfrastruktur entsprechend der erarbeiteten Wärmenetzstrategien modernisiert. Die Thüringer Kommunen werden im Rahmen der KWP umfassend bei der Erstellung nachhaltiger Wärmenetzstrategien unterstützt.

Im Netzbereich findet derzeit ein Wandel vom last- hin zu einspeisegetriebenen Netzausbau statt. Mit der Zunahme alternativer Wärmelieferanten (wie etwa von Wärmepumpen), der Ver vielfachung des PV-Ausbau und der übergreifenden Sektorenkopplung wird die Netzlast in Thüringen deutlich steigen. Die Dezentralisierung der Erzeugungsstrukturen und die sektorenübergreifende Dekarbonisierung machen die Stromnetze dabei zur zentralen Drehscheibe der komplexen Energiewendewelt – und deren digitale Anbindung zur Grundvoraussetzung für das erfolgreiche Zusammenspiel aller Bausteine. In diesem Zusammenhang gewinnen die Entwicklung und marktreife Implementierung geeigneter Überwachungs-, Last-, und Steuerungsmechanismen erheblich an Bedeutung. Im Hinblick auf den klimawendebedingten Netzaus- und -umbau sowie die

einschlägigen Digitalisierungs- bzw. IT-Bedarfe wird davon ausgegangen, dass sich der Personalbedarf deutlich erhöhen wird.

Die Verfügbarkeit von sauberer Energie aus erneuerbaren Quellen wird für Thüringen zunehmend zu einem Standortvorteil. Um diesen abzusichern, sind Planungs- und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Der zügige Ausbau der EE braucht attraktive Investitionsanreize und Planungssicherheit. Für die Umsetzung der anstehenden Transformationsleistung muss der Gesetzgeber verlässliche Rahmenbedingungen schaffen.

Unter Wahrung einer geschäftsfeldübergreifenden Balance zwischen Versorgungssicherheit und -stabilität, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutzambitionen wird auch im kommenden Jahr mit dem notwendigen Augenmaß voranzugehen sein, um für eine verlässliche, klimafreundliche und bezahlbare Energieversorgung in Thüringen zu sorgen.

Für das Geschäftsjahr 2024 rechnet der KEBT-Konzern mit einem EBITDA i. H. v. 235 bis 255 Mio. EUR und einem EBT i. H. v. 75 bis 85 Mio.

EUR. Der Konzernjahresüberschuss wird im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich einen Wert zwischen 50 und 60 Mio. EUR erreichen. Für das Jahr 2024 sind Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt rund 300 Mio. EUR vorgesehen; das Investitionsvolumen wird – vor dem Hintergrund der anstehenden, klimawendebedingten Transformationsleistungen – in den Folgejahren voraussichtlich weiter steigern.

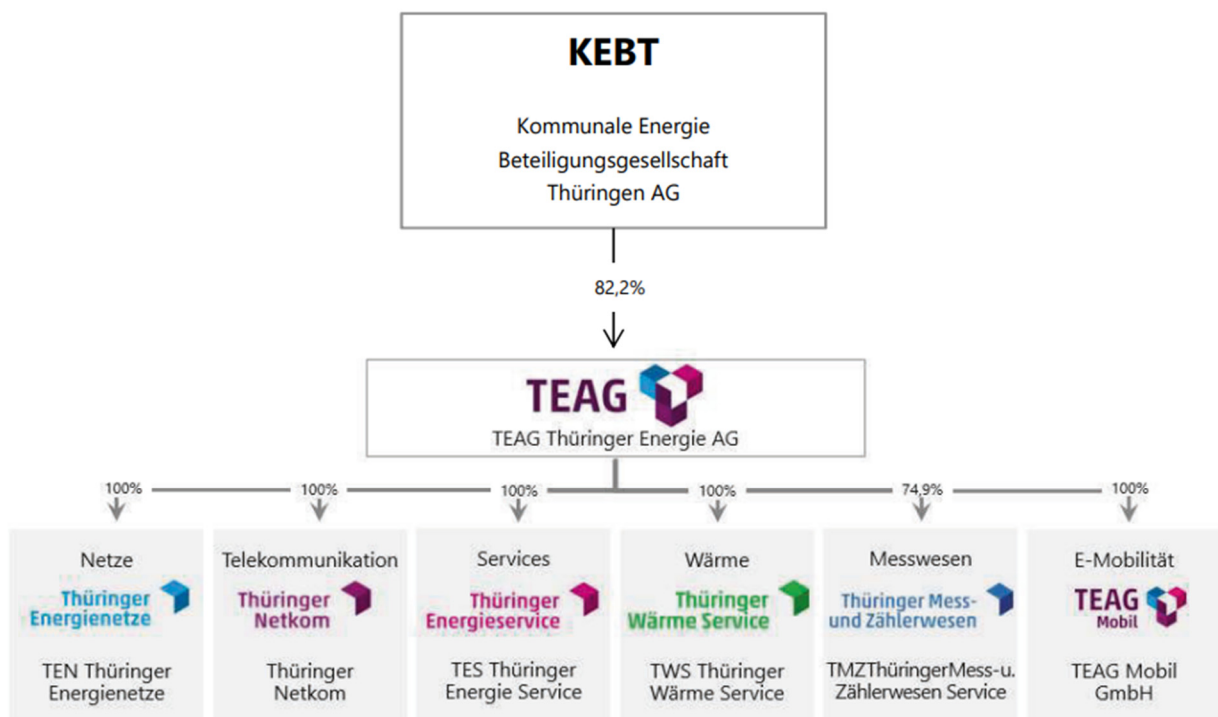
Der Großteil der Investitionen wird in den Aus- und Umbau der „7 Netze“ fließen, mit Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Strom- und Glasfasernetze, grüne Wärmeversorgung, Elektromobilität und Digitalisierung. Wesentliche Investitionstreiber sind die Energie- bzw. Wärme- und Verkehrswende mit dem Um-, Aus- und auch Neubau entsprechender Infrastruktur.

Zur Finanzierung der energiewendebedingten Herausforderungen bzw. Investitionen sind in den nächsten Jahren weitere Fremdkapitalaufnahmen notwendig. Zur Stärkung des Eigenkapitals sind zusätzliche Kapitaleinlagen geplant.

Konzernzugehörigkeit und Abgrenzung zum Konsolidierungskreis

Gemäß § 290 Abs. 1 HGB ist die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT) grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen. Die KEBT hat ihren Sitz in Erfurt, Alfred-Hess-Straße 37, und wird beim Amtsgericht Jena unter der Handelsregisternummer HRB 113190 geführt.

Die KEBT ist gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises. Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden nach § 325 HGB bei der das Unternehmensregister führenden Stelle elektronisch eingereicht und dort bekannt gemacht. Diese Unterlagen sind im Unternehmensregister zugänglich.



Zu den verbundenen, vollkonsolidierten Gesellschaften gehören neben der TEAG, die TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt (TEN), die Thüringer Netkom GmbH, Erfurt (TNK), die TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena (TES), die TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt (TWS), die TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau (TMZ) sowie die TEAG Mobil GmbH, Erfurt. Quelle: KEBT Beteiligungsbericht

Folgende verbundene Unternehmen sind neben der KEBT in den Konzernabschluss einbezogen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
TEAG Thüringer Energie AG	Erfurt	82,15
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG *	Erfurt	100,00
TES Thüringer Energie Service GmbH *	Jena	100,00
Thüringer Netkom GmbH *	Erfurt	100,00
TWS Thüringer Wärme Service GmbH *	Rudolstadt	100,00
TEAG Mobil GmbH*	Erfurt	100,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH *	Ilmenau	74,90

* direkte Beteiligung der TEAG

Nicht einbezogene Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs GmbH & Co. KG *	Erfurt	100,00
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungsverwaltungs GmbH * **	Erfurt	100,00
eness GmbH *	München	100,00
FBB Fernwärme Bad Blankenburg GmbH *	Bad Blankenburg	74,00
Innosun GmbH *	Sömmerda	50,10
Ingenieurbüro Pieger-Wehner GmbH * ***	Neustadt a. d. Orla	100,00
NGA Netzgesellschaft Altenburger Land mbH *	Erfurt	100,00
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG * **	Schmalkalden	74,90
NG Netzgesellschaft Schmalkalden Verwaltungs-GmbH *	Schmalkalden	74,90
TEAG Solar GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Solar 1. Projekt GmbH *	Erfurt	100,00
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH *	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Siebzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Achtzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Neunzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Zwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Einundzwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Wasser GmbH * ****	Erfurt	100,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

*** Erwerb der Anteile zum 17.02.2023

**** vormals TEAG Thüringer Energie Fünfzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH

Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (evb) *	Eisenach	25,10
Energieversorgung Apolda GmbH *	Apolda	49,00
Energieversorgung Greiz GmbH *	Greiz	49,00
Energieversorgung Nordhausen GmbH *	Nordhausen	40,00
Energieversorgung Rudolstadt GmbH *	Rudolstadt	23,90
Energiewerke Zeulenroda GmbH *	Zeulenroda-Triebes	74,00
Innosun Service GmbH *	Sömmerda	50,00
Stadtwerke Arnstadt GmbH *	Arnstadt	44,00
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH *	Bad Langensalza	40,00
Stadtwerke Gotha GmbH *	Gotha	30,00
Stadtwerke Mühlhausen GmbH *	Mühlhausen	23,90
Stadtwerke Sondershausen GmbH *	Sondershausen	23,90
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH *	Suhl	44,42
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH *	Weimar	49,00
SWE Energie GmbH *	Erfurt	29,00
SWE Netz GmbH *	Erfurt	29,00
TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH *	Erfurt	50,00
Thüringer Glasfasergesellschaft mbH	Erfurt	20,00

* direkte Beteiligung der TEAG

Nicht nach der Equity-Methode einbezogene assoziierte Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Energieversorgung Inselberg GmbH *	Waltershausen	20,00
KEYWEB AG * **	Erfurt	49,00
Netzgesellschaft Eisenberg mbH *	Eisenberg	49,00
Neue Energien Bad Salzungen GmbH *	Bad Salzungen	40,00
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH *	Eisenberg	49,00
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH *	Leinefelde-Worbis	49,00
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH *	Neustadt a. d. Orla	20,00
Stadtwerke Stadtroda GmbH *	Stadtroda	24,90
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Geschäftsführungsgesellschaft mbH * ***	Erfurt	40,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG *	Erfurt	30,00
Wärmegesellschaft Bad Lobenstein *	Bad Lobenstein	49,90
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH *	Sollstedt	49,00
WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld *	Saalfeld	24,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Anteilswerb zum 31.12.2023 von 25,1 % auf 49,0 %

*** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

Aufgrund der Bedeutung hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit und des daraus resultierenden Einflusses auf die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erfolgt die Einbeziehung der in vorstehender Übersicht aufgezählten Gesellschaften in den Konzernabschluss zum Buchwert.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	2.392.402	74,9 %	2.252.138	79,2 %	2.167.644	87,0 %
Umlaufvermögen	791.944	24,8 %	589.442	20,7 %	320.711	12,9 %
Rechnungsabgrenzungsposten	3.570	0,1 %	1.073	0,0 %	830	0,0 %
Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverr.	5.140	0,2 %	492	0,0 %	1.850	0,1 %
Bilanzsumme	3.193.056	100,0 %	2.843.145	100,0 %	2.491.035	100,0 %

Passiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	547.897	17,2 %	468.530	16,5 %	438.835	17,6 %
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	305.331	9,6 %	315.983	11,1 %	326.634	13,1 %
Zuschüsse	113.441	3,6 %	112.235	3,9 %	106.809	4,3 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	114.436	3,6 %	60.706	2,1 %	23.822	1,0 %
Rückstellungen	608.174	19,0 %	522.525	18,4 %	413.835	16,6 %
Verbindlichkeiten	1.308.014	41,0 %	1.160.231	40,8 %	970.607	39,0 %
Rechnungsabgrenzungsposten	7.193	0,2 %	7.312	0,3 %	6.971	0,3 %
Passive latente Steuern	188.570	5,9 %	195.623	6,9 %	203.522	8,2 %
Bilanzsumme	3.193.056	100,0 %	2.843.145	100,0 %	2.491.035	100,0 %

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Eigenleistungen	3.219.855	95,4 %	2.309.385	87,5 %	1.867.549	95,7 %
Sonstige betriebliche Erträge	84.726	2,5 %	165.985	6,3 %	42.443	2,2 %
Materialaufwand	2.861.026	84,8 %	1.965.532	74,4 %	1.531.798	78,5 %
Personalaufwand	159.597	4,7 %	139.207	5,3 %	142.338	7,3 %
Abschreibungen	135.565	4,0 %	109.195	4,1 %	105.075	5,4 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	35.235	1,0 %	145.587	5,5 %	22.449	1,2 %
Erträge aus at Equity bewerteten Unternehmen	19.799	0,6 %	14.908	0,6 %	14.878	0,8 %
Erträge Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.608	0,1 %	2.142	0,1 %	2.254	0,1 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.488	0,4 %	2.102	0,1 %	1.299	0,1 %
Abschreibungen auf Finanzanlagen	11.500	0,3 %	0	0,0 %	2.000	0,1 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	35.615	1,1 %	62.107	2,4 %	46.513	2,4 %
Ergebnis vor Steuern	100.938	3,0 %	72.894	2,8 %	78.250	4,0 %
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33.522	1,0 %	19.458	0,7 %	25.951	1,3 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	67.416	2,0 %	53.436	2,0 %	52.299	2,7 %

TEAG Thüringer Energie AG

Aktionäre	KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, 82,2 % Thüga Aktiengesellschaft, 15,2 % Gesellschaft der kommunalen Strom-Aktionäre in Thüringen mbH, 2,5% Sonstige Kommunale Anteilseigner, 0,1 %
Vorstand	Stefan Reindl (Vorstandsvorsitzender) Dr. Andreas Roß Dr. Christian Thewißen
Aufsichtsrat	Michael Brychcy (Vorsitzender), Thomas Ziermann, Ariane Vollrath (bis 30.06.2023), Olaf Czernomoriez, Dr. Johannes Bruns, Dr. Andreas Cerbe, Nico Dame, Margit Ertmer (seit 29.06.2023), Sylvia Hartung (bis 29.06.2023), Michael G. Feist, Sven Gregor, Anja Heilmann, Franka Hitzing, Inka Jonke, Christian-Dieter Keith (seit 01.07.2023), Jonas Lamprecht, Stefanie Preikschat, Dr. Carsten Rieder (seit 29.06.2023), Ralf Rusch (bis 29.06.2023), Frank Schmidt, Katja Wolf
Gründungsdatum	Am 17. Oktober 1923 wurde die Thüringische Landeselektrizitätsversorgungs-Aktiengesellschaft „Thüringenwerk“ gegründet. Über verschiedene Zwischenschritte und verschiedene Anteilseignerstrukturen entstand die aktuelle Unternehmens- und Beteiligungsstruktur, welche nunmehr seit März 2013 besteht.
Beteiligungen	Siehe Beteiligungen des KEBT-Konzerns.
Abschlussprüfer	PWC PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Jahresüberschuss	81.133 TEUR (2023) , 70.178 TEUR (2022)
Bilanzsumme	2.230.444 TEUR (2023) , 1.914.747 TEUR (2022)
Mitarbeiter	Siehe Anzahl der Arbeitnehmer des KEBT-Konzerns.

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität und anderen Energiearten, insbesondere deren Erzeugung, Bezug, Verteilung und Abgabe, die Versorgung mit Wasser, die Entsorgung, die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten auf Basis von Breitbandnetzen, die Erbringung damit im Zusammenhang stehender Dienstleistungen sowie die Errichtung und der Betrieb hierzu geeigneter Werke und Anlagen. Gegenstand ist auch der Handel mit Energie jeder Art sowie Geräten und Anlagen zur Nutzung der Energie sowie der Erwerb von und die Beteiligung an gleichen, verwandten oder damit zusammenhängenden Unternehmen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die Ausführungen zu den Grundlagen und den Rahmenbedingungen des KEBT-Konzerns treffen auch auf die TEAG zu. Da die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns im Wesentlichen durch die TEAG als Mutterunternehmen geprägt ist, erfolgt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TEAG im Folgenden separat in verkürzter Darstellung.

Im Geschäftsjahr hat die TEAG ein EBITDA i. H. v. 227,8 Mio. EUR (Vorjahr: 202,7 Mio. EUR), ein EBT i. H. v. 117,9 Mio. EUR (Vorjahr: 93,8 Mio. EUR) sowie einen Jahresüberschuss i. H. v. 81,1 Mio. EUR (Vorjahr: 70,2 Mio. EUR) erwirtschaftet. Die im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele wurden damit übertroffen. Geplant war ein EBITDA zwischen 180 Mio. EUR und 200 Mio. EUR, ein EBT zwischen 90 Mio. EUR und 100 Mio. EUR sowie ein Jahresüberschuss zwischen 65 Mio. EUR und 75 Mio. EUR. Die Planabweichungen in der TEAG sind größtenteils auf die gleichen Ursachen wie im TEAG-Konzern zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um +39,8 Prozent auf insgesamt 2.687,6

Mio. EUR. Die Steigerungen entfallen insbesondere auf die energiewirtschaftlichen Geschäftsbereiche Strom (+440,3 Mio. EUR bzw. +35,4 Prozent) und Gas (+274,5 Mio. EUR bzw. +71,7 Prozent). Bei den Wärmeerlösen wurden insgesamt 86,8 Mio. EUR Umsatzerlöse realisiert, was einer Steigerung von +55,2 Mio. EUR entspricht. Der Anstieg bei den energiewirtschaftlichen Erlösen ist u. a. auf die notwendige Weitergabe der hohen Beschaffungskosten von Energie infolge der Energiemarktkrise zurückzuführen. Die Erlöse aus der Verpachtung sowie aus Betriebsführungsentgelten blieben mit insgesamt 224,1 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant (Vorjahr: 227,8 Mio. EUR).

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im Vorjahresvergleich um 24,0 Prozent verringert. Im Vorjahresausweis sind u. a. einmalige Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Rahmen der Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds und der Einführung einer Kapitalisierungsoption i. H. v. 70,0 Mio. EUR enthalten. Dem entgegen erhöhten sich die Erträge aus der Auflösung von energiewirtschaftlichen Rückstellungen i. H. v. +34,1 Mio. EUR.

Der Materialaufwand, der im Wesentlichen Aufwendungen für Brennstoffe, Energiebezug und Netznutzung enthält, erhöhte sich deutlich um +44,5 Prozent auf 2.419,9 Mio. EUR. Ursächlich hierfür sind vornehmlich gestiegene Beschaffungskosten für Strom und Gas infolge der Energiemarktkrise. Die Materialaufwandsquote, gemessen an den Umsatzerlösen, lag mit 90,0 Prozent damit auch über dem Vorjahresniveau (87,1 Prozent).

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +8,6 Prozent. Insbesondere führten Sonderzahlungen für Inflationsausgleich gemäß tarifvertraglichen Vereinbarungen sowie die Anhebung der tariflichen Vergütungen zu einem Anstieg der Personalkosten. Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant. Die Anzahl an Neubesetzungen wurden durch den Abgang von

Mitarbeitern im Zusammenhang mit dem Betriebsübergang auf die TMO kompensiert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich korrespondierend zur Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge aufgrund von einmaligen Aufwendungen im Rahmen der Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds i. H. v. 67,9 Mio. EUR. Mit Ausnahme dieses Sondereffektes liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit insgesamt +6,6 Prozent über dem Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich korrespondierend zur Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge aufgrund der im Vorjahr ausgewiesenen einmaligen Aufwendungen im Rahmen der Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds i. H. v. 67,9 Mio. EUR. Mit Ausnahme dieses Sondereffektes liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 10,8 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Im Berichtsjahr wurde ein um +12,4 Prozent besseres EBITDA erwirtschaftet. Der energiewirtschaftliche Rohüberschuss erhöhte sich um +70,3 Mio. EUR auf 154,9 Mio. EUR. Dabei konnten im Bereich der Erzeugung im Rahmen einer bedarfsgerechten und vorausschauenden Beschaffungsstrategie insgesamt bessere Ergebnisse erzielt werden. Zudem wirkte sich die Optimierung der vertrieblichen Aktivitäten bei einem hohen Preisniveau an den Energiemärkten positiv auf den Rohüberschuss aus. Dem entgegen standen gestiegene Personalaufwendungen aus tariflichen Vereinbarungen.

Die Erträge aus Beteiligungen lagen mit 29,2 Mio. EUR (Vorjahr: 25,5 Mio. EUR) vornehmlich aufgrund besserer operativer Ergebnisse der Stadtwerke über dem Vorjahresniveau.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahmen betreffen im Wesentlichen übernommene Jahresfehlbeträge der TEN i. H. v. 24,3 Mio. EUR (Vorjahr: 10,0 Mio. EUR), der TMO i. H. v. 3,5 Mio. EUR sowie i. H. v. 9,9 Mio. EUR für nicht konsolidierte verbundene Unternehmen.

Die Abschreibungen enthalten im Wesentlichen den planmäßigen Werteverzehr für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. 73,5 Mio. EUR (Vorjahr: 67,5 Mio. EUR). Darüber hinaus sind in den Abschreibungen Abwertungen auf das Arbeitsgas i. H. v. 21,1 Mio. EUR sowie außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen aus dem Bereich EE i. H. v. 11,5 Mio. EUR enthalten.

Im Berichtsjahr wurde ein um +37,6 Mio. EUR deutlich verbessertes Zinsergebnis erzielt. Dies ist im Wesentlichen auf positive Bewertungseffekte des Deckungsvermögens (+12,3 Mio. EUR) sowie auf Erträge aus der Auf- bzw. Abzinsung von Pensionsverpflichtungen zurückzuführen. Die Zinserträge von verbundenen Unternehmen erhöhten sich um +4,3 Mio. EUR u. a. aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus bei den Ausleihungen. Darüber hinaus haben im Vorjahr einmalige Aufwendungen im Zusammenhang mit Vorfälligkeitsentschädigungen für langfristige Darlehen i. H. v. 8,8 Mio. EUR das Zinsergebnis belastet.

Insgesamt erzielte die TEAG ein deutlich gestiegenes EBT um +25,7 Prozent über dem Geschäftsjahr 2022. Die im Berichtsjahr vorgenommenen Abwertungen auf das Umlaufvermögen sowie auf die Finanzanlagen konnten durch das bessere Zinsergebnis kompensiert werden. Unter Berücksichtigung der Ertragsteuern erzielte die TEAG einen Jahresüberschuss i. H. v. 81,1 Mio. EUR.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der TEAG zum 31. Dezember 2023 erhöhte sich auf 31,9 Prozent gegenüber 25,8 Prozent am Ende des Vorjahres. Zur Stärkung des Eigenkapitals und für die Finanzierung der Investitionen im Rahmen der Energiewende erfolgte im Jahr 2023 die Einzahlung in die Kapitalrücklage durch die Aktionäre der TEAG i. H. v. 200 Mio. EUR. Zur Umschuldung von Darlehen wurden im Geschäftsjahr langfristige Kredite i. H. v. insgesamt 100,0 Mio. EUR aufgenommen. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Stichtag insgesamt 561,4 Mio. EUR und haben Laufzeiten bis teilweise 2042. Der KET gewährte der TEAG ein

langfristiges Darlehen i. H. v. insgesamt 400,0 Mio. EUR in mehreren Tranchen mit Laufzeiten bis teilweise 2027. Im Geschäftsjahr wurden drei Tranchen mit einem Gesamtbetrag i. H. v. 180,0 Mio. EUR getilgt. Das Darlehen valutiert zum Stichtag 31. Dezember 2023 mit 170 Mio. EUR (Vorjahr: 350 Mio. EUR). Die Finanzierung des operativen und investiven Geschäftes ist durch Kreditmittellinien bzw. -zusagen i. H. v. 226,8 Mio. EUR abgesichert, die zum Stichtag nicht in Anspruch genommen wurden. Weitere Finanzierungen erfolgten über Tochter- und Beteiligungsunternehmen.

Die Liquidität der TEAG war im Geschäftsjahr 2023 stets gesichert. Die zukünftige Entwicklung ist maßgeblich von den wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie von der Ausschüttungs- und Investitionsstrategie abhängig.

Die Investitionen der TEAG in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf 143,6 Mio. EUR (Vorjahr: 112,3 Mio. EUR). Für das Geschäftsjahr 2024 hat die TEAG einen Betrag von rund 160 Mio. EUR geplant. Dies betrifft v. a. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen, wovon der wesentliche Teil durch Investitionen in das Strom- und Gasnetz sowie in der Erzeugung und der IT bestimmt ist.

Die Bilanzsumme der TEAG betrug zum 31. Dezember 2023 2.230,4 Mio. EUR und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um +16,5 Prozent bzw. +315,6 Mio. EUR. Auf der Aktivseite betraf dies v. a. das um +109,8 Mio. EUR höhere Anlagevermögen, dessen Anstieg im Zusammenhang mit dem hohen Investitionsvolumen in die Stromnetze sowie der Ausgabe von Darlehens- und Tagesgeldrahmen an verbundene Unternehmen steht. Das

Umlaufvermögen stieg um +41,4 Prozent bzw. 203,7 Mio. EUR an. Ursächlich hierfür ist insbesondere ein um +104,3 Mio. EUR höherer Bestand an liquiden Mitteln infolge einer Einzahlung in die Kapitalrücklage sowie der abgerufenen Mittel im Zusammenhang mit den staatlichen Energiepreisbremsen, die erst im Folgejahr zur Abrechnung bei den Kunden kommen werden.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital um +218,3 Mio. EUR ebenfalls aufgrund der vorgenommenen Einzahlung in die Kapitalrücklage i. H. v. 200 Mio. EUR an. Die Erhöhung der Kapitalrücklage steht dabei im Zusammenhang mit der Finanzierung von künftigen Investitionen der Energiewende. Darüber hinaus wurden insgesamt 9 Mio. EUR in die Gewinnrücklagen eingestellt. Die Rückstellungen erhöhten sich um +19,9 Prozent bzw. +81,2 Mio. EUR. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Wesentlichen auf einen preisbedingten Anstieg der energiewirtschaftlichen Rückstellungen zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2023 betragen insgesamt 920,3 Mio. EUR und liegen damit leicht über dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 905,5 Mio. EUR). Im Berichtsjahr erfolgte die Tilgung eines KET-Darlehens i. H. v. 180,0 Mio. EUR sowie die Aufnahme von Darlehen gegenüber Kreditinstituten i. H. v. 100,0 Mio. EUR. Daneben führten die abgerufenen Mittel der staatlichen Energiepreisbremsen zu einer Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten.

Das kurzfristige Fremdkapital ist vollständig durch kurzfristig liquidierbare Vermögenswerte gedeckt. Unter Berücksichtigung bestehender Kreditlinien ist die Finanzierung der Gesellschaft gesichert.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.516.096	68,0 %	1.406.284	73,4 %	1.332.500	84,7 %
Umlaufvermögen	695.801	31,2 %	492.077	25,7 %	224.194	14,2 %
Rechnungsabgrenzungsposten	329	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverr./Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	18.218	0,8 %	16.386	0,9 %	17.115	1,1 %
Bilanzsumme	2.230.444	100,0 %	1.914.747	100,0 %	1.573.809	100,0 %

Passiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	712.415	31,9 %	494.066	25,8 %	486.673	30,9 %
Ertragszuschüsse	108.457	4,9 %	107.163	5,6 %	103.183	6,6 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	2	0,0 %	90	0,0 %	23	0,0 %
Rückstellungen	489.237	21,9 %	407.964	21,3 %	297.043	18,9 %
Verbindlichkeiten	920.333	41,3 %	905.464	47,3 %	686.887	43,6 %
Bilanzsumme	2.230.444	100,0 %	1.914.747	100,0 %	1.573.809	100,0 %

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Eigenleistungen	2.689.034	92,8 %	1.922.631	87,2 %	1.322.415	89,8 %
Sonstige betriebliche Erträge	93.172	3,2 %	122.505	5,6 %	61.273	4,2 %
Materialaufwand	2.419.949	83,5 %	1.675.069	76,0 %	1.086.726	73,8 %
Personalaufwand	54.084	1,9 %	49.794	2,3 %	51.884	3,5 %
Abschreibungen	94.591	3,3 %	67.517	3,1 %	63.928	4,3 %
Abschreibungen auf Finanzanlagen	11.500	0,4 %	0	0,0 %	2.000	0,1 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	71.848	2,5 %	132.747	6,0 %	60.817	4,1 %
Erträge aus Beteiligungen	22.554	0,8 %	21.023	1,0 %	25.705	1,7 %
Erträge Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	8.427	0,3 %	5.387	0,2 %	550	0,0 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.451	0,4 %	2.237	0,1 %	1.220	0,1 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	55.794	1,9 %	54.817	2,5 %	40.816	2,8 %
Ergebnis vor Steuern	117.872	4,1 %	93.839	4,3 %	104.992	7,1 %
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36.739	1,3 %	23.661	1,1 %	31.878	2,2 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	81.133	2,8 %	70.178	3,2 %	73.114	5,0 %

Gewinnverwendung

Die Hauptversammlung der TEAG hat am 29. Juni 2023 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn der TEAG in Höhe von 122.403.012,66 EUR eine Dividende von 28,03 EUR/A-Aktie und 20,00 EUR/B-Aktie, das sind

insgesamt 62.784.552,13 EUR, auszuschütten und einen Betrag in Höhe von 9.000.000,00 EUR in andere Gewinnrücklagen gemäß § 272 Abs. 3 HGB einzustellen und den Restbetrag in Höhe von 50.618.460,53 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Thüringer Glasfasergesellschaft mbH

Gesellschafter	Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET), 80 % Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT), 20 %
Geschäftsführung	Dirk Erbstößer
Aufsichtsrat	Jörg Reichl (Vorsitzender) Dr. Sabine Awe Hendrik Blose Dagmar Dummer Dr. Nico Grove Jens Kramer Stefanie Preikschat Marco Seidel Frank-Peter Tille
Gründungsdatum	15.10.2021
Gesellschaftsvertrag	15.10.2021
Handelsregister	Registergericht Jena, HRB 518879
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	1.000.000,00 EUR
Beteiligungen	keine
Abschlussprüfer	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Umsatzerlöse	1.223 TEUR (2023), 996 TEUR (2022)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-498 TEUR (2023), -206 TEUR (2022)
Bilanzsumme	4.418 TEUR (2023), 4.989 TEUR (2022)
Mitarbeiter	9 (2023), 10 (2022)
Aufsichtsratsvergütung	40 TEUR (2023), 0 TEUR (2022)

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Breitbandversorgung bzw. der Breitbandausbau mittels Glasfaser bzw. zukünftiger neuer Technologien. Dazu gehören insbesondere die Errichtung, der Erwerb, das Halten, die Verwaltung und der Betrieb von Breitband-, insbesondere Glasfasernetzen, inkl. dazugehöriger Anlagen zur Breitbandversorgung sowie die Erbringung von Telekommunikations- und sonstigen Dienstleistungen im Zusammenhang mit Breitbandnetzen für ihre Gesellschafter und deren unmittelbaren Mitglieder bzw. Gesellschafter.

Gemäß § 2 Abs. 3 ThürKO können Kommunen nach den Vorschriften dieses Gesetzes Aufgaben übertragen, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Der Auf- und Ausbau eines leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandnetzes stellt eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge dar.

Der Ausbau derartiger Breitbandnetze bildet zudem einen wichtigen Standortfaktor für die Kommunen. Die Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden in dem Gemeinde-/Stadtgebiet mit einer leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandinfrastruktur stellt nicht nur einen wichtigen Standortfaktor für die Kommune dar, sondern kann als eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge angesehen werden. Der Bedarf einer Breitbandstruktur ist sowohl für die Einwohner der Gemeinde/Stadt von wesentlicher Bedeutung als auch für die ansässigen Unternehmen. Gerade in den ländlichen Bereichen ist eine Versorgung mit Breitband sowohl für die Bildung, für den Gesundheitsbereich als auch für die Stärkung des Wettbewerbes bei den Gewerbetreibenden von wesentlicher Bedeutung, welche bei einer ausgebauten Breitbandinfrastruktur regional, überregional und sogar weltweit agieren können.

Die TGG wurde durch den Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) gegründet, um den geförderten Breitbandausbau für die

Thüringer Kommunen zu bündeln und als zentraler Ansprechpartner von der Durchführung der Markterkundungsverfahren über den Abruf der Fördermittel bis zum Bau des Glasfasernetzes alle Aufgaben zu übernehmen. Die Kommunen haben so die Möglichkeit, effizient von den Landes- und Bundesförderprogrammen für die Breitbandinfrastruktur zu profitieren. Durch die Beteiligung der KEBT AG ab dem Jahr 2022 wird den kommunalen Aktionären ermöglicht, sich der TGG für den geförderten Breitbandausbau in ihren Kommunen zu bedienen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die Thüringer Glasfasergesellschaft mbH, Erfurt (TGG), ist ein Telekommunikationsunternehmen (TKU), das im Auftrag der Thüringer Kommunen geförderte Ausbauprojekte im Bereich Breitband- bzw. Glasfaserversorgung übernimmt. Die TGG bündelt, organisiert und vollzieht alle wesentlichen Prozesse rund um Ausbauprojekte im Rahmen der Förderrichtlinien des Bundesbreitbandförderprogrammes; so u. a. die Durchführung von Markterkundungsverfahren (MEV), die Ausschreibung und Vergabe des Netzbetriebs und von Planungs- und Bauleistungen sowie die gesamten Prozesse der Fördermittelbeantragung und -abrechnung.

Um die Thüringer Kommunen von den komplexen, administrativ und finanziell anspruchsvollen Förderverfahren zu entlasten, werden diese zentral koordiniert von der Gesellschaft durchgeführt. Das Land Thüringen ergänzt die Bundesförderung dahingehend, dass für die Thüringer Kommunen mit Aufgabenübertragung an die TGG kein Eigenanteil anfällt. Die TGG ist im Rahmen ihrer Ausbauprojekte vorrangig im „Betreibermodell“ tätig: Das von der TGG errichtete Netz wird nach dessen Fertigstellung weiterhin im Eigentum der Gesellschaft verbleiben.

Mit dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien bzw. der voranschreitenden

Dezentralisierung und Digitalisierung der Energieerzeugungs- und -verteilstrukturen gewinnt der zügige Ausbau der digitalen Kommunikationsinfrastruktur weiter an Bedeutung. Die Dekarbonisierung und Digitalisierung der Energiewirtschaft und vieler weiterer Wirtschaftszweige hat dabei sowohl direkten als auch indirekten Einfluss auf die Geschäftsaktivitäten der TGG. Das Ziel der TGG ist es, die Digitalisierung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft durch die Errichtung und den Betrieb einer leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur zu beschleunigen und mitzugestalten.

Im Geschäftsjahr 2023 hat der Gesetzgeber eine Vielzahl umfangreicher Gesetzesinitiativen und -vorhaben auf den Weg gebracht, die Auswirkungen auf den Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur und auch die Geschäftstätigkeiten der TGG haben. Mit dem von der Bundesregierung ausgerufenen „Deutschlandtempo“ soll die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland gesichert und dabei auch die Umsetzungsgeschwindigkeit von Digitalisierungsprojekten beschleunigt werden. Im Rahmen der neuen „Gigabitförderung 2.0“ soll zukünftig zudem ein noch zielgerichteter Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur in bisher unterversorgten Gebieten stattfinden. Im Rahmen des Bundesbreitbandförderprogrammes wurde im Berichtszeitraum zudem die neue „Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0“ veröffentlicht, an deren Fördermittelaufufen sich auch die TGG beteiligt.

Zur Umsetzung der „Gigabitstrategie“ hat die Bundesregierung u. a. das „TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz“ (Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen) auf den Weg gebracht und darüber hinaus verschiedene Digital- bzw. Internetgesetze an europäische Vorgaben angepasst. Im Berichtszeitraum trat zudem das „Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende“ in Kraft, das über den Rollout von „intelligenten Messsystemen“ die zügige und flächendeckende digitale Anbindung von elektrischen Verbrauchs- und Erzeugungseinrichtungen vorantreiben soll. Mit dem „IT-Sicherheitsgesetz 2.0“ (Zweites Gesetz

zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme) wurden die gesetzlichen Regelungen für die Betreiber von kritischen Infrastrukturen verschärft. Mit dem Entwurf zu einem „Digitale-Dienste-Gesetz“ hat die Bundesregierung die nationale Umsetzung des auf europäischer Ebene beschlossenen „Digital Service Act“ auf den Weg gebracht, das Grundrechte von Nutzerinnen und Nutzern umfassender schützen soll.

Über die Gesellschafter bündelt die TGG das öffentliche bzw. kommunale Interesse am geförderten Glasfaserausbau in Thüringen. Zum 31. Dezember 2023 haben insgesamt 301 Thüringer Kommunen die Aufgabe des geförderten Glasfaserausbaus auf die TGG übertragen. Im Berichtszeitraum hat die TGG den Aufbau ihrer Geschäfts-, Organisations- und Dienstleistungsangebote fortgeführt. Als Ansprechpartner für Kommunen übernimmt die Gesellschaft im Rahmen der Förderrichtlinien des Bundesbreitbandförderprogrammes (bzw. im sog. „graue Flecken“-Programm) u. a. die Projektinitiierung (Bildung sog. „Cluster“), die Abfrage der Telekommunikationsunternehmen zu vorhandenen und geplanten Erschließungen (MEV), die Erstellung und Einreichung von Fördermittelanträgen bei Projektträgern, die Durchführung der Auswahlverfahren für Netzbetreiber, die Ausschreibung und Koordination des Netzausbaus (u. a. im Hinblick auf Tiefbau und Montage) sowie die Durchführung der Fördermittelprozesse bis zur Abrechnung dieser.

Die Vorteile für Kommunen mit Aufgabenübertragung an die TGG liegen v. a. in einer schnellen Projektumsetzung des geförderten Glasfaserausbaus durch einen standardisierten Projektablauf mit einem deutlich reduzierten Verwaltungsaufwand. Durch die Aufgabenübernahme durch die TGG entfällt die selbständige Koordinierung durch die Kommunen, Fördermittel müssen nicht eigenständig beantragt und abgerechnet werden. Um der Komplexität des Fördermittelmanagements zu entsprechen, hat die TGG ihr Personal zur Fördermittelabrechnung sowie für das Controlling der Förderprojekte verstärkt. Mit Zunahme der Projektanzahl plant die TGG, ihre

Personalkapazitäten für das Fördermittelmanagement mittelfristig weiter aufzustocken.

Im Berichtszeitraum wurde im Rahmen der „Gigabit-Richtlinie des Bundes 1.0“ (Gigabit-RL 1.0) die Projektentwicklung für insgesamt fünf Ausbaugebiete vorangetrieben. Im Landkreis Schmalkalden-Meiningen wurde für drei Projektgebiete die „Netzbetreiberausschreibung“ durchgeführt und Netzbetreiberverträge mit einem TKU abgeschlossen. Zudem wurde die Generalübernehmerausschreibung gestartet. In den zwei Projektgebieten in Ostthüringen wurden die Netzbetreiberausschreibungen auf den Weg gebracht.

Im Geschäftsjahr 2023 hat der Bund die „Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Gigabit-RL 2.0)“ veröffentlicht, nachdem der Aufruf für die Gigabit-RL 1.0 im Jahr 2022 beendet wurde. Im Rahmen der neuen Richtlinie hat die TGG in 2023 für insgesamt 16 weitere Projektgebiete MEV durchgeführt und entsprechende Fördermittel im Rahmen der Bundesförderung beantragt. Bewilligt wurden insgesamt 13 Projektgebiete. Aufgrund der bestehenden Landesobergrenze für Thüringen konnten für drei der beantragten Projektgebiete keine Fördermittel bewilligt werden. Dennoch konnte die TGG für die Umsetzung der 13 bewilligten Glasfaserausbauprojekte einen insgesamt dreistelligen Millionenbetrag vom Bund einwerben, mit Projektlaufzeiten der einzelnen Fördergebiete bis 2028. Das Land Thüringen hat zum Stichtag bereits für sechs der im Förderaufruf der Gigabit-RL 2.0 neu bewilligten Projektgebiete entsprechende Co-Finanzierungsbescheide erteilt. Diese umfassen ein ergänzendes Projektbudget in Höhe eines mittleren zweistelligen Millionenbetrages.

Die TGG befand sich im Geschäftsjahr 2023 weiterhin in der Aufbauphase und erwirtschaftete, unter Berücksichtigung der überwiegend geförderten Aufbau- bzw. Ingangsetzungskosten, ein EBITDA i. H. v. insgesamt -486 TEUR (Vorjahr: -192 TEUR), ein EBT i. H. v. -498 TEUR (Vorjahr: -206 TEUR) sowie einen Jahresfehlbetrag i. H. v. -498 TEUR (Vorjahr: -206 TEUR). Die

verbleibenden Anlaufverluste bzw. nicht geförderten Kosten infolge des weiteren Aufbaus der Geschäfts- und -organisationsstrukturen konnten im Berichtsjahr noch nicht aus Einnahmen aus Pächterlösen kompensiert werden. Damit hat die TGG gegenüber den im Vorjahr prognostizierten Werten, einem EBITDA zwischen -650 TEUR und -700 TEUR, einem EBT zwischen -700 TEUR und -750 TEUR und einem Jahresfehlbetrag zwischen -700 TEUR und -750 TEUR, deutlich bessere Ergebnisse erzielt. Ursächlich hierfür sind u. a. geringere Personalaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen als geplant. Für das Geschäftsjahr 2023 hatte die Gesellschaft ursprünglich ein Investitionsvolumen i. H. v. 12,0 Mio. EUR geplant. Im Berichtsjahr wurden aufgrund von Projektverzögerungen im geförderten Breitbandausbau noch keine wesentlichen Investitionen vorgenommen. Die Verzögerungen sind ursächlich in dem erhöhten Zeitaufwand der nacheinander durchzuführenden EU-Ausschreibungen und den damit jeweils verbundenen Fristen. Ebenso hat ein Nachprüfungsverfahren der Generalübernehmerausschreibung vor der Vergabekammer in Thüringen für weitere Verzögerungen gesorgt.

Infolge des weiteren Aufbaus der Gesellschaft konnte die TGG im abgelaufenen Geschäftsjahr noch keine Umsatzerlöse generieren. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Vorjahresvergleich um +22,8 Prozent. Diese betreffen überwiegend Erträge aus Erstattungen für angefallene Aufwendungen, denen Fördermittelbewilligungen entgegenstehen. Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +31,6 Prozent. Insbesondere wirkte sich der unterjährige Stellenaufbau des Vorjahres erstmals vollständig über den gesamten Berichtszeitraum aus. Ferner führten Gehaltssteigerungen zu einem Anstieg der Personalkosten. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen deutlich um +62,6 Prozent auf insgesamt 751 TEUR und enthalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Dienst- und Fremdleistungen, u. a. für Beratungsleistungen, Geschäftsbesorgung sowie Mieten und Pachten. Die Abschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um +11 TEUR infolge der bisher getätigten Investitionen in das

Anlagevermögen im Rahmen der Aufbauphase der Gesellschaft. Das Zinsergebnis ist auf Erträge aus Bankguthaben zurückzuführen. Insgesamt führten die verbleibenden Anlaufverluste bzw. nicht geförderten Kosten infolge des weiteren Aufbaus des operativen Geschäftsbetriebes der TGG im Vorjahresvergleich zu einem erheblich höheren Jahresfehlbetrag.

Die Verringerung des bilanziellen Eigenkapitals ist auf den Jahresfehlbetrag des Berichtsjahres zurückzuführen. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse hat sich im Berichtsjahr um -11 TEUR auf insgesamt 23 TEUR verringert und betrifft insbesondere Zuschüsse für Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die adjustierte Eigenkapitalquote lag zum 31. Dezember 2023 mit 97,2 Prozent über der des Vorjahres (96,2 Prozent). Die Finanzlage wurde insbesondere durch die im Berichtsjahr erfolgte Erstattung der Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beratung der Thüringer Kommunen geprägt, welche zum überwiegenden Teil durch das TMWWDG über den KET erfolgte. Die Finanzierung der Infrastrukturprojekte der Gesellschaft erfolgt im Rahmen der Umsetzung des geförderten Breitbandausbaus für das „graue Flecken“-Programm aus Fördermitteln des Bundes (Gigabit-RL 1.0 und 2.0) und des Freistaates Thüringen.

Die TGG wird den geförderten Breitbandausbau im „Betreibermodell“ umsetzen, bei dem das gebaute Netz im Rahmen von Ausschreibungen an TKU verpachtet werden soll. Hierfür wird die TGG Pachtentgelte erhalten. Dieses Modell bedarf zukünftig einer rollierenden Zwischenfinanzierung. Zu diesem Zweck muss sich die Gesellschaft entsprechende Kredite am Kapitalmarkt beschaffen.

Für die TGG existieren derzeit und für die folgenden Geschäftsjahre Chancen und Risiken, welche sowohl die Geschäftsaktivitäten als auch die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TGG beeinflussen können. Dem begegnet die TGG mit der geplanten Einführung eines Chancen- und Risikomanagementsystems, das identifizierte Chancen und Risiken dokumentiert, bewertet und behandelt. Dies beinhaltet ein Monitoring, das

regelmäßig Rahmenbedingungen, Eintrittswahrscheinlichkeiten und Maßnahmen mit dem Ziel überwachen soll, unternehmerische Chancen und Gefahren frühzeitig zu erkennen und diesen entgegen zu steuern. Die angewandten Methoden und Instrumente des Chancen- und Risikomanagementsystems sollen durch die Gesellschaft kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden.

Für die TGG existieren derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken, weder durch Einzel- noch durch aggregierte Positionen. Diese werden auch nicht für das folgende Geschäftsjahr erwartet. Die Risikotragfähigkeit der TGG ist gegeben. Dennoch unterliegt die Gesellschaft gewissen Unsicherheiten, die ihre Geschäftsaktivitäten beeinflussen können. Durch den Einsatz geeigneter Kontroll- und Überwachungssysteme sowie entsprechender Sicherungsmaßnahmen werden diese Risiken weitestgehend begrenzt. Neben den Risiken können sich unterschiedliche Sachverhalte dabei auch positiv auf die Geschäftstätigkeiten auswirken. Die frühzeitige Identifizierung, Überwachung und Steuerung dieser Chancen erfolgt ebenfalls im Rahmen des Chancen- und Risikomanagements. Auf Grundlage der internen Chancen- bzw. Risikoerkennung und -bewertung haben die folgenden Sachverhalte eine wesentliche Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Bis zum Ende des Berichtszeitraums hat sich bereits ein wesentlicher Teil der Thüringer Kommunen für den Breitbandausbau mit der TGG entschieden. Dennoch besteht das geringe Risiko, dass die zum Erreichen der Ausbauziele notwendigen, flächendeckenden, technisch sinnvollen Cluster nicht erreicht werden. Ursächlich hierfür sind fehlende Beschlüsse einzelner Kommunen. Die TGG beabsichtigt, gemäß dem Gründungskonzept der Gesellschaft, die Bau- und Planungsleistungen für die einzelnen Projektgebiete nicht getrennt auszuschreiben, sondern für die Leistungserfüllung entsprechende Generalübernehmer zu gewinnen. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Knappheit von Ressourcen bzw. Dienstleisterkapazitäten besteht in Verbindung

mit den hohen Investitionen anderer Marktteilnehmer das Risiko, keine Auftragnehmer bzw. keine Auftragnehmer mit der gewünschten Leistungsfähigkeit vertraglich binden zu können. In der Folge würde dies zu längeren Realisierungszeiträumen der Glasfaserprojekte führen. Bauverzögerungen führen zu Einnahmeverzögerungen, da die Pachteinnahmen der TGG während der Bauphase und der Zweckbindungsfrist vollständig gegen die Infrastrukturförderung verrechnet werden.

In allen im Berichtszeitraum durchgeführten MEV war die Qualität der Ausbau- bzw. Bestandsmeldungen anderer Marktteilnehmer bzw. TKU fehlerbehaftet. Obwohl aktuelle Informationen der Kommunen oder „Breitbandpaten“ bestätigten, dass in den entsprechenden Projektgebieten bereits Glasfaserinfrastruktur ausgebaut wurde bzw. sich aktuell noch im Ausbau befindet, erfolgten teilweise keinerlei Meldungen. Die Teilnahme anderer Marktteilnehmer an MEV ist Voraussetzung für korrekte Förderumfänge in den Projektgebieten. Sofern TKU eigenwirtschaftliche Ausbau- bzw. Aufrüstungspläne oder Bestand in dem entsprechenden Projektgebiet haben und diese nicht melden, entsteht für die TGG ein Planungsrisiko. Das Planungsrisiko wird verschärft, da TKU auch ohne Meldung in einem MEV jederzeit eigenwirtschaftlich ausbauen können. Hierdurch besteht grundsätzlich das Risiko, dass eigenwirtschaftlich ein Ort erschlossen wird, für welchen die TGG bereits einen Auftrag an eine Baufirma vergeben hat. Um das Folgerisiko von kompromittierten Vergabeverfahren zu reduzieren, berücksichtigt die TGG in den Ausschreibungen die Möglichkeit einer Reduzierung des Auftragsvolumens. Da gesamtwirtschaftlich ein geförderter Überbau nicht gewünscht ist, geht die TGG davon aus, dass die Projektverläufe beim Risikoeintritt mit dem Projektträger geklärt werden können. Werden dagegen nicht korrekte Bestände oder Ausbauabsichten gemeldet, könnte es zu einer lückenhaften Versorgung des Projektgebietes kommen, da die TGG planmäßig keine verbindlich gemeldeten Adressen mit Ausbauabsichten oder HFC- bzw. Glasfaserbestand ausbaut. Um die genannten Risiken zu reduzieren, besteht ein enger

Austausch mit allen TKU, von welchen bekannt ist, dass diese Ausbauabsichten oder Bestand gemeldet haben. Eine vollständige Risikoauflösung kann hierdurch jedoch nicht erzielt werden. Hierzu würde es einer Änderung der entsprechenden Regelungen zum Überbau im Telekommunikationsgesetz bedürfen.

Im Berichtszeitraum wurde mit der Gigabit-RL 2.0 der neue Förderaufruf im „graue Flecken“-Programm gestartet. Da der eigenwirtschaftliche Ausbau anderer TKU deutlich geringer ausfiel, als ursprünglich prognostiziert, ergab sich in Auswertung der 16 von der TGG durchgeführten MEV ein wesentlich höherer finanzieller Ausbaubedarf, als ursprünglich angenommen. Im Ergebnis konnten von den 16 beantragten Projektgebieten seitens des Bundes aufgrund der Landesobergrenze für das Land Thüringen nur 13 bewilligt werden. Derzeit geht die TGG jedoch davon aus, dass die nicht bewilligten Projektgebiete im Förderaufruf 2024 beantragt werden können. Falls dies nicht möglich sein sollte, müssten die Projektgebiete zu einem späteren Zeitpunkt ggf. neu gestartet werden. Obwohl die Teilnahme der TKU an Markterkundungsverfahren zum Schutz ihrer Investitionen erforderlich ist, nahmen nicht alle TKU teil. Im Anschluss an die MEV der TGG haben verschiedene TKU in mehreren der 16 Projektgebiete unverbindlich weitere Ausbauabsichten angekündigt. Dies führt zu einer Verschiebung der MEV-Ergebnisse der TGG im Hinblick auf die förderfähigen Adressen. Insofern die TKU ihre Ausbauabsichten verbindlich melden, wird die TGG im Ergebnis entsprechende Änderungsanträge bei den Fördermittelgebern stellen müssen, was einen negativen Einfluss auf die Projektzeitpläne der betroffenen Projektgebiete haben kann.

Erhebliche Unsicherheiten ergeben sich im Hinblick auf die im Detail noch unbekannt, aber angekündigten Anpassungen des neuen Förderaufrufs 2024 infolge der Evaluierung der Gigabit-RL 2.0. Aktuell sind keine verbindlichen Informationen zum geplanten Förderaufruf für das Jahr 2024 verfügbar. Für das mittel- bzw. langfristige Ziel der TGG, Thüringen innerhalb der nächsten zehn Jahre flächendeckend mit einer

leistungsfähigen Glasfaserinfrastruktur auszubauen, stellt die zeitliche Befristung der Gigabit-RL 2.0 bis zum 31. Dezember 2025 ein Risiko dar. Der Befristungsgrund der Richtlinie liegt in der Befristung der aktuellen Beihilfengenehmigung der Europäischen Kommission zum selben Datum. Anlehnend an die Gigabit-Richtlinie 2.0 des Bundes wird das Land Thüringen seine Breitbandrichtlinie aktualisieren. Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG) bestätigte dem Projektträger des Bundes im September 2023, dass es beabsichtige, die nach der Gigabit-Richtlinie 2.0 der TGG bewilligten Bundesfördermittel entsprechend der gelebten Praxis ergänzend bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen und sonstigen Voraussetzungen zu finanzieren. Zum Ende des Berichtszeitraums liegt die Landesrichtlinie noch nicht vor; inwieweit die neue Richtlinie Auswirkungen auf die TGG haben wird, kann nicht eingeschätzt werden.

Grundsätzlich ergeben sich beim geförderten Glasfaserausbau auch aus der Co-Finanzierung des Landes einschlägige Finanzierungs- bzw. Liquiditätsrisiken. Diese führen zu derzeit nicht exakt prognostizierbaren Auswirkungen auf die in 2024 abzuschließenden Fremdfinanzierungsvereinbarungen. In den Förderbescheiden des Bundes in vorläufiger Höhe wird ein Baubeginn innerhalb von 18 Monaten nach Bekanntgabe des Bescheides gefordert. Falls die zur Projektrealisierung notwendige Co-Finanzierung des Landes zu einem deutlich späteren Auszahlungszeitraum stattfände, entstünde in diesen Fällen ein signifikanter Zwischenfinanzierungsbedarf, dessen Kosten nicht förderfähig sind. Die Fristsetzung für den Baubeginn innerhalb von 18 Monaten nach Bekanntgabe des Bundesbescheides stellt für die TGG neben dem finanziellen auch ein strategisches Risiko dar. Die fehlerbehafteten bzw. verspäteten TKU-Meldungen im Rahmen der MEV bedürfen zwingend einer Qualitätssicherung; diese kann jedoch aufgrund der Kürze der Frist nicht im notwendigen Umfang erfolgen. In der Konsequenz können Überbaurisiken oder das Entstehen von Versorgungslücken nicht auf ein Minimum reduziert werden.

Angesichts der weiterhin steigenden Bau- und Dienstleisterpreise besteht zudem das grundlegende Risiko einer Fördermittelgewährung in unzureichender Höhe. Indem TKU ihre gemeldeten Ausbauabsichten revidieren, werden in der Konsequenz zudem mehr Fördermittel (für eine entsprechend größere Anzahl an förderfähigen Adressen) benötigt als geplant, wodurch sich das Risiko noch einmal verschärft. Dies könnte zu einer deutlichen Verlangsamung des geförderten Glasfaserausbaus führen. Obwohl für die Projektgebiete im Landkreis Schmalkalden-Meiningen ein Netzbetreiber im Rahmen eines transparenten und diskriminierungsfreien Auswahlverfahrens gewonnen werden konnte, besteht für alle folgenden Projekte das elementare Risiko der Nichtgewinnung eines Netzbetreibers. Die erfolgreiche Vergabe an einen Netzbetreiber ist die notwendige Voraussetzung für den geförderten Ausbau. In der Bundesförderung sind die Betriebskosten der TGG, inkl. der Betriebskosten des zu errichtenden, passiven Netzes, nicht förderfähig. Für die Beratung der Kommunen wurde durch das Land Thüringen zwar eine entsprechende Förderung bereitgestellt, diese muss jedoch durch einen Eigenanteil i. H. v. 20 Prozent ergänzt werden. Da die TGG den Eigenanteil bisher nicht selbst kompensieren konnte, ergaben sich entsprechende Ergebnis- und Eigenkapitalbelastungen. Sollte die Landesförderung in den kommenden Geschäftsjahren ausbleiben, wäre die Geschäftstätigkeit der TGG, zumindest mittelfristig, nicht gesichert.

Der Bund beabsichtigt, die Gigabitförderung im Frühjahr 2024, nach einer Evaluierung, mit einem neuen Förderaufruf fortzuführen. Zum Ende des aktuellen Berichtszeitraumes hat die TGG bereits neue Projektgebiete hierfür vorbereitet. Im Hinblick auf die laufenden Förderprojekte ist u. a. geplant, die Generalübernehmerausschreibung für den Landkreis Schmalkalden-Meiningen in 2024 abzuschließen. Für das kommende Geschäftsjahr wird hier auch der Baubeginn angestrebt. Für die Cluster in Ostthüringen sollen in 2024 die Netzbetreiberausschreibungen abgeschlossen werden, so dass auch für diese Gebiete die Generalübernehmerausschreibung noch im

kommenden Berichtszeitraum initiiert werden kann. Die Ausschreibungen für alle weiteren Cluster sollen sukzessive im Jahr 2024 erfolgen.

Auch in den folgenden Jahren soll der Großteil der Betriebskosten der Gesellschaft durch Fördermittel bestritten werden. Für das Geschäftsjahr 2024 geht die TGG von einer zeitnahen Bewilligung durch das TMWWDG aus. Die verbleibende Differenz wird die Gesellschaft in den nächsten Jahren noch nicht vollständig aus eigener Kraft kompensieren können. Langfristig sollen die Anlaufverluste mit den Einnahmen aus den Pachterlösen gedeckt werden.

Ausgehend von der Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2023 und unter Berücksichtigung der oben prognostizierten Marktentwicklung sowie der gesetzlichen Rahmenbedingungen erwartet die TGG für das Geschäftsjahr 2024 ein EBITDA zwischen -150 TEUR und -50 TEUR. Daraus abgeleitet erwartet die Gesellschaft ein EBT bzw. einen Jahresfehlbetrag zwischen -500 und -400

TEUR. Für das Geschäftsjahr 2024 hat die TGG Investitionen i. H. v. bis zu 27,4 Mio. EUR vorgesehen. Die tatsächliche Investitionshöhe ist stark abhängig von der erfolgreichen Durchführung der geplanten Vergabeverfahren und den damit verbundenen Baufortschritten in den einzelnen Fördergebieten. Die benötigte Eigenkapitalerhöhung zur Absicherung der Bundesfördermittel und des Eigenanteils der Betriebskosten soll im Geschäftsjahr 2024 durch weitere Eigenkapitalzuführungen der Gesellschafter erfolgen. Die benötigten Zwischenfinanzierungen im Rahmen der Baumaßnahmen sollen über Kontokorrentkreditlinien erfolgen.

In welchem Umfang es zu Abweichungen von der Planung kommen wird, hängt stark von der weiteren Entwicklung der Förderbedingungen sowie der allgemeinen Digitalisierungs- und Wettbewerbsdynamik ab. Planerische Unsicherheiten ergeben sich insbesondere auch durch die anhaltende Preisdynamik an den Beschaffungs- und Dienstleistungsmärkten.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Geschäftsjahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	34	0,8 %	43	0,9 %	41	3,9 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	9	0,2 %	15	0,3 %	11	1,1 %
Sachanlagen	25	0,6 %	28	0,6 %	30	2,9 %
Umlaufvermögen	4.384	99,2 %	4.946	99,1 %	995	95,8 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	972	22,0 %	1.241	24,9 %	20	1,9 %
liquide Mittel	3.412	77,2 %	3.705	74,3 %	975	93,9 %
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0 %	0	0,0 %	2	0,2 %
Bilanzsumme	4.418	100,0 %	4.989	100,0 %	1.038	100,0 %

Passiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	4.271	96,7 %	4.769	95,6 %	975	93,9 %
Gezeichnetes Kapital	1.000	22,6 %	1.000	20,0 %	1.000	96,3 %
Kapitalrücklage	4.000	90,5 %	4.000	80,2 %	0	0,0 %
Verlust-/Gewinnvortrag	-231	-5,2 %	-25	-0,5 %	0	0,0 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-498	-11,3 %	-206	-4,1 %	-25	-2,4 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	23	0,5 %	34	0,7 %	33	3,1 %
Rückstellungen	114	2,6 %	90	1,8 %	17	1,6 %
Verbindlichkeiten	10	0,2 %	96	1,9 %	14	1,3 %
Bilanzsumme	4.418	100,0 %	4.989	100,0 %	1.038	100,0 %

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft wird im Folgenden vergangenheitsorientiert anhand einer Kapitalflussrechnung auf der Basis der vergangenen drei Jahre dargestellt.

Kapitalflussrechnung	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Finanzmittelfonds zum 01.01.	3.705	975	0
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-278	-266	-16
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-16	-16	-45
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	1	3.012	1.036
Finanzmittelfonds zum 31.12.	3.412	3.705	975

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sonstige betrieblichen Erträge	1.223	100,0 %	996	100,0 %	40	100,0 %
Gesamtleistung	1.223	100,0 %	996	100,0 %	40	100,0 %
Materialaufwand	8	0,7 %	4	0,4 %	0	0,0 %
Personalaufwand	950	77,7 %	722	72,5 %	0	0,0 %
Abschreibungen	25	2,0 %	14	1,4 %	4	10,3 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	751	61,4 %	462	46,4 %	60	151,6 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	1,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	1,0 %
Ergebnis nach Steuern	-498	-40,7 %	-206	-20,7 %	-25	-62,9 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-498	-40,7 %	-206	-20,7 %	-25	-62,9 %

Alten- und Pflegeheim Cumbach GmbH (bis 06.12.2023)

Am Plan 2
07407 Rudolstadt
Telefon: (0 36 72) 43 54 0

Gesellschafter	K & S – Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung SE & Co. KG, 51 % Stadt Rudolstadt, 49 %
Geschäftsführung	Johannes Baier Dr. Ulrich Krantz
Gesellschafterversammlung Dr. Ulrich Krantz Jörg Reichl	Beirat Gabriele Reichmann Heidrun Schönfeld Michael Stockheim
Gründungsdatum	05.07.1993
Gesellschaftsvertrag	07.02.2002
Handelsregister	Registergericht Jena, HRB 203658
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	260.000,00 EUR
Abschlussprüfer	NORDDEUTSCHE AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Umsatzerlöse	5.576 TEUR (2022) , 5.299 TEUR (2021)
Jahresüberschuss	338 TEUR (2022) , 363 TEUR (2021)
Bilanzsumme	9.166 TEUR (2022) , 9.333 TEUR (2021)
Mitarbeiter	3 (2022) , 3 (2021)

Verkauf der Minderheitsbeteiligung an der Alten- und Pflegeheim Cumbach GmbH

Keine Fortschreibung in vorliegendem Bericht erfährt die Alten- und Pflegeheim Cumbach GmbH. Der Stadtrat der Stadt Rudolstadt beschloss im November 2023 den Verkauf der städtischen Anteile an die Mehrheitsgesellschafterin K & S – Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung SE & Co. KG aus Sottrum.

Die historisch gewachsene Aufgabe zur Beteiligung an einem Alten- und Pflegeheim wurde - mit der schrittweisen Reduzierung eines städtebaulichen Missstandes sowie einer fachlich und organisatorisch hervorragend aufgestellten Einrichtung - nach über 30 Jahren für die Stadt Rudolstadt beendet und die Verantwortung nun vollständig in fachlich geeignete Hände übergeben.



Professor-Hermann-Klare-Str. 6
07407 Rudolstadt
Telefon: (0 36 72) 308 0
www.igz-rudolstadt.de

IGZ – Innovations- und Gründerzentrum GmbH Rudolstadt

Gesellschafter	Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, 26,02 % Stadt Rudolstadt, 26,02 % IGZ – Innovations- und Gründer- zentrum GmbH Rudolstadt, 47,96 %
Geschäftsführung	Dagmar Schmidt, bis 31.12.2023 Matthias Fritsche, seit 01.01.2024
Gesellschafterversammlung	Marko Wolfram (Vorsitzender) Jörg Reichl
Gründungsdatum	30.06.1993
Gesellschaftsvertrag	07.10.2021
Handelsregister	Registergericht Jena, HRB 203855
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	538.000,00 EUR
Beteiligungen	keine
Abschlussprüfer	Göbel & Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Umsatzerlöse	426 TEUR (2023), 361 TEUR (2022)
Jahresüberschuss	19 TEUR (2023), 6 TEUR (2022)
Bilanzsumme	2.049 TEUR (2023), 2.081 TEUR (2022)
Mitarbeiter	3 (2023), 3 (2022)
Auslastung	83,7 % (2023), 81,7 % (2022)

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Innovations- und Gründerzentrums in Rudolstadt.

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist nicht gewinnorientiert. Ein Anspruch der Gesellschafter auf Ausschüttung der Jahresüberschüsse ist ausgeschlossen. Vorrangig sind Überschüsse zur Verbesserung der wirtschaftsfördernden Wirkung des IGZ zu verwenden.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

Die Auslastung als eine wirtschaftliche Leistungskennziffer des IGZ betrug jahresdurchschnittlich 83,67 % und schwankte unterjährig zwischen 82,00 % und 86,00 %. Angesichts der wegen der Nachwirkungen der Corona-Krise, des Ukraine-Kriegs, der daraus resultierenden Energie-Krise sowie der prekären Situation in Bezug auf die Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften durch aus angespannten wirtschaftlichen Lage, ist dies für das IGZ eine überdurchschnittlich gute wirtschaftliche Lage.

Zahlungsausfälle gab es im Geschäftsjahr trotz mitunter angespannter wirtschaftlicher Lage bei den Mietern nicht. Insgesamt standen im Jahr 2023 den sechs Einzügen fünf Auszüge und sieben Veränderungen innerhalb der Mietergemeinschaft gegenüber.

Bei den Einzügen handelt es sich um Unternehmen der Medizintechnik, Consulting im Bereich der Prozessoptimierung für KMU, Steuer- und Finanzwesen, Forschung und Entwicklung im Kunststoffbereich sowie der Gesundheitswirtschaft. Bei den Auszügen handelt es sich um Unternehmen im IT-Bereich, Personaldienstleistungen, Produktion von Verpackungen und Personal-Coaching. Davon wurde nur eine Geschäftstätigkeit aus Altersgründen aufgegeben. Alle anderen Unternehmen, die ausgezogen sind, haben sich aus unterschiedlichen Gründen an einen anderen

Standort verlagert, was letztlich auch bedeutet, dass das IGZ seinen Zweck erfüllt und junge Unternehmen nach einer gewissen Zeit in anderen Immobilien die Region bereichern.

Im Dezember 2023 waren neben der IGZ GmbH 20 Unternehmen sowie das Schülerforschungszentrum im IGZ tätig, hiervon 13 technologieorientierte Unternehmen i.S. der Definition des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft, die 88 % der vermieteten Flächen nutzten.

Wesentlichstes Kennzeichen der wirtschaftsfördernden Wirkung eines IGZ ist neben der betriebswirtschaftlich relevanten Auslastung die wirtschaftliche Situation und Entwicklung der hier betreuten Unternehmen. Diese war über das Jahr 2023 durchweg stabil und überwiegend positiv. Die Auszüge der Unternehmen in andere Quartiere und Räumlichkeiten belegen zudem die wirtschaftsfördernde Funktion und Wirkung des IGZ.

Am Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres waren einschließlich der Geschäftsführerin drei Arbeitnehmer beschäftigt. Mit dieser Personalausstattung liegt das IGZ im Vergleich mit ähnlichen Zentren im Mittel.

Zur wesentlichen Steuerungsgröße der Gesellschaft gehören die Umsatzerlöse. Das im Geschäftsjahr 2023 bei einem Gesamtumsatz in Höhe von 426 TEUR (Vorjahr 361 TEUR) erreichte Jahresergebnis von 19 TEUR liegt über dem des Vorjahres (6 TEUR).

Die Umsatzerlöse konnten nahezu in allen relevanten Bereichen gesteigert werden, sowohl im Bereich der Kaltmieten auf 239 TEUR (Vorjahr: 222 TEUR), als auch bei den Servicepauschalen auf 32 TEUR (Vorjahr 30 TEUR), der Vermietung von Tagungsräumlichkeiten auf 16 TEUR (Vorjahr: 11 TEUR) und den InKontakt-Messen auf 27 TEUR (Vorjahr: 20 TEUR). Die Steigerung der Betriebskostenvorauszahlungen im Erlösbereich auf 100 TEUR (Vorjahr: 61 TEUR) ist logische Folge der Kalkulation, die den gestiegenen

Energiepreisen für Strom und Gas entsprechend Rechnung trägt.

Die geringfügige Verringerung der Bilanzsumme von 2.081 TEUR (2022) auf 2.049 TEUR resultiert im Wesentlichen aus dem Abschreibungsverlauf.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft liegt bei 52,3 % (Vj. 50%). Investitionen im Geschäftsjahr 2023 wurden in Höhe von 38 TEUR getätigt,

wobei der größte Anteil (23 TEUR) auf die Anschaffung neuer Konferenzmöbel (Tische und Stühle) entfällt. Der Rest wurde für neuen Fußbodenbelag im Raum 65, die Installation neuer LED-Leuchten im Innenbereich und die Vorbereitung der Videoüberwachung benötigt. Die Installation der Videoüberwachung selbst muss aufgrund der Verfügbarkeit des Materials im Jahr 2024 vorgenommen werden. Die Gesellschaft war über das gesamte Jahr zahlungsfähig.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.635	79,8 %	1.692	81,3 %	1.778	74,2 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	0,3 %	8	0,4 %	26	1,1 %
Sachanlagen	1.579	77,1 %	1.634	78,5 %	1.701	71,0 %
Finanzanlagen	50	2,4 %	50	2,4 %	50	2,1 %
Umlaufvermögen	404	19,7 %	381	18,3 %	614	25,6 %
Vorräte	0	0,0 %	8	0,4 %	8	0,3 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23	1,1 %	16	0,8 %	12	0,5 %
liquide Mittel	382	18,6 %	357	17,1 %	594	24,8 %
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0,5 %	8	0,4 %	6	0,3 %
Bilanzsumme	2.049	100,0 %	2.081	100,0 %	2.397	100,0 %

Passiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.053	51,4 %	1.034	49,7 %	1.286	53,7 %
Gezeichnetes Kapital	280	13,7 %	280	13,5 %	538	22,4 %
Kapitalrücklage	984	48,0 %	984	47,3 %	984	41,1 %
Bilanzverlust	-211	-10,3 %	-230	-11,1 %	-236	-9,8 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	948	46,3 %	1.006	48,3 %	1.064	44,4 %
Rückstellungen	33	1,6 %	11	0,5 %	19	0,8 %
Verbindlichkeiten	15	0,7 %	28	1,4 %	28	1,2 %
Verbindlichkeiten aus LuL	10	0,5 %	14	0,7 %	22	0,9 %
Sonstige Verbindlichkeiten	5	0,3 %	15	0,7 %	5	0,2 %
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0 %	1	0,1 %	0	0,0 %
Bilanzsumme	2.049	100,0 %	2.081	100,0 %	2.397	100,0 %

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft wird im Folgenden vergangenheitsorientiert anhand einer Kapitalflussrechnung auf der Basis der vergangenen drei Jahre dargestellt.

Kapitalflussrechnung	2023 T€	2022 T€	2021 T€
Finanzmittelfonds zum 01.01.	357	594	569
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	74	57	72
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-49	-36	-47
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	-258	0
Finanzmittelfonds zum 31.12.	382	357	594

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	426	78,8 %	361	81,7 %	336	80,5 %
Sonstige betrieblichen Erträge	114	21,2 %	81	18,3 %	81	19,5 %
Gesamtleistung	540	100,0 %	442	100,0 %	417	100,0 %
Personalaufwand	180	33,3 %	169	38,3 %	164	39,3 %
Abschreibungen	108	20,1 %	121	27,4 %	115	27,5 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	228	42,2 %	139	31,6 %	120	28,9 %
Erträge aus Wertpapieren/Ausleihungen	1	0,1 %	0	0,1 %	0	0,1 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0,2 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Zinsen und Aufwendungen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Ergebnis nach Steuern	26	4,8 %	12	2,8 %	18	4,4 %
Sonstige Steuern	7	1,2 %	7	1,5 %	7	1,6 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	19	3,6 %	6	1,3 %	12	2,8 %

Kapitalentnahme/Zuschuss/Ausschüttung

Die folgende Tabelle zeigt die Kapitalentnahmen sowie die Zuschüsse durch die Gesellschafter in den vergangenen drei Jahren. Ausschüttungen der Jahresüberschüsse sind ausgeschlossen. Vorrangig sind Überschüsse zur Verbesserung der wirtschaftsfördernden Wirkung des IGZ zu verwenden.

Geschäftsjahr	Kapitalentnahme T€	Zuschuss T€	Ausschüttung T€
2023	0	0	0
2022	0	0	0
2021	0	0	0



Ekhofplatz 2a
99867 Gotha
Telefon: (0 36 21) 45 08 0
www.kiv-thueringen.de

KIV Kommunale Informations- verarbeitung Thüringen GmbH

Gesellschafter	ekom21-KGRZ Hessen KöR, 45,15 % Gemeinde- und Städtebund Thüringen, 45,16 % Freistaat Thüringen, 9,08 % Kommunen, Zweckverbände, Landesmedienanstalt Thüringen, 0,61 % (Stadt Rudolstadt: 0,004 %)
Geschäftsführung	Thomas Gmilkowsky, seit 01.01.2023 Andreas Heiroth, seit 01.01.2023
Aufsichtsrat	Michael Brychcy (Vorsitzender) Dr. Johannes Bruns Horst Burghardt Matthias Drexelius, ab 02.07.2023 Fabian Giesder Peggy Greiser Hartmut Linnekugel Dr. Philipp Rottwilm Dr. Hartmut Schubert Dirk Schütze
Gründungsdatum	04.03.1993
Gesellschaftsvertrag	27.05.2020
Handelsregister	Registergericht Jena, HRB 106362
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	25.800,00 EUR
Beteiligungen	keine
Abschlussprüfer	Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Umsatzerlöse	12.108 TEUR (2023) , 10.299 TEUR (2022)
Jahresüberschuss	614 TEUR (2023) , 420 TEUR (2022)
Bilanzsumme	3.827 TEUR (2023) , 3.721 TEUR (2022)
Mitarbeiter	48 (2023) , 48 (2022)
Aufsichtsratsvergütung	3,2 TEUR (2023) , 4,8 TEUR (2022)

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung, Wartung, Beschaffung, Bereitstellung, Betreuung und betriebliche Abwicklung technikerunterstützter Informationsverarbeitung einschließlich der Erbringung aller damit im Zusammenhang stehender Beratungs- und Schulungsleistungen.

Sie unterstützt insbesondere die Gesellschafter darin, ihre Verpflichtungen und Aufgaben aus dem Onlinezugangsgesetz des Bundes sowie dem Thüringer E-Government-Gesetz zu erfüllen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

(Auszug aus dem Lagebericht)

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Der Umsatz von 12.108 TEUR im Geschäftsjahr 2023 ist gegenüber dem Vorjahr um 1.809 TEUR angestiegen. Den größten Anteil der Umsatzsteigerung hatten die Hardwareverkäufe über den technischen Vertrieb und Web-Shop. Darüber hinaus konnten neue Kundengruppen bei den Gesellschaftern erschlossen werden.

Weiterhin kauften die Thüringer Schulträger aus diversen Landratsämtern ihren IT-Bedarf über die KIV ein. Außerdem sind auch die Weiterführung der Projekte zur Digitalisierung (ISMS, e-Rechnung, Digitale Agenda) und die Neukundengewinnung im Bereich Finanzwesen und Meldewesen zu nennen.

In den Umsatzerlösen des Geschäftsjahres 2023 sind außerdem periodenfremde Erträge in Höhe von 715 TEUR enthalten. Diese resultieren aus der Nachfakturierung erbrachter Dienstleistungen.

Wettbewerbssituation

Durch die Gebietsreform in Thüringen reduzierte sich zwangsläufig die Anzahl der Kunden. Damit verschärft sich die Konkurrenzsituation auf dem Kommunalmarkt drastisch. Hier hat sich die KIV

als Komplettanbieter deutlich bewährt. Durch den Beitritt des Freistaates Thüringen und die Möglichkeit für die Kommunen, der KIV ebenfalls beizutreten, wird die KIV aufgewertet, da die Kommunen einfachere Möglichkeiten zum Bezug von Hard- und Software sowie von Dienstleistungen haben.

Marketing und Vertrieb

Die gemeindliche Gebietsreform bleibt ein ständiger Begleiter, dadurch setzen die neuen Verwaltungen zunehmend ihren Fokus auf die Vereinheitlichung von Produkten bzw. Verfahren. So sind einige Neukundenumstellungen erfolgt, vor allem im Bereich Einwohnermeldewesen, Finanzwesen und GIS/Liegenschaften.

Durch die Neuauflage der E-Government- und OZG-Förderprojekte durch den Freistaat Thüringen in 2024 und 2025 kann mit einem Ausbau der KIV-Marktbeteiligung gerechnet werden.

Die Einführung von E-Government und OZG-Projekten wurde fortgeführt. Der Freistaat Thüringen setzt die Fördermaßnahmen fort, sodass auch in 2024 und 2025 mit Umstellprojekten vor allem im Finanzwesen gerechnet wird. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf ist hier erheblich.

Im 2023 wurden die größten Umsatzerfolge (ca. 35 %) durch den technischen Vertrieb im Bereich der Schulverwaltungen erzielt, welche durch den DigitalPakt Schule befeuert wurde. Der Rekordgewinn resultiert überwiegend aus diesem Bereich.

Die Neukundengewinnung resultierte fast ausschließlich aus der Ablösung von Mitbewerberprodukten und der Übernahme der Betreuung von Kunden, die bisher vom jeweiligen Vertriebspartner betreut wurden. Es konnten weitere Kunden für die Nutzung des Rechenzentrums der KIV gewonnen werden.

Investitionen

Für die Sicherstellung des Betriebs des KIV-Rechenzentrums wurden einzelne Servertechnologien

erweitert und auf beide Standorte verteilt. Damit ist das System ausfallsicher und dynamisch erweiterbar.

Kapital- und Finanzmaßnahmen

Wesentliche Kapital- und Finanzierungsmaßnahmen sind in 2023 nicht erfolgt.

Personal

Aufgrund der erheblich gestiegenen Aufgaben war es erforderlich, den damit verbundenen erhöhten Personalbedarf kurzfristig zu decken.

Insgesamt muss man feststellen, dass die KIV zur Absicherung ihrer Leistungsfähigkeit weiteren Personalbedarf hat, der in den nächsten Jahren zu weiteren Einstellungen führen wird. In allen Bereichen sind die personellen Kapazitäten ständig ausgelastet. Die Arbeitsaufgaben in allen Bereichen sind sehr anspruchsvoll, es kommen

ständig neue Aufgaben dazu, da die gesetzlichen Ansprüche an die Kommunen permanent steigen. Damit verbunden werden auch die Anforderungen der Kommunen an die KIV immer höher.

Grundsätzlich werden Einstellungen nur mit entsprechender Bedarfsermittlung und Gegenfinanzierung vorgenommen.

Die Bindung des vorhandenen Personals entwickelt sich deshalb zu einer permanenten Aufgabe, um die gewohnt hohe Qualität der Arbeitsleistung für die Kommunen zu gewährleisten.

Gleichzeitig wurden gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen die Aufgaben zur Realisierung des Onlinezugangsgesetzes begonnen, so dass hier weiterer erheblicher Personalbedarf entsteht, der kurzfristig gedeckt werden muss.

Inzwischen hat die KIV knapp 50 Mitarbeiter.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	384	10,0 %	218	5,9 %	402	11,0 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0,1 %	7	0,2 %	15	0,4 %
Sachanlagen	124	3,2 %	205	5,5 %	281	7,7 %
Finanzanlagen	256	6,7 %	6	0,2 %	106	2,9 %
Umlaufvermögen	3.426	89,5 %	3.488	93,7 %	3.207	87,5 %
Vorräte	0	0,0 %	2	0,1 %	270	7,4 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	826	21,6 %	1.243	33,4 %	652	17,8 %
Wertpapiere	0	0,0 %	2	0,1 %	0	0,0 %
liquide Mittel	2.600	67,9 %	2.241	60,2 %	2.286	62,4 %
Rechnungsabgrenzungsposten	18	0,5 %	16	0,4 %	56	1,5 %
Bilanzsumme	3.827	100,0 %	3.721	100,0 %	3.665	100,0 %

Passiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.377	62,1 %	1.973	53,0 %	1.793	48,9 %
Gezeichnetes Kapital	26	0,7 %	26	0,7 %	26	0,7 %
Gewinnrücklagen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Gewinnvortrag	1.738	45,4 %	1.528	41,0 %	1.287	35,1 %
Jahresüberschuss	614	16,0 %	420	11,3 %	479	13,1 %
Rückstellungen	668	17,5 %	522	14,0 %	722	19,7 %
Verbindlichkeiten	782	20,4 %	1.226	33,0 %	1.150	31,4 %
Bilanzsumme	3.827	100,0 %	3.721	100,0 %	3.665	100,0 %

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	12.108	99,5 %	10.299	99,4 %	7.936	98,6 %
Sonstige betrieblichen Erträge	56	0,5 %	61	0,6 %	110	1,4 %
Gesamtleistung	12.164	100,0 %	10.360	100,0 %	8.046	100,0 %
Aufwendungen für bezogene LuL	7.231	59,4 %	6.283	60,6 %	4.269	53,1 %
Personalaufwand	3.188	26,2 %	2.735	26,4 %	2.454	30,5 %
Abschreibungen	107	0,9 %	124	1,2 %	118	1,5 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	765	6,3 %	616	5,9 %	520	6,5 %
Erträge aus Wertpapieren/Ausleihungen	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,0 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Abschreibungen auf Finanzanlagen/Wertpapiere	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Zinsen und Aufwendungen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Steuern vom Einkommen und Ertrag	257	2,1 %	180	1,7 %	204	2,5 %
Ergebnis nach Steuern	616	5,1 %	423	4,1 %	482	6,0 %
Sonstige Steuern	2	0,0 %	3	0,0 %	3	0,0 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	614	5,0 %	420	4,1 %	479	6,0 %

Kapitalentnahme/Zuschuss/Ausschüttung

Die folgende Tabelle zeigt die Ausschüttungen an die Gesellschafter der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH aus dem vergangenen Geschäftsjahr. Die Ausschüttung an die Stadt Rudolstadt erfolgt anteilig in Höhe der Beteiligung von 0,004 %.

Geschäftsjahr	Kapitalentnahme T€	Zuschuss T€	Ausschüttung T€
2023	0	0	307
2022	0	0	210
2021	0	0	240



Anger 1
07407 Rudolstadt
Telefon: (0 36 72) 450 0
www.theater-rudolstadt.de

Thüringer Landestheater Rudolstadt

Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH

Gesellschafter	Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt, 100 %
Intendant und Geschäftsführer Verwaltungsdirektor	Steffen Mensching, seit 01.08.2008 Mathias Moersch, seit 01.03.2010
Gesellschafterversammlung Marko Wolfram (Vorsitzender)	Aufsichtsrat Marko Wolfram (Vorsitzender) Dr. Steffen Kania Peter Lahann Carsten Pettig Jörg Reichl Petra Rottschalk
Gründungsdatum	20.08.2003
Gesellschaftsvertrag	20.08.2003
Handelsregister	Registergericht Jena, HRB 209848
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	30.750,00 EUR
Beteiligungen	keine
Abschlussprüfer	BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Umsatzerlöse	1.006 TEUR (2023) , 729 TEUR (2022)
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	347 TEUR (2023) , 297 TEUR (2022)
Bilanzsumme	5.695 TEUR (2023) , 4.081 TEUR (2022)
Mitarbeiter	187 (2023) , 172 (2022), inkl. Teilzeit-AV/gfg. Besch.
Aufsichtsratsvergütung	keine

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Theaters zur Wahrnehmung und Förderung der den Gesellschaftern obliegenden kulturellen Aufgaben. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- die Aufführung von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Sprech- und Tanztheater und
- die Darbietung von Musikstücken im Bereich der Konzertsinfonik.

Die Gesellschaft unterhält dazu ein Orchester und ein Sprechtheater. Das Orchester führt den Namen „Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt“. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die in unmittelbarem und wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Erreichung des Gesellschaftszweckes stehen. Dazu gehört auch die Aufnahme und Umsetzung von Kooperationsbeziehungen mit anderen Thüringer Theatern und Einrichtungen. Rudolstadt und Saalfeld sind Dienstorte für die Beschäftigten der Gesellschaft.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

Für die Gesellschaft gilt noch bis einschließlich 2024 die zwischen dem Freistaat und den wirtschaftlichen Trägern abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung. Für die zukünftige Finanzierungsperiode 2025 bis 2030 liegt die Finanzierungsvereinbarung aktuell vor. Mit der neuen Finanzierungsvereinbarung soll es möglich werden, dass die Mitarbeitenden der Gesellschaft tarifliches bzw. tarifvergleichbares Entgelt erhalten. Damit wird auch die lange Zeit der Haustarifverträge für die Gesellschaft beendet werden können.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Finanzierung der Gesellschaft wird auch in diesem Jahr maßgeblich durch die ab dem August 2017 für die Jahre 2017 bis 2024 geltende

Finanzierungsvereinbarung des Freistaates Thüringen gesichert. Die Thüringer Landesregierung hat im Jahr 2020 beschlossen, den Zuschuss für Theater und Orchester nochmals zu erhöhen. Daraus ergibt sich für die Gesellschaft ein deutlicher Finanzierungszugang von flüssigen Mitteln, da sich auch die wirtschaftlichen Träger an dieser Erhöhung maßgeblich beteiligen. Insgesamt schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 347 TEUR ab.

Ebenfalls trug die Inanspruchnahme der passivierten Zuschüsse zu dem positiven Ergebnis bei.

Im Geschäftsjahr 2023 konnte gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der Zuwendungen aus Fördermitteln um 241 TEUR ertragswirksam vereinbart werden. Die Erhöhung resultiert aus der zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt „Gemeinsamen Vereinbarung zur Finanzierung der Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH“ fixierten zweckgebundenen Zuwendung zur Finanzierung der laufenden Betriebsausgaben sowie der jährlichen Zuwendung im Rahmen der Festbetragsfinanzierung durch den Zweckverband.

Das operative Betriebsergebnis fiel mit 342 TEUR positiv aus. Das Jahresergebnis 2023 ist geprägt von periodenfremden nicht liquiditätswirksamen Effekten i. H. v. 7 TEUR. Diese wurden in das neutrale Ergebnis eingestellt und aus dem operativen Betriebsergebnis herausgerechnet. Das neutrale Ergebnis beinhaltet ertragsseitig Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (7 TEUR).

Insgesamt schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 347 TEUR ab.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 1.614 TEUR bzw. 39,5 % auf insgesamt 5.695 TEUR erhöht. Signifikant ist hierbei die Zunahme der kurzfristigen Forderungen um 873 TEUR. Der Anstieg resultiert aus der

Einstellung einer Forderung gegen den Freistaat Thüringen i. H. v. 1.059 TEUR aus noch nicht abgerufenen Fördermitteln für die die Baumaßnahme „Großes Haus“, für die im Jahr 2023 schon Aufwendungen angefallen sind, denen jedoch noch kein Mittelabruf gegenübersteht. Darüber hinaus ist auch die Zunahme der flüssigen Mittel um 811 TEUR durch die Zahlung von Mitteln i. H. v. 1.410 TEUR auf Grundlage des 6. Änderungsbescheids wesentlich für den Anstieg der Bilanzsumme.

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen von 686 TEUR beträgt insgesamt 12 % der Bilanzsumme. Es erhöhte sich um die getätigten Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Hierbei stehen den Investitionen von 86 TEUR planmäßige Abschreibungen von 156 TEUR gegenüber. Das kurzfristig gebundene Vermögen zum Bilanzstichtag beträgt 5.009 TEUR. Es deckt vollständig das kurzfristige Fremdkapital i. H. v. 3.231 TEUR.

Die Investitionen des Berichtsjahres wurden vollständig aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert. Der Finanzmittelfonds setzt sich im Geschäftsjahr 2023 aus einem Kassenbestand i. H. v. 11 TEUR sowie Guthaben bei Kreditinstituten i. H. v. 3.787 TEUR zusammen. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 durchgängig gesichert.

Personalentwicklung

Auch im Jahr 2023 gab es keine wesentlichen Veränderungen im Stellenplan. Vor dem Hintergrund des erheblichen Entgeltabstandes hat sich die Gesellschaft entschlossen, im Vorgriff auf die zu erwartende Entgeltanpassung eine pauschale Steigerung in den unteren Einkommensbereichen vorzunehmen. Außerdem wurde für alle Mitarbeitenden eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe von bis zu 3 TEUR vorgenommen und dies noch vor dem Wirksamwerden der künstlerischen Tarifverträge NV-Bühne und TVK.

Die Anzahl der Auszubildenden in theatertechnischen Berufen ist weiterhin signifikant rückläufig. Praktika für die verschiedenen Schul- und Ausbildungsformen (Hauptschule bis universitäres Studium) werden nach wie vor angeboten. Das Theater hat eine Personalvertretung in Form eines Betriebsrates. Zu den entsprechenden Entscheidungen wird der Betriebsrat einbezogen. Des Weiteren wirken die weisungsfreigestellte Sicherheitsfachkraft und der Systemadministrator bei der Wahrung der schutzwürdigen Interessen der Belegschaft mit.

Investitionen

Weiterer Schwerpunkt ist die Fortführung des Bauvorhabens am Großen Haus. Im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen „Sanierung der Hochwasserschäden und präventiver Hochwasserschutz im Thüringer Landestheater Rudolstadt“ wurden im Geschäftsjahr 2023 die Sanierungsmaßnahmen am Großen Haus weitergeführt.

Im Berichtsjahr fielen insgesamt Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung i. H. v. 2.725 TEUR an; hiervon betreffen 2.649 TEUR grundsätzlich förderfähige Baukosten für die Sanierung des Großen Hauses.

Der Freistaat Thüringen erhöhte mit dem 6. Änderungsbescheid vom 13. Dezember 2023 erneut die Zuwendung aufgrund von Mehrkosten, die durch die nachträgliche Änderung der geplanten Art der Wärmeerzeugung entstehen, um weitere 1.410 TEUR. Die Mittel i. H. v. 1.410 TEUR stehen unter dem Vorbehalt der Vorlage der zur Prüfung notwendigen Unterlagen. Der damit einhergehende Liquiditätszufluss wurde als Rückzahlungsverpflichtung in den sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert, da in 2023 noch keine Aufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Maßnahme "Einsatz regenerativer Energien" angefallen sind. Mit diesem Änderungsbescheid wurde ebenfalls festgelegt, dass die kommunalen Träger des Theaters und die Gesellschaft ihren Eigenanteil um 300 TEUR erhöhen.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	686	12,0 %	756	18,5 %	618	10,1 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0 %	3	0,1 %	5	0,1 %
Sachanlagen	686	12,0 %	753	18,5 %	613	10,1 %
Umlaufvermögen	4.974	87,3 %	3.296	80,8 %	5.444	89,4 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.176	20,6 %	309	7,6 %	563	9,3 %
liquide Mittel	3.799	66,7 %	2.988	73,2 %	4.880	80,1 %
Rechnungsabgrenzungsposten	35	0,6 %	29	0,7 %	28	0,5 %
Bilanzsumme	5.695	100,0 %	4.081	100,0 %	6.089	100,0 %

Passiva	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.363	41,5 %	2.016	49,4 %	1.719	28,2 %
Gezeichnetes Kapital	31	0,5 %	31	0,8 %	31	0,5 %
Kapitalrücklage	558	9,8 %	558	13,7 %	558	9,2 %
Gewinnrücklagen	1.427	25,1 %	1.131	27,7 %	850	14,0 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	347	6,1 %	297	7,3 %	281	4,6 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	100	1,8 %	130	3,2 %	161	2,6 %
Rückstellungen	266	4,7 %	281	6,9 %	742	12,2 %
Verbindlichkeiten	2.790	49,0 %	1.525	37,4 %	3.467	56,9 %
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	24	0,4 %	16	0,4 %	854	14,0 %
Verbindlichkeiten aus LuL	568	10,0 %	518	12,7 %	168	2,8 %
Sonstige Verbindlichkeiten	2.198	38,6 %	991	24,3 %	2.444	40,1 %
Rechnungsabgrenzungsposten	175	3,1 %	129	3,2 %	0	0,0 %
Bilanzsumme	5.695	100,0 %	4.081	100,0 %	6.089	100,0 %

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft wird im Folgenden vergangenheitsorientiert anhand einer Kapitalflussrechnung auf der Basis der vergangenen drei Jahre dargestellt.

Kapitalflussrechnung	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Finanzmittelfonds zum 01.01.	2.988	4.880	2.383
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	896	-1.559	2.685
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-86	-333	-188
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0
Finanzmittelfonds zum 31.12.	3.798	2.988	4.880

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2023		2022		2021	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	1.006	7,6 %	729	6,4 %	370	3,9 %
Zuwendungen aus Fördermitteln	9.245	70,0 %	9.004	79,5 %	8.873	93,0 %
Sonstige betrieblichen Erträge	2.948	22,3 %	1.587	14,0 %	293	3,1 %
Gesamtleistung	13.199	100,0 %	11.320	100,0 %	9.536	100,0 %
Spielbetriebsaufwand	509	3,9 %	425	3,8 %	299	3,1 %
Personalaufwand	8.477	64,2 %	7.711	68,1 %	5.965	62,6 %
Abschreibungen	156	1,2 %	195	1,7 %	266	2,8 %
Erträge Auflösung Sonderposten	31	0,2 %	31	0,3 %	100	1,0 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.735	28,3 %	2.719	24,0 %	2.814	29,5 %
Sonstige Zinsen und Erträge	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,0 %
Zinsen und Aufwendungen	2	0,0 %	0	0,0 %	10	0,1 %
Ergebnis nach Steuern	351	2,7 %	300	2,7 %	283	3,0 %
Sonstige Steuern	4	0,0 %	4	0,0 %	3	0,0 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	347	2,6 %	297	2,6 %	281	2,9 %

Kapitalentnahme/Zuschuss/Ausschüttung

Die folgende Tabelle zeigt die Gesamtzuschüsse durch den Gesellschafter Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt sowie durch den Freistaat Thüringen an die Gesellschaft in den vergangenen drei Jahren.

Geschäftsjahr	Kapitalentnahme T€	Zuschuss T€	Ausschüttung T€
2023	0	9.245	0
2022	0	9.004	0
2021	0	8.873	0

KOWUG Kommunale Wasser- und Umweltanalytik GmbH

Die KOWUG Kommunale Wasser- und Umweltanalytik GmbH ist mit 16,80 % eine unmittelbare Beteiligung des Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung für Städte und Gemeinden des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt.

Gegenstand des Unternehmens ist die analytische Untersuchung von Trinkwasser, Abwasser, Mineralwasser, Talsperren-, Grund-, Oberflächen-, Fließ-, Schwimm- und Badegewässern, Klärschlamm sowie die Altlastenerkundung von Böden und Deponien.

Gemäß § 75 a der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) hat jede Kommune jährlich einen Beteiligungsbericht über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie

unmittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Im Fall der mittelbaren Beteiligung der Gemeinde an solchen Unternehmen gilt das Gleiche, wenn die Beteiligung mehr als 25 v. H. beträgt oder die Bilanzsumme des Unternehmens 3.438 TEUR überschreitet.

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung lag noch kein festgestellter Jahresabschlussbericht der KOWUG Kommunale Wasser- und Umweltanalytik GmbH für das Geschäftsjahr 2023 vor. Derzeit wird davon ausgegangen, dass analog des Geschäftsjahres 2022 der Schwellenwert zur Bilanzsumme nach ThürKO unterschritten wird und damit ein Beteiligungsbericht für 2023 nicht zu erstellen ist.

Konsolidierung

Im Folgenden wird zur Verdeutlichung der Vermögens- bzw. Ertragssituation der Stadt Rudolstadt als Gesellschafterin eine Vermögens- bzw. Ertrags- und Aufwandskonsolidierung anhand der unmittelbaren Beteiligungen in privater Rechtsform dargestellt. Auf die Einbeziehung der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG sowie der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH wird aufgrund des geringen Anteils der Stadt Rudolstadt verzichtet.

Die Spalte „Gesamt“ zeigt insoweit bezogen auf die Anteile der Stadt Rudolstadt die der Stadt zuzuordnenden Vermögens- bzw. Ertrags- und Aufwandsanteile. In der Spalte „Konsolidierung“ werden die Fremdanteile der weiteren Gesellschafter zusammengefasst.

Die Vermögenskonsolidierung führt für die Stadt Rudolstadt bei einem Gesamtkapital von 109 Mio. Euro zu einem Eigenkapital von 52 Mio. Euro. Die Ertrags- und Aufwandskonsolidierung führt zu einem anteiligen Jahresüberschuss in 2023 i. H. v. 1,2 Mio. Euro.

Vermögenskonsolidierung 2023

Vermögenskonsolidierung	RUWO	SER	SAALEMAXX	EVR (fremd: 49%)	IGZ (fremd: 73,98%)	Konsolidierung (fremd)	Gesamt (städtisch)
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Aktiva							
Immaterielle Vermögensgegenstände	8	0	171	689	5	341	532
Sachanlagen	79.526	3	2.718	14.341	1.579	8.195	89.972
Finanzanlagen	0	0	0	4.020	50	2.007	2.063
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	4.310	23	80	1.041	0	510	4.944
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	383	8	186	5.107	23	2.520	3.187
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	2.842	793	300	6.969	382	3.697	7.588
Rechnungsabgrenzungsposten	123	0	524	65	10	39	683
Summe 2023	87.192	827	3.979	32.232	2.049	17.310	108.970

Passiva	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Eigenkapital	44.771	805	415	11.359	1.053	6.345	52.058
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0	188	541	948	966	711
Rückstellungen	1.032	15	21	2.757	33	1.375	2.482
Verbindlichkeiten	41.390	7	3.345	17.556	15	8.613	53.699
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	10	3	0	1	11
Passive latente Steuern	0	0	0	17	0	8	8
Summe 2023	87.192	827	3.979	32.232	2.049	17.310	108.970

Summe 2022	88.014	935	3.934	25.842	2.081	18.876	111.096
------------	--------	-----	-------	--------	-------	--------	---------

Im Rahmen der Vermögenskonsolidierung wurde ein Ausgleichsposten für Anteile im Fremdbesitz (EVR 49 %, IGZ 73,98 %) gebildet. Auf eine Konsolidierung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Leistungsbeziehungen zwischen den Gesellschaften wurde aufgrund Geringfügigkeit verzichtet. Die Gesamtsummen der Geschäftsjahre 2022 und 2023 sind nur bedingt vergleichbar, da die Alten- und Pflegeheim Cumbach GmbH ab dem Geschäftsjahr 2023 keine Berücksichtigung mehr findet.

Ertrags- und Aufwandskonsolidierung 2023

Ertrags- und Aufwandskonsolidierung	RUWO	SER	SAALEMAXX	EVR (fremd: 49%)	IGZ (fremd: 73,98%)	Konsolidierung (fremd)	Gesamt (städtisch)
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	13.533	169	4.440	41.813	426	20.803	39.578
Erhöhung/Verminderung Bestand	281	23	0	0	0	0	304
Andere aktivierte Eigenleistungen	53	0	147	77	0	38	239
Sonstige betriebliche Erträge	535	13	646	213	114	189	1.333
Gesamtleistung	14.402	205	5.233	42.103	540	21.030	41.454
Materialaufwand	7.023	93	1.980	32.805	0	16.074	25.826
Rohergebnis	7.379	112	3.253	9.298	540	4.956	15.627
Personalaufwand	1.927	105	2.467	2.378	180	1.298	5.759
Abschreibungen	2.946	3	223	1.050	108	595	3.736
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.344	50	1.025	1.961	228	1.129	3.477
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	105	1	52	54
Erträge Gewinnabführung/Aufwendungen Verlustübernahme	0	0	0	-609	0	-298	-311
Sonstige Zinsen und Erträge	39	10	0	51	1	26	75
Zinsen und Aufwendungen	730	1	69	200	0	98	902
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-18	0	0	772	0	378	375
Ergebnis nach Steuern	490	-37	-531	2.484	26	1.236	1.195
Sonstige Steuern	2	0	20	0	7	5	24
Jahresüberschuss/-fehlbetrag 2023	488	-37	-551	2.484	19	1.232	1.171
Jahresüberschuss/-fehlbetrag 2022	1.111	-34	-776	-37	6	158	330

Im Rahmen der Ertrags- und Aufwandskonsolidierung wurde ein Ausgleichsposten für Anteile im Fremdbesitz gebildet. Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wurden um den prozentualen Fremdbesitzanteil (EVR 49 %, IGZ 73,98 %) korrigiert. Auf eine Konsolidierung der internen Leistungsbeziehungen wurde im Hinblick auf eine unwesentliche Beeinflussung verzichtet. Der Gesamtüberschuss der Geschäftsjahre 2022 und 2023 ist nur bedingt vergleichbar, da die Alten- und Pflegeheim Cumbach GmbH ab dem Geschäftsjahr 2023 keine Berücksichtigung mehr findet.

Quellenverzeichnis

- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der RUWO Rudolstädter Wohnungsverwaltungs- und Baugesellschaft mbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der Stadtentwicklungsgesellschaft Rudolstadt mbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der SAALEMAXX Freizeit- und Erlebnisbad Rudolstadt GmbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der Energieversorgung Rudolstadt GmbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der EnR Energienetze Rudolstadt GmbH
- Jahresabschluss zum 30.04.2023 der SYNECO GmbH & Co. KG I.L.
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG
- Jahresabschluss zum 31.12.2023 der TEAG Thüringer Energie AG
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der IGZ – Innovations- und Gründerzentrum GmbH Rudolstadt
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der Thüringer Landestheater Rudolstadt Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH
- Beteiligungsbericht zum Geschäftsjahr 2022 zur KOWUG Kommunale Wasser- und Umweltanalytik GmbH
- Beteiligungsbericht zum Geschäftsjahr 2023 zur KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG sowie dem KEBT-Konzern
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH

Abkürzungsverzeichnis

AO	Abgabenordnung
APH	Alten- und Pflegeheim Cumbach GmbH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BNetzA	Bundesnetzagentur
EMS	Energie- und Medienversorgung Schwarza GmbH
EnR	Energienetze Rudolstadt GmbH
EVR	Energieversorgung Rudolstadt GmbH
GJ	Geschäftsjahr
GkSA	Gesellschaft der kommunalen Strom-Aktionäre in Thüringen mbH
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVP	Geschäftsverteilungsplan
GWh	Gigawattstunde
HGB	Handelsgesetzbuch
IGZ	IGZ - Innovations- und Gründerzentrum GmbH Rudolstadt
k. A.	keine Angaben
KEBT AG	Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG
KET	Kommunaler Energiezweckverband Thüringen
KIV	KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH
KMU	kleine und mittelständische Unternehmen
KOWUG	KOWUG Kommunale Wasser- und Umweltanalytik GmbH
KSK SLF-RU	Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
KWKG	Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz
p. a.	per anno
RUWO	RUWO Rudolstädter Wohnungsverwaltungs- und Baugesellschaft mbH
SAALEMAXX	SAALEMAXX Freizeit- und Erlebnisbad Rudolstadt GmbH
SER	Stadtentwicklungsgesellschaft Rudolstadt mbH
TEAG	TEAG Thüringer Energie AG
TGG	Thüringer Glasfasergesellschaft mbH
ThürKO	Thüringer Kommunalordnung
VJ	Vorjahr
WKT	Windkraft Thüringen GmbH & Co KG

Impressum

Herausgeber

Stadtverwaltung Rudolstadt
Beteiligungsmanagement
Markt 7
07407 Rudolstadt

Telefon: +493672 / 486-107

Fax: +493672 / 48648-107

E-Mail: beteiligungen@rudolstadt.de

Internet: www.rudolstadt.de

© Stadt Rudolstadt, 2024

Einsicht in bzw. Anmerkungen zum Beteiligungsbericht können in der Abteilung Beteiligungsmanagement der Stadtverwaltung Rudolstadt erfolgen.